

## WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Franz Siegfried</i> Um die Harmonie im Grenzland.....	179
<i>Heinz Dähnhardt</i> Rückblick auf Snoghøj .....	184
<i>Claus Bielfeldt</i> Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsplanung im Grenzraum Schleswig .....	189
<i>Johan Paulsen</i> Die wirtschaftliche Entwicklung Nordschleswigs im letzten Jahrhundert .....	200
<i>Hans Parmann</i> Das Nationalgefühl im Europa des Gemeinsamen Marktes .....	209
<i>Asbjørn Mandøe</i> Die kulturellen Hintergründe der dänischen Demokratie .....	218
<i>Ernst Hessenauer</i> Demokratische Bewußtseinsbildung in der deutschen Jugend.....	231
<i>Axel Henningsen</i> Fünzig Jahre freie Volksbildung in Schleswig-Holstein.....	242
Umschau ab Seite 252	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,— DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,— DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9 Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

## GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

### DIESES HEFT...

*Dieses Heft bringt mit drei Ausnahmen die Hauptreferate der Tagung, die der Grenzfriedensbund zusammen mit der Nordisk Europæisk Folkehøjskole in Snoghøj und Landsforeningen Grænsen im Herbst d. J. veranstaltete. Die Aufsätze von Johan Paulsen und Claus Bielfeldt unterrichten über wirtschaftliche Faktoren zu beiden Seiten der Grenze, wobei interessante Parallelen im Hinblick auf die gesamte EWG-Problematik festgestellt wurden. Leider konnten wir in diesem Heft noch nicht den Vortrag von Poul Engberg bringen — wir hoffen, es später tun zu können. Dieser Vortrag behandelt die geschichtliche Entwicklung des deutsch-dänischen Verhältnisses in besonderer Schau und dürfte im Zusammenhang mit der Debatte den Keim zu weiteren Begegnungen in sich tragen. Gewisse Unterschiede in der Stellung des Dänen und des Deutschen zu Grundfragen des Lebens wurden hier nämlich deutlich. Heinz Dähnhardt spricht sie in seinem Beitrag an. Hans Parmann gab einen Grundriß über die Werte des Volkstums in moderner Zeit. Der hier hingehörige Vortrag von Hans Peter Johannsen wurde in seinen wesentlichen Gedankengängen im dritten Heft des Jahrganges unter dem Titel „Die erneuernde Kraft der Kultur im Grenzland“ abgedruckt. Willkommen waren uns im Zusammenhang mit der Tagung die Beiträge von Asbjørn Mandøe und Ernst Hessenauer, aus denen die Geschlossenheit des dänischen Volkslebens und manche Problematik der deutschen Gegenwart deutlich werden. Als erfahrener Praktiker der Erwachsenenbildungsarbeit spricht Axel Henningsen in dem hier abgedruckten Beitrag.*

Wieder einmal ausgeflogen,  
wieder einmal heimgekehrt,  
fand ich doch die alten Freunde  
und die Herzen unversehrt.

Wird uns wieder wohl vereinen  
frischer Wind aus Ost und West,  
auch die losesten der Vögel  
tragen allgemach zu Nest.

Immer schwerer wird das Päckchen,  
kaum noch trägt es sich allein,  
und in immer engre Fesseln  
schlinget uns die Heimat ein.

Und an seines Hauses Schwelle  
wird ein jeder festgebannt,  
aber Liebesfäden spinnen  
freundlich sich von Land zu Land.

THEODOR STORM

## Um die Harmonie im Grenzland

Dänen und Deutsche tagten in Snoghøj

### *Tagungsort und Teilnehmerkreis*

Als wir mit zwanzig deutschen Teilnehmern aus Husum, Flensburg und Kiel die Grenze überfuhren, hatte der Gewitterregen, der uns von Husum her begleitete, seine Kraft verloren. Gegen 15 Uhr hielt der „Schimmelreiter“ vor der Volkshochschule Snoghøj. Wir wurden von dem Leiter der Schule, Engberg, freundlich auf dänisch begrüßt.

Das Schulgebäude ist ungefähr fünfzig Jahre alt und soll in diesem oder im nächsten Jahr mit einem Kostenaufwand von ungefähr 1,5 Millionen Kronen modernisiert werden. Wir saßen im Eßzimmer auf Holzbänken ohne Lehnen, und auch die Stühle der Aula waren nicht gepolstert. Um so großartiger waren die Lage und unmittelbare Umgebung des Hauses. Wenige Meter entfernt rauschte das Wasser des Kleinen Belt, und in der Entfernung von einigen hundert Metern sah man den starken Eisenbahn- und Autoverkehr auf der Brücke über den Kleinen Belt. In allernächster Zeit soll hier eine zweite Brücke gebaut werden.

Zum Milieu des Treffens gehören aber in erster Linie die Menschen, die in Snoghøj zusammenkamen: ungefähr zwanzig von deutscher und ebenso viele von dänischer Seite. Die deutschen Teilnehmer waren Mitglieder oder besondere Freunde des Grenzfriedensbundes. Ich verzichte auf eine Namensliste, und von den dänischen Teilnehmern nenne ich auch nur einige, die dem Ganzen besondere Impulse gaben.

Zuerst Højskoleforstander Poul Engberg. Er war zehn Jahre erfolgreicher Rechtsanwalt in Kopenhagen gewesen, als die ehrenvolle Anfrage an ihn erging, ob er bereit wäre, Direktor der Volkshochschule in Snoghøj zu werden. Wir haben Poul Engberg etwas näher kennengelernt und glauben es ihm, daß er ohne Bedenken und mit großer Freude das Amt übernahm. Von deutscher Seite wurde Engberg einmal so gewertet: Nach Wissen, Charakter und Erscheinung könnte man sich ihn sehr gut als Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt vorstellen. Charakteristisch für ihn war auch seine Bemerkung: „Wir wollen nicht Wissenschaft vermitteln, sondern den einfachen Menschen mit einfachen Worten für das Leben aufgeschlossen machen. Das ist nicht leicht. Und für mich ist es jedesmal wie eine Prüfung, wenn ich anderswo in Volkshochschulen einen Vortrag halte und mich frage, ob ich dieser Aufgabe nachgekommen bin.“

Auf meiner Teilnehmerliste steht vor den Namen dreimal die Abkürzung Gdr. Das

bedeutet Hofbesitzer oder Bauer. Zweimal lese ich Folketingsmand (Reichstagsabgeordneter). Anwesend war auch der Amtmann (Landrat) von Tondern. Redakteure und Chefredakteure sind verzeichnet, Pastoren, Rechtsanwälte und Direktoren. Ich will mich vorerst aber mit einem Namen begnügen: Frau Ingeborg Refslund Thomsen, Apenrade. Frau Thomsen, die Tochter des bekannten Dänenführers Hans Peter Hansen, heiratete den Amtmann von Apenrade, ist bewußte Dänin, aber aufgeschlossen gegenüber dem deutschen Leben und der deutschen Kultur, befreundet mit deutschen Politikern und Wissenschaftlern. Frau Thomsen war bis 1953 zehn Jahre hindurch Reichstagsabgeordnete in Kopenhagen. Eine bedeutende Frau.

### *Die Vorträge in Snoghøj*

Auf diesem Hintergrund von Dingen und Menschen will ich versuchen, über Inhalt und Probleme unseres Treffens zu berichten. Die Vorträge begannen um 16 Uhr in der Aula, die Raum für etwa hundert Zuhörer bietet. Vor dem großen schwarzen Flügel hängt das Bild von Grundtvig, der als Theologe, Historiker und Dichter Großes für die enge Verbindung von lutherischem Christentum und dänischem Volkstum, für die Kenntnis altnordischer Mythologie und für die Bildung des Volkes geleistet hat. 1844 gründete er die erste dänische Volkshochschule in Rødding. Sein Geist und seine Ideen bestimmen auch heute noch die dänischen Volkshochschulen und sind im dänischen Volk lebendig geblieben.

\*

Am Rednerpult stand Poul Engberg und sprach über das Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland in den letzten hundert Jahren. Wir hörten von dem fruchtbaren und friedlichen Kulturaustausch beider Länder in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Dann wurden die nationalen Gegensätze lebendig und führten zu den Kriegen von 1848 und 1864, die für Dänemark den Verlust von Schleswig-Holstein brachten und das Verhältnis Dänemark—Deutschland für Jahrzehnte bestimmten. Auch die Grenzberichtigung nach dem ersten Weltkrieg ergab keine Befriedigung, und durch die deutsche Besetzung im zweiten Weltkrieg wurden die Gegensätze zwischen beiden Völkern noch größer.

Erst seit zehn Jahren bemüht man sich von beiden Seiten, zu einem Ausgleich zu kommen. Engberg anerkannte den Wert der Kieler Erklärung und der entsprechenden von Bonn—Kopenhagen, meinte aber, daß nach dänischer Auffassung noch viele Bedenken gegen eine enge Freundschaft mit den Deutschen vorhanden seien. Insbesondere betonte er den Gegensatz zwischen den Ansichten über Aufgaben und Inhalt der Kultur.

\*

Nach dem Abendessen sprach Ministerialrat Dr. Bielfeldt über die landwirtschaftliche Situation in Schleswig-Holstein. An Hand von Lichtbildern wurde das Programm Nord deutlich gemacht. Er schilderte die Arbeiten an Wasser- und Landstraßen und erörterte Eindeichungsmaßnahmen und Grünen Plan. So entstand ein anschauliches Bild der Bemühungen, mit denen man deutscherseits die Nachteile der Verkehrsferne und der ungünstigen landwirtschaftlichen Nutzfläche auszugleichen versucht und damit Schleswig-Holstein im Rahmen der EWG konkurrenzfähig machen will.

\*

Mit sehr viel Temperament gab am Sonnabendmorgen Bürgermeister Paulsen aus Tondern einen Überblick über die Entwicklung der Landwirtschaft in Nordschleswig während der vergangenen hundert Jahre. Von der Sicht der Nordschleswiger bewies er die Notwendigkeit des Eintritts Dänemarks in die EWG, die zwar anfangs Schwierigkeiten bringen, aber auf die Dauer sich günstig auswirken wird. Für die Überwindung der Anfangsschwierigkeiten forderte er eine verstärkte Aktivität der Bauern, eine freie Wirtschaft, die bereit sei, das Unternehmerrisiko zu tragen und Maßnahmen der öffentlichen Hand, die durch den Bau von Straßen, Schulen und Wohnungen eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung zu fördern hätte.

\*

Über die mutmaßlichen Folgen von Dänemarks Eintritt in die EWG sprach Kontorchef P. Gersmann vom ökonomischen Sekretariat des Kopenhagener Wirtschaftsministeriums. Er berichtete von eingehenden Untersuchungen über mögliche Schwierigkeiten für den dänischen Außenhandel, die dänische Landwirtschaft, die Fischerei und die dänische Industrie. Auf Grund dieser Tatsache müsse Dänemark gewisse Vorbehalte und Bedingungen anmelden, gebe aber grundsätzlich ein klares Bekenntnis für die EWG.

\*

Über kulturelle und nationale Probleme sprachen dann aus dänischer Sicht Pastor Hans Parmann, Schleswig, und von deutscher Seite Bibliotheksdirektor Dr. Johannsen, Flensburg. Pastor Parmann analysierte den Begriff „Nationalgefühl“. Ein wichtiger Bestandteil ist für ihn das „Heimatgefühl“, die Liebe zu den nahen Dingen, zum Idyll. Auch der berechnete Gruppenegoismus gehört dazu, der aber nicht in extreme Formen übergehen darf. Auch der romantische Gedanke von der mystischen Reinheit von Rasse, Sprache und Sendungsauftrag spielt eine Rolle. Er ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundtvigschen Idee zur Erweckung des Volkstums in den nordischen Ländern. Wenn das materialistische Denken die Werte des Nationalgefühls überwuchern und vernichten würde, wäre es für die Menschheit bedenklich.

An den Beispielen von Emil Nolde und Holger Andersen zeigte Dr. Johannsen, daß bewußte Zugehörigkeit zu dem eigenen Volkstum sich sehr wohl mit der Freundschaft gegenüber dem anderen Volkstum vereinigen kann. Zeiten der Harmonie zwischen dänischer und deutscher Gedankenwelt haben immer beiden Teilen Auftrieb gegeben. Kulturelle Disharmonie, durch politische und wirtschaftliche Gegensätze hervorgerufen, brachten bedauerliche Entwicklungen.

Der Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzland hat sich seit Jahren die Aufgabe gestellt, fruchtbare Kontakte mit dem dänischen Volkstum herzustellen. Unser jetziges Treffen in Snoghøj kann als Beweis bewertet werden, daß sich Kontakte anbahnen und sich unser Mut gelohnt hat.

### *Die abschließende Diskussion*

Der Sonntagvormittag gehörte der abschließenden Diskussion. Poul Engberg zeichnete Sinn und Inhalt unseres Treffens. Er meinte, daß sowohl die wirtschaftlichen als auch die kulturellen Besonderheiten auf beiden Seiten der Grenze beleuchtet wurden. Der wirtschaftliche Aspekt der Dinge wird uns zwangsläufig zu engeren Kontakten bringen. Auf kulturellem Gebiet bestehen noch Hemmungen und Mißverständnisse, die im Laufe der Zeit ausgeglichen werden sollten. Das Treffen in Snoghøj hat uns seiner Meinung nach einen bedeutenden Schritt weitergeführt und seine und seiner Freunde Bereitschaft verstärkt, mit der deutschen Seite die kulturellen Kontakte weiter auszubauen.

Dr. Johannsen sprach den Dank der deutschen Teilnehmer an Poul Engberg und alle Mitglieder dieses Treffens aus. Er betonte, daß wir in diesen Tagen für das gegenseitige Verstehen einen guten Schritt nach vorne getan hätten.

Abschließend will ich noch versuchen, die vielen Diskussionsbeiträge zu skizzieren. Sie gaben wertvolle Ergänzungen zu den wirtschaftlichen Themen, sie machten mir jedoch in besonderer Weise klar, wie zielbewußt, aber auch wie vorsichtig die kulturellen Aufgaben weiter auszubauen sind.

Rechtsanwalt Müller, Kopenhagen, warnte vor einem „Rausch“ gegenüber der EWG. Er fürchtete die Entstehung eines „Klubs der Reichen“, in dem man die wirtschaftlichen Dinge für das Wesentliche hält, und möchte dann lieber im „Klub der Armen“ bleiben, bei denen kulturelle Dinge höher gewertet werden.

Journalist Detlef Lorenzen, Flensburg, bekannte sich unzweideutig zum dänischen Volkstum, hielt es aber aus persönlicher Sicht für utopisch und unverantwortlich, eine Grenzverschiebung nach Süden zu propagieren. Das Wort „Die Grenze liegt fest“ wurde von dem Abgeordneten der deutschen Minderheit, Schmidt-Oxbüll, aus klarer Einsicht in die realen Verhältnisse deutlich gemacht. Frau Thomsen lobte ihn für diese mutige



Einstellung, während Rektor Hoffmeyer, Grenaa, Grenzerklärungen als nicht notwendig beurteilte. Der Wunsch nach Solidarität und Zusammenarbeit der beiden Minderheiten, den Schmidt-Oxbüll äußerte, wurde von Frau Thomsen mit der temperamentvollen Bemerkung beantwortet: Es wäre für sie einfach unmöglich, sich die beiden Minderheiten als Siamesische Zwillinge vorzustellen.

Zu den Problemen der EWG und auch zu kulturellen Fragen sprachen die Landtagsabgeordneten Meyn und Lurgenstein. Lurgenstein wies u. a. darauf hin, daß die Vertriebenen nach dem Verlust ihrer früheren Heimat in neuen Verhältnissen heimisch werden mußten. Ähnliches müsse man auch für jeden gelten lassen, der aus der Heimat seiner Jugend fortzieht und anderswo seßhaft wird. — Für diese Bemerkung erhielt er von Frau Thomsen einen „Verweis“, weil sie darin eine Abwertung des ursprünglichen Heimatgefühls erblickte. Sehr tiefe und schöne Gedanken zum Heimatgefühl äußerten noch Hofbesitzer Andersen, Kongsbjerg, und Lorenz Rerup, Charlottenlund. Morten Kamphøener, der anerkannt bedeutende Redakteur aus Apenrade, führte überzeugend aus, daß der Nationalstaat zu den Akten gelegt würde und daß die Zukunft durch zwei Begriffe bestimmt sei: Normalisierung der Spannungen und Zusammenarbeit.

Dem Leiter der Grenzakademie Sankelmark werden alle Teilnehmer bestätigen, daß er durch seine Diskussionsbeiträge besonders zu den Fragen der Kultur unser Treffen in Snoghøj wesentlich bereicherte. Den stärksten Beifall erhielt Ingeborg Thomsen, als sie lebendig, temperamentvoll und mit klugem Verständnis für die deutsche und dänische Seite ihre Erfahrungen und Auffassungen zum Minderheitenproblem kennzeichnete.

\*

Als Fazit unseres Treffens wage ich zu sagen: Jeder Teilnehmer verließ Snoghøj mit einer vertieften Einsicht in die kulturellen und wirtschaftlichen Probleme unseres Grenzlandes und mit dem Wunsch, man möge sich auch anderswo ebenso ernst und verantwortungsvoll um Frieden und Ausgleich bemühen.

## Rückblick auf Snoghøj

Der Beitritt zur EWG wird für Dänemark wirtschaftliche Folgen haben, die sich einschließlich des mit diesen verbundenen Risikos annähernd vorausschätzen lassen. Wo solche Vorhersage ihre Grenzen findet, tritt ein wirtschaftlicher Unternehmungsgeist in sein Recht, der bereit ist, sich einer veränderten Situation anzupassen. Nun ist aber die EWG ihrer Intention und ihrem Vertragswerk nach mehr als ein wirtschaftlicher Zusammenschluß; die an ihr beteiligten Staaten streben auch eine politische Integration an. Mit dem Beitritt Dänemarks zur EWG eröffnet sich also eine neue Perspektive nicht nur für die dänische Wirtschaft; er verändert die dänische Gesamtperspektive: wie Dänemark sich selbst versteht und verstanden sein will, was es ist und was es bleiben möchte. Diese Konsequenzen aber lassen sich schwerer abschätzen als die rein wirtschaftlichen.

Die dänischen Gesprächspartner in Snoghøj verschlossen sich nicht wirtschaftlichen Gründen, die für einen Beitritt Dänemarks zur EWG sprechen; sie waren aber besorgt, daß dieser Beitritt die volkliche, geschichtliche und politische Geschlossenheit ihres Landes gefährden könne: Dänemark soll das Dänemark bleiben, das sie lieben. So dürfe es beispielsweise nicht dazu kommen, daß die geistigen und kulturellen Beziehungen ihres Landes zu den skandinavischen Nachbarn und zu England beeinträchtigt würden. Auch werde Dänemark, als kleines Land im Verband mit großen Partnern von vornherein einen schweren Stand haben. Dänemark müsse daher Vorkehrungen treffen, daß es in seiner volklichen und nationalen Geschlossenheit unangetastet bleibe; denn nur ein Europa, das dieses Prinzip auf der ganzen Linie respektiert, werde lebensfähig sein. Ich möchte hierauf im Anschluß an meine Ausführungen in Snoghøj als deutscher Gesprächspartner gern antworten.

### 1

Auch mein geistiger, kultureller und politischer Horizont als Deutscher ist nicht auf das Europa der Sechs begrenzt. Mich beschäftigt etwa die heute in Österreich und in der Schweiz oder auch die in Amerika erscheinende Literatur ebenso wie die französische oder italienische und sicherlich mehr als die zeitgenössische holländische. Und ich beschäftige mich mit Berlin — und hiermit im Zusammenhang mit Washington und Moskau — sicherlich häufiger als mit Rom oder Brüssel. Ich stehe als Deutscher also in einem ständigen Gespräch und Austausch mit anderen Völkern und Nationen, ohne

daß ich mich hierbei auf den Bereich der EWG beschränken könnte und mich beschränkt sähe. Die Perspektive meines dänischen Gesprächspartners, der in verwandter Weise seine besondere Verbundenheit mit den skandinavischen Nachbarn und mit England nicht missen und aufgeben möchte, kommt mir daher von vornherein entgegen und ist kein Hindernis. Vielmehr sprechen miteinander ein Deutscher, der einer größeren Welt sich zugehörig weiß, und ein Däne, der das gleiche für sich in Anspruch nimmt. Einer solchen dänisch-deutschen Begegnung gesellt sich ein förderliches Element bei, ein Element der Humanität, das beide Gesprächspartner davor bewahrt, ihre jeweilige eigene Situation verengt und verkürzt zu sehen.

## 2

Die Voraussetzungen, unter denen der Beitritt der Bundesrepublik zur EWG erfolgte, unterscheiden sich so grundsätzlich von denen, die Dänemark zum Beitritt veranlassen, daß es sich verbietet, an sie den gleichen Maßstab anzulegen. Dennoch möchte ich gern folgendes zu bedenken geben: Auch das bisherige Europa der Sechs ist in sich nicht homogen. Drei großen Partnern, der Bundesrepublik, Frankreich und Italien, stehen drei kleine, nämlich Belgien, Holland und Luxemburg, gegenüber — ohne daß sich nennenswerte Schwierigkeiten ergeben hätten. Der Staatsmann eines kleinen Landes kann sich, wie die Erfahrung gelehrt hat, die gleiche Autorität erwerben wie der Regierungschef eines großen. Denn „das „kleine Land“ ist in besonderer Weise dazu befähigt, sich als ein ehrlicher Makler zwischen den Großen zu betätigen, und dieser Dienst wird häufig von ihm begehrt. Frithjof Nansen, Dag Hammarskjöld und Graf Bernadotte gehören genauso zum Bild der Welt wie Kennedy, Adenauer oder de Gaulle. Sollte sich nach dem Beitritt Großbritanniens und Dänemarks zur EWG an alledem grundsätzlich etwas ändern? Das ist nicht anzunehmen. Ich schätze die Chance also, die ein kleines Land hat, höher ein als meine dänischen Gesprächspartner in Snoghøj und meine, ein Recht hierzu zu haben.

## 3

Am nachhaltigsten ist mir eine Gesprächsäußerung in Erinnerung geblieben: Man möchte bei einem Beitritt zur EWG nicht die Überschaubarkeit und Intimität des Daseins und Lebens aufgeben, die für Dänemark charakteristisch seien. Diese Sorge wog wohl bei allen dänischen Teilnehmern am schwersten.

Nun bin ich in den vergangenen Jahren ziemlich weit herumgekommen, aber ich habe eigentlich keine Anzeichen dafür entdecken können, daß irgend jemand in Europa seine volkhafte und landschaftlich gebundene Lebensweise preisgeben möchte. Zwar begünstigt die moderne Industriegesellschaft Arbeitsplatzwechsel und Mobilität —

hiervon ist bereits jetzt auch Dänemark nicht ausgenommen; dennoch haben die beharrenden und bewahrenden Kräfte, die Landschaft und Volkstum prägen, sich überall nahezu ungebrochen erhalten. Ich kann daher nicht die Befürchtung teilen, daß Dänemark mit dem Beitritt zur EWG in einen europäischen Strudel hineingerissen wird, der seine Substanz und Eigenart auslöscht. Die dänische Grundansicht findet vielmehr in Europa sehr viel Gleichgesinnte vor; insbesondere von deutscher Seite ist dies immer wieder ausgesprochen worden. Dennoch bleibt auch bei einer solchen Übereinstimmung im Grundsätzlichen etwas unbeantwortet. Der Däne sieht nun einmal sich, seine Welt und die Welt, die ihn umgibt, anders, als der Deutsche sich, seine Welt und die Welt, die ihn umgibt, versteht; und dies nun läßt sich bei allem Willen zu einem gegenseitigen besseren Verständnis nicht so einfach wegdisputieren; Verständnis und auch Mißverständnis haben hier erst ihren eigentlichen Ort.

Die dänischen Teilnehmer des Gesprächs haben uns ihre Daseinswirklichkeit lebendig geschildert, die die Vorzüge der Überschaubarkeit, Intimität und Geordnetheit hat, die in sich stabilisiert und ausbalanciert ist, und sie gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß nur in einer solchen das Leben sich lohne. Nun können wir Deutschen dies wohl gedanklich ohne Mühe nachvollziehen, nicht aber läßt sich dieses Leitbild ohne weiteres auf unser eigenes Dasein übertragen. Die heutige deutsche Wirklichkeit ist dynamischer, vielfältiger, unvollendeter und auch widerspruchsvoller als die dänische Gegenwart. So kann ich als Deutscher beispielsweise nicht, wenn vom Wert der Heimatverbundenheit gesprochen wird, die zwölf Millionen meiner Landsleute ausklammern, die ihre Heimat in den beiden letzten Jahrzehnten verloren haben. Unsere Ausgangssituation ist also in dieser wie noch in mancherlei anderer Hinsicht von vornherein anders beschaffen als die gleichzeitige dänische. Und es wäre nun ein müßiges und törichtes Unterfangen, wollten wir uns gegenseitig davon zu überzeugen suchen, welcher der beiden Partner nun die glücklichere, bessere oder auch vollkommener Position in der Gegenwart besetzt hält. Wir würden uns dann anmaßen, über die Weltgeschichte zu Gericht zu sitzen, und das kann nur in Peinlichkeiten enden. Wohl aber kann und soll eine jede solche Betrachtung den Blick schärfen für die eigene Situation wie für die des anderen, und sie trägt dann zu einem gegenseitigen besseren Verständnis bei.

\*

Dies wäre wohl auch zu der Kontroverse zu sagen, die in Snoghøj unversehens darüber entstand, was eigentlich unter Kultur zu verstehen sei; sie konnte leider nicht zu Ende geführt werden, weil die Zeit es nicht erlaubte. Kultur, so habe ich es aufgefaßt, hat nach dänischer Ansicht ein Volk zur Voraussetzung, das sich selbst mündig gesprochen hat. Sie stellt sich als eine Lebensweise dar, die vor allem für den einfachen Menschen

hilfreich ist, und baut sich entsprechend von unten nach oben auf. Wohingegen wir Deutschen es eher gewohnt sind, daß das Ausland uns als „das Volk der Dichter und Denker“ anspricht, wir also mehr dazu neigen, in allen Fragen der Kultur von oben nach unten zu denken.

So ist der Akzent jeweils anders gesetzt, mag man sich auch in der Sache selbst dann treffen. Dies könnte nun auf sich beruhen bleiben, würde nicht der Beitritt Dänemarks zur EWG die Frage nach dem richtigen Kulturverhältnis erneut aufwerfen, und im Hinblick auf diesen nun hat die Formulierung, die lediglich von einem „Nebeneinander“ nationaler und volkhafter Kulturen sprach, mich nicht voll befriedigt. Es soll nicht bestritten werden, daß ein solches Nebeneinander möglich und denkbar ist, aber die Geschichte verfährt häufig auch anders. Der Berliner beispielsweise wird in der Geschichte seiner Heimatstadt nicht missen mögen, daß sie französische Refugiés aufnahm, und ebensowenig den Beitrag, den die aus Prag, Wien und Budapest — also aus dem Vielvölkerstaat der Donaumonarchie — nach Berlin zugewanderte vornehmlich jüdische Intelligenz zur Geschichte seiner Stadt geleistet hat. Die europäische Geschichte hat stets auch ein solches „Miteinander“ gekannt, das fruchtbare kulturelle Entwicklungen und Ergebnisse zur Folge gehabt hat. Es muß zugegeben werden, daß dieses Miteinander sich zumeist auf die „oberen“ Schichten beschränkt hat, gerade diese Beobachtung aber veranlaßt zur Frage, ob dem „Oben“ in der Kultur nicht größere Bedeutung beigelegt werden muß, als es in Snoghøj den Anschein hatte. Es gibt in Europa heute wie ehedem echte Volkskulturen, die niemand mutwillig zerstören will; es gibt aber auch heute wie ehedem ein europäisches Geistesleben, das vor nationalen, volklichen und sprachlichen Grenzen nicht haltmacht, weder haltmachen kann noch haltmachen darf — im wohlverstandenen Interesse auch der eigenständigen Volkskulturen.

Ich würde das Gespräch, das in Snoghøj begonnen wurde, gern in dieser Richtung fortgesetzt sehen. Denn manchmal will es mir scheinen, als wüßten wir, die wir benachbart sind, weniger voneinander, als wir über andere Völker wissen, mit denen wir in einem regen Austausch stehen, obwohl sie ungleich entfernter von uns leben.

---

*Die Experten unter unseren Freunden zeigten die Tatsachen und Notwendigkeiten. Der Gemeinsame Markt scheint von einigen Mitgliedern des dänischen Volkes - ich weiß nicht, von wie vielen - als ein Haus angesehen zu werden, in das man einziehen muß, obwohl die Wohnung einem nicht in allen Teilen recht ist. Bedenken werden insbesondere aus Volkshochschulkreisen dahingehend geäußert, daß Gefahr bestünde, daß Dänemark als Mitbewohner sein eigenes*

*kulturelles Gesicht verlieren könne. Ich glaube, daß Dänemark ein so eigengeprägtes Antlitz hat, daß seine Züge immer unverkennbar sein, ja, daß sie dazu beitragen werden, daß das ewig alte und ewig junge Antlitz Europas um einen reizvollen Zug vermehrt wird, einen Zug des Ernstes und der Ironie zugleich. Ich glaube, daß wir, um im Bilde zu bleiben, berufen sind, an dem Haus des Gemeinsamen Marktes mitzuarbeiten, nämlich dazu berufen sind, einen großen festlichen Raum zu schaffen, in dem wir uns von Zeit zu Zeit alle gern versammeln.*

Aus dem Vortrag von Hans Peter Johannsen, Snoghøj, September 1961

# Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsplanung im Grenzraum Schleswig

## *I. Die Ausgangssituation*

In zurückgelassenen, in Abseitsräumen die Bevölkerung zu fesseln, ist eine vordringliche Aufgabe. Da Länder diesseits und jenseits von Staatsgrenzen meistens noch solche Abseitsräume sind oder noch als solche zu gelten haben, wird es immer mehr zu einer nachbarlichen Verpflichtung, sich in den Absichten und Maßnahmen gegen die Neigung zum Ballungszentrum einiger zu werden.

Nach diesem Leitmotiv wäre die wirtschaftliche Situation im nördlichen Grenzland, im Landesteil Schleswig, zu behandeln; unter Vergleich mit Holstein, mit Bundesziffern, ökonomische Entwicklungslinien aus dem strukturell gleichgelagerten dänischen, dem nordschleswigschen Grenzgebiet ausführlicher einzufügen, sollte an sich zum Thema gehören. Darüber trug auf dem Dänisch-Deutschen Treffen am 29. September 1961 in der Volkshochschule Snoghøj zu Füßen der Beltbrücke Bürgermeister Paulsen, Tondern, praktisch einprägsam vor; deshalb beschränkt sich dieser Aufsatz auf entsprechende Hinweise.

Vor einem Jahrzehnt, als innerhalb des Landwirtschaftlichen Sanierungsprogramms für die schleswig-holsteinische Marsch und Geest das „Programm Nord“ beim Bund konkret zu begründen war, wurden selbstverständlich die Ziele, Handlungen und Erfolge in Nordschleswig seit den zwanziger Jahren genauer untersucht, mit dem Ergebnis: starke Siedlungstätigkeit, Ausbau eines vorzüglichen Straßen- und Wegenetzes und ein relativ beständiges Wachstum, überwiegend im agrarischen, aber auch im kleineren und mittleren gewerblichen Bereich, dieses ungeachtet der mangelhaften Rohstoffbasis.

Da die Mitarbeit am „Programm Nord“, seitdem es zu begründen war und ab 1953 läuft, den Vortrag eintrug, will ich vorweg über Stand und Pläne dieses Bundesregionalprogrammes berichten, freilich höchst gedrängt und gewissermaßen fortschreibend; denn diese Schriftenreihe hat den Ablauf der gesamtwirtschaftlichen Erschließung von Nord nach Süd in unserem Lande aufmerksam verfolgt.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Konrad Langenheim „Lebendige Landschaft“, Heft 4/1957

Inhaltlich trägt das Programm Nord primär landwirtschaftlichen Erschließungscharakter. „Ausgangspunkt der Überlegungen der Landesregierung ... waren zwei Direktiven“ (wie Ministerpräsident von Hassel in seiner umfassenden Bredstedter Rede am 12. April 1961 formulierte):

*„Eine Gesamtplanung über große, von Natur zusammengehörige und von der Natur her gegliederte Räume,*

*eine Gesamtfinanzierung, das heißt gesicherte Finanzierung eines umfassenden Landeskulturwerkes vor seiner Inangriffnahme für die Dauer seiner Abwicklung.*

*... Es sind konstruktive Pläne aufgestellt und klare organisatorische und finanzielle Entscheidungen für die Durchführung und Sicherung bis zum Abschluß gefällt worden. Gesamtplänen und Gesamtfinanzieren heißt, nach dem Grundgedanken des Jahres 1738<sub>2</sub> für das Landwesen insgesamt Sorge zu tragen ...“*

## *II. (Landwirtschaftliche) Initialzündung und Sekundäreffekte*

Unter dem Einsatz von Bundesmitteln, Landesmitteln und Eigenleistungen sollen agrarische Probleme eines von Natur benachteiligten Gebietes gelöst werden. Diese Förderung in den nunmehr vom Bund seit Januar 1961 auch offiziell als besonders benachteiligt anerkannten Teilen Schleswig-Holsteins wird zusätzlich betrieben nach gemeinsamen, vom Bund, vom Land und den beteiligten Landkreisen in den Organen der Schleswig-Holsteinischen Landgewinnungs- und -erschließungs-GmbH anerkannten Plänen, also über die allgemeinen der Landwirtschaft im Grünen Plan gewährten Hilfen hinaus.

Von den mit rund 500 Mill. DM veranschlagten Kosten für den Erschließungsraum Wiedau—Bongsiel sind bis 1960 rund 250 Mill. DM finanziert; auf diesen 110 093 ha dürfte das Pensum bis 1965 nahezu abgewickelt sein. Nach Ausweitung des Programmes seit Frühjahr 1960 auf 550 000 ha und die acht Kreise Südtondern, Husum, Flensburg, Norderdithmarschen, Süderdithmarschen, Eiderstedt, Rendsburg und Schleswig werden bis 1975 ca. 1348 Mill. DM notwendig, davon in den Hauptarbeitskreisen

Flurbereinigung	611 Mill. DM
Regelung der Wasserwirtschaft	144 Mill. DM
Wasserversorgung	158 Mill. DM
Erschließungsstraßen	365 Mill. DM
Forstwirtschaft	70 Mill. DM
Insgesamt	<u>1 348 Mill. DM</u>



Sicherlich haben die an Gewerbe, Handwerk und Handel aus den 250 Mill. DM vergebenen Aufträgen die außerlandwirtschaftlichen Berufszweige in Form gebracht; 250 Mill. DM sind immerhin über 2000 DM je ha Gesamtfläche und 3000 DM je Kopf der in dem Gebiet Wiedau—Bongsiel lebenden Bewohner. Diese Sekundärwirkung ist sichtbar, sie wird allgemein von sämtlichen unmittelbar und mittelbar Beteiligten in Städten und Dörfern voll gewürdigt. Durchaus zu Recht besteht der Eindruck, daß der Nutzen aus einem landwirtschaftlichen Erschließungsprogramm den zu erschließenden landwirtschaftlichen Betrieben und deren Insassen nach immensen Folgeinvestitionen für die landeskulturelle Entfaltung, bis zu modernen Gebäuden und bis zur technischen Neuordnung, erst Zuwachsen soll. Demgegenüber haben die außerlandwirtschaftlichen Berufskreise das Geld für die Erschließungsaufträge schon gleich in der Tasche, sie können aufbauen und sich für weitere Aufträge im Wettbewerb rationalisieren. Insoweit sollten vielleicht die Begriffe „Primär“- und „Sekundär“-wirkung ebenso frisch überdacht werden, wie es überhaupt angezeigt erscheint, endlich den gewaltigen öffentlichen Investitionskomplex der sogenannten „Vorleistungen“: für Versorgungseinrichtungen (Gas, Wasser, Elektrizität, Straßen), für Ausbildung und Erziehung usw., nach Umfang und Tragbarkeit zugunsten der Nutznießer in Städten verschiedener Größe sowie auf dem flachen Lande exakt wissenschaftlich zu durchdringen. Es fehlen diese Relationen der Vorteilsträger und Vorteilsgebiete.

Für diese wirtschaftliche Situation im Grenzland ist aber kennzeichnend, daß ohne das seit zehn Jahren laufende „Programm Nord“ heute die Firmen, Fachkräfte und das Gerät für Planung, Durchführung und nachhaltige Sicherung nicht mehr ausreichend verfügbar wären. Gäbe es keine Gesamtplanung während der kommenden beiden Jahrzehnte in den Marschen und auf der Geest Schleswigs und Holsteins, mit der Zuversicht, daß sie auch realisiert wird, die Fülle der Aufträge ließe sich sehr bald nicht mehr unterbringen, weil es an den geistig und mit der Hand schaffenden Menschen fehlt.

Der öffentliche plangerechte Erschließungsaufwand bringt also eine nicht zu unterschätzende Stetigkeit in die Gesamtwirtschaft, er nährt die Erwartung, daß die Wirtschaft lebhafter, das Leistungsentgelt ergiebiger wird, er legt den Grund für einen in absehbarer Zeit bestmöglich zu betreibenden Landbau, er beseitigt schließlich das Gefühl, im Abseits hoffnungslos verwaist zu bleiben, und könnte somit bei Firmen außer Landes den Entschluß wecken, sich auch bei uns — etwa nördlich des Kanals — niederzulassen.

### *III. Standort, Bevölkerung und Arbeitskräftepotential*

Jedoch eingedenk dessen, daß die Industrie bei Auswahl neuer Standorte lange und

schlechte Verbindungswege zu Produktionsstätten und Absatzmärkten scheut, nimmt es nicht wunder, wenn der schwer erreichbare, schwach besiedelte, überwiegend agrarisch orientierte Grenzraum Schleswig in der Vergangenheit relativ schwache industriell-wirtschaftliche Impulse verzeichnet.

Bei den Bemühungen nach dem Kriege, neben der eingewohnten Bevölkerung von 1,5 Millionen auch noch 1,2 Millionen Vertriebenen angemessene Arbeit und Unterkunft zu gewähren, erwies sich die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Landesteils Schleswig noch weit geringer als diejenige Holsteins.

Durch Abwanderung wurde ein Arbeitskräftepotential abgebaut, das unter heutigen Bedingungen einen starken Anreiz für die den Arbeitskräften nachwandernden Industrien bieten würde. Über diese Bevölkerungsbewegung die nachstehende Tabelle:

#### *Bevölkerungsentwicklung in Schleswig und Holstein*

Jahr	Schleswig			Holstein		
	insgesamt	davon Vertriebene		insgesamt	davon Vertriebene	
1938	383 000	–	–	1 206 000	–	–
1946	670 000	233 000	35 %	1 888 000	867 000	46 %
1956	514 000	124 000	24 %	1 758 000	529 000	30 %
1960	523 000	121 000	23 %	1 787 000	523 000	29 %

Um den Kontrast zu verdeutlichen: Von 1938 bis 1960 stieg die Bevölkerungszahl je qkm in Schleswig um 26 Personen (35 %), in Holstein um 55 Personen (48 %).

Mit dem Umschichtungsprozeß der Bevölkerung in den Gemeindetypen des Landesteiles Schleswig hat sich besonders eingehend Isbarys befaßt; wir entnehmen seiner Schrift die folgende Tabelle:

#### *Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden 1939—1957*

Funktionaler Typ	1939	1946	1950	1956	1957	Zunahme 195	
	%	%	%	%	%	gegen 1939	%
Städte	48,4	42,1	45,0	50,2	51,0		41,6
Flecken	3,7	4,2	4,3	4,3	4,2		54,6
Agrargemeinden	43,0	47,8	45,7	40,4	39,5		23,5
Badeorte	4,9	5,9	5,0	5,1	5,3		46,0

3 Problemgebiete im Spiegel politischer Wahlen am Beispiel Schlesiws (Institut für Raumforschung, Bad Godesberg)

Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	34,5
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	------

Die Abwanderung aus den Agrargemeinden ist augenscheinlich. Mit den Arbeitskräften schwinden die Aussichten auf Verbesserung der ländlichen Lebensbedingungen. So schrieb die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation in einem Gutachten 1954:

„... Es ist schwer für einen Raum, der abseits der pulsierenden Kraftströme des großen Wirtschaftskörpers gelegen ist und dem es an Geld fehlt, eine davongelaufene Entwicklung einzuholen, denn Gebiete mit jahrzehntelanger Landflucht sind kapitalarm. Das wenige sich ansammelnde Geld eilt den Abwanderern voraus ...“

Die Nordbezirke der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, der Arbeitsämter ziehen laufend die Parallele zum Holsteinischen. In der Karte „Programm Nord, industrielle Entwicklungsschwerpunkte und Industrialisierungsgrad“ haben wir speziell das gegenwärtige „Programm Nord“ und die industriellen Entwicklungspunkte umgrenzt. Zur Charakteristik dieser Karte sei vorweg gesagt, daß die drei Preigebiete Süd, Mitte und Nord eingetragen sind. Von diesen läßt sich der Landesteil Schleswig weitgehend mit dem eingezeichneten Preisgebiet Nord gleichsetzen.

Die vom Ballungsraum Hamburg nach Norden zu bei wichtigen Produkten abnehmenden Erzeugerpreise und steigenden Produktionsmittelpreise finden ihren Niederschlag in den landwirtschaftlichen Marktberichten. Die durch die gegenwärtigen Frachtkosten entstehenden Nachteile im Norden des Landes betragen rund 5% der Erzeugerpreise. Für die Sommergerste errechnet sich eine Mindereinnahme von 50,— DM je Hektar, ein Doppelzentner Schweinefleisch wird im Grenzgebiet um 5,20 DM teurer erzeugt.

Für den Industrialisierungsgrad ist bemerkenswert, daß von 1000 Einwohnern im Schleswigschen nur 10 bis 20 Personen industriell tätig sind, im Bundesdurchschnitt 142. Die Industriebeschäftigten vermehrten sich im Landesteil Schleswig seit 1954 um 3000 bis 4000 Personen, das heißt um 5 bis 6 %, in Holstein um rund 35 000 Personen, das sind 30 %. Die Westkreise mit ihrer hafeneindlichen Küste befinden sich in besonders übler Lage.

Um die Reaktion auf unterwertige Ansichten zu manifestieren, stützen wir uns erneut auf die Bevölkerungsbewegung im Landesteil Schleswig.

#### *Bevölkerungsentwicklung im Landesteil Schleswig und in seinen Kreisen*

	1939	1946	1957	1960
	%	%	%	%

Schleswig insgesamt	383 100	100,0	670 300	176,0	515 300	143,2	522 700	136,2
Eiderstedt, Husum, Südtondern	108 500	100,0	196 900	182,0	138 800	128,5	140 900	129,5
Eckernförde, Flensburg- Land, Rendsburg nördl. der Eider Schleswig	203 300	100,0	372 900	183,5	282 300	138,5	283 900	139,5
Flensburg- Stadt	70 900	100,0	100 500	142,0	94 200	133,0	97 900	138,0

Für die Kreise und kreisfreien Städte bestätigt sich die These: Je weiter nach Norden, je näher dem Nordwesten, um so stärker sitzen wir fest im Hinterland.

Aber fragen wir ernst und vorurteilslos, ob wir seit dem Kriege nicht Chancen ausgelassen haben: Waren wir zu bedächtig, reichte es nur zum weiten Blick, fühlten wir allesamt zu stammesverwandt? Beschränkten wir uns womöglich beim „Programm Nord“ zu eng auf landeskulturelle Ziele, statt mit landeskulturellen Maßnahmen sowohl primär als auch sekundär das Landwesen *schlechthin* zu sanieren?

Ein Hinterland hat — zwingend — seine bestimmte materielle und geistige Gangart. Verkennen wir die Übersetzung, schalten wir zu schnell: Dem Aufwärts der Sanierung wäre weniger gedient.

Folglich konnte vor zehn Jahren, am Beginn des revolutionären Umbruchs in der Landwirtschaft, im Bemühen um echte Arbeitsplätze für Millionen von Menschen, rohstoffnah in den industriestädtischen Arbeits- und Lebensbereichen, der Aktion „Industrie ins Hinterland“ ein rechter Erfolg niemals beschieden sein. Nicht nur politisch, auch streng wirtschaftlich war der Weg ziemlich vorgeschrieben. Beherrigen wir doch, welche Überwindung es Großfirmen, deren Direktoren und Spezialisten (nebst Frauen), kostet, in unserer rauen Landschaft selbst in einer kreisfreien Stadt ein Zweigunternehmen anwachsen zu lassen! Wieviel bequemer und risikoloser und vermeintlich wirksamer sind dagegen in den gleichen Städten abwerbende Anzeigen mit verlockenden Offerten in die zahlungsstarken, gesellschaftlich vitalen Metropolen, deren (außer-)ordentliche Etats klar oder verdeckt der Privatwirtschaft einerseits die Gründungskosten als Vorleistungen mannigfacher Art vom Leibe halten. Andererseits

ist dem dritten Bundestag Ende 1960 ein Initiativentwurf über die Entschwefelung flüssiger und gasförmiger Brennstoffrückstände vorgelegt worden, in dem der Staat für die Lufthygiene, zum Beispiel an der Ruhr, verantwortlich sei und dafür mit öffentlichen Vorleistungen anzutreten habe.

Widersinnig fürwahr, ein Teufelskreis! Aber hätte man statt dessen die soziale Marktwirtschaft derart realisieren dürfen, daß Staat und Kommunen resp. deren privatrechtliche Gesellschaften solange initiativ produzieren, bis die Privatwirtschaft einsteigt? Mit Fehlschlägen würde diese Straße bepflastert sein, noch Jahrzehnte den verantwortungsbewußten privatwirtschaftlichen Wagemut beschattend.

#### *IV. Pläne und Möglichkeiten*

Ob sich auf diesem Grundsatzsockel die privat und öffentlich Berufenen während des letzten Jahrzehnts trotzdem tatkräftiger gegen die Abwanderung hätten stemmen sollen und können? Viele meinen es, und wir im Hinterland erklären uns ihnen im Grunde verbunden. Ungemein wünschenswert wäre es schon gewesen.

Verschreiben wir uns der Zukunft, und lassen wir nichts ungeschehen!

Wir neigen dem Standpunkt zu, daß vor allem die *Vorleistungen* für gewerbliche Betriebserweiterungen und Neugründungen so großzügig und so bereitwillig wie nur möglich, mithin auf keinen Fall kleinlicher als in den Ballungsgebieten, gewährt werden sollten. Die Tilgungssätze einschließlich der Freijahre ausreichender, die Restfinanzierung sichernder *Kredite* wären den Erschwernissen und Risiken kulant anzupassen. Das ist, das wäre sozial in der Marktwirtschaft.

Wenn bei den Agrarkreditprogrammen neben die bisherige Förderung der Investitionen — endlich — die Finanzierung von Betriebsumstellungs- und -anpassungsmaßnahmen zu — hoffentlich insgesamt — tragbaren Konditionen tritt, ist diese Weiterentwicklung analog für manchen gewerblichen Sektor im Hinterland von Belang. Im übrigen hat die Landesregierung früh die Satzungen bestehender und Sonderinstitute auf Beleihungen und Garantien in Sonderfällen abgerichtet.

Unter den Vorleistungen steht die *Verkehrerschließung* obenan. Wem gebührt der Vorrang in dem Generalplan des Landes und seinen Jahresbauabschnitten:

Straßenzügen und Umgehungen im Weichbild der Städte, um in Erwartung eines doppelten Kraftfahrzeugbestandes bis 1970/71 nicht vollends ins Hintertreffen zu geraten,

oder solchen, die das Abseitsgebiet für den schweren Motor erst passierbar machen;

oder nord-südlichen Straßenzügen durch das Land, für das Land zu dem

EWG- geschützten Verbrauchermassiv,

oder den dringend benötigten Verkehrsverbindungen durch das östliche Hügelland, die Geest und Marsch?

In welchem Tempo sind ferner über den Finanzausgleich zugunsten von Kreisen und Gemeinden sowie durch Sonderzuwendungen aus dem „Programm Nord“ die Landstraßen II. Ordnung und die Gemeindewege auszubauen?

Wer will bei einem Investitionsvolumen von 170 Mill. DM für 1961 gegenüber dem Fünfjahresdurchschnitt von rund 110 Mill. DM für 1956/60 und von 60 Mill. DM für 1951/55 eine sämtlichen Interessenten willkommene Entscheidung fällen, zumal die technische Kapazität auch im Straßenbau nicht unbegrenzt ist! Die Sonderzuweisungen im „Programm Nord“ waren jedenfalls als finanzieller Antrieb für das systematisch auszustattende Verkehrsnetz im Grenzland unentbehrlich.

Die dem Gewerbe zur Verfügung stehenden *Kredite* lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen:

Kredite aus ERP-Mitteln.

Finanzierungshilfen aus Mitteln des Bundeshaushaltes (unter anderem Regionales Förderungsprogramm),

Finanzierungshilfen des Landes Schleswig-Holstein.

Diese für bestimmte Unternehmungsformen zugeschnittenen Kredite, Zinszuschüsse und Bürgschaftsmöglichkeiten werden für den Aus- und Aufbau von Betrieben, für Rationalisierung und Modernisierung, für Umstellungsmaßnahmen, als Betriebsmittelkredite und zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen bei günstigen Annuitäten und bis zu festgelegten Höchstsätzen gewährt. Ansiedlungswillige Auslandsunternehmen sind hierbei gleichgestellt. Diese Finanzierungshilfen, zwar nicht auf das Grenzland beschränkt, sollen aussichtsreiche und standortgerechte, dem erschließbaren Arbeitskräftepotential ländlicher Gemeinden angepaßte Neuansiedlung von arbeits- resp. kapitalintensiven Betrieben bestimmter Wirtschaftszweige fördern, bzw. ansässige ausbaufähige Unternehmen unterstützen.

Nüchtern erklärte kürzlich die Industrie- und Handelskammer zu Flensburg über den Nutzeffekt dieser Kredite, daß sie allein keine ausreichende Grundlage zur Industrialisierung ländlicher Räume mehr seien. Der Neuaufbau von Betrieben größeren Umfanges, so argumentierte sie, stößt bereits in der Arbeitskräftebeschaffung auf Schwierigkeiten, wenn man nicht von vornherein mit langsamer Ausweitung der Beschäftigungskapazität rechnet.

Dagegen bieten die ländlichen Orte nach Meinung der Kammer immer noch Möglichkeiten zum Aufbau von Betrieben oder Zweigwerken bis zu einer Größenordnung von rund 100 Beschäftigten, wobei vor allem auch weibliche Arbeitskräfte herangezogen werden müßten. Eine wesentliche Steigerung über diese Größenordnung hinaus ist schwierig. Unter diesen Schwierigkeiten leidet zum Beispiel auch die Entwicklung der beiden zu „zentralen Orten“ im Förderungsprogramm der Bundesregierung erklärten Städte Heide und Husum. Bisher konnten noch keine Firmengründungsprojekte dort realisiert werden, obwohl verschiedene Gespräche laufen.

Dieses verhaltene Urteil der Sachverständigen über die Gegenwartslage sollte keineswegs die Zukunft voll dokumentieren.

Mit der am 6. Juni 1961 in der Bundesrepublik durchgeführten Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung wird in Kürze Material zur Hand sein, nach dem gründliche Planungsunterlagen auch unter diesem Gesichtswinkel erarbeitet werden können. Die Kritik nämlich, das „Programm Nord“ sei zu einseitig agrarisch-landeskulturell gestimmt, beanstandet das nach ihrer Meinung fehlende *Generalkonzept für die Gesamtwirtschaft*, für die Gemeinwesen der Städte, Flecken und Dörfer; die Kritiker verweisen auf die Modelle etwa in Holland, wo man sich nicht mit der Sekundärwirkung begnüge und dem Zufall weniger überlasse.

Tatsächliche Lücken dieser Art auch in der Planung auszufüllen, steht somit — auf der Grundlage des Landesplanungsgesetzes — an. Soweit es vorzüglich die Daseinskraft der Gemeinwesen im Gesamtkonzept der Gesundheit angeht, wird sich der Bundeswohnungsminister kraft seiner neuen Amtsbezeichnung „Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung“ über Mangel an praktischer Arbeit nicht zu beklagen brauchen; dieses wäre der beste Kommentar für die bisher bekanntgewordene Absicht des Ministeriums, in den nächsten vier Jahren die Voraussetzungen für einen „Übergang vom Wohnungsbau zum Städtebau und zur Dorferneuerung“ zu schaffen.

Unsere Lehrmeinungen über praktikable Raumordnung heute und vor zehn Jahren haben sich enorm gehäutet. Bleiben wir darum für das nächste nicht hinter der Bewegung zurück, und analysieren wir laufend ohne Vorbehalt planvoll die im Gewerbe und in der Landwirtschaft unvermeidlichen Strukturumschichtungen.

In welchem Maße eine Abwanderung von Arbeitskräften zu kompensieren sein wird, wie stark demzufolge *der Anreiz einer potentiellen Arbeitskraftreserve* auf gewerbliche und industrielle Betriebe wirken könnte, ist ein wesentlicher Punkt vorausschauender Planung. Um eine Antwort zu finden, ist die exakte Kenntnis des Arbeitskräfteüberhanges Voraussetzung. Eine „versteckte Arbeitslosigkeit“

aufzuspüren, ist methodisch schwierig; sie ergibt sich aus dem betriebsnotwendigen Arbeitsbedarf und dem tatsächlichen Arbeitskräftebesatz. Abgesehen von örtlich begrenzten Repräsentativerhebungen, sind die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen der Jahre 1949/50 nicht mehr auszuwerten. Die Berechnungen auf dieser Grundlage gelten nur, wenn die theoretische „Arbeitskraft (AK)“ mit der „natürlichen Person“ gleichzusetzen wäre. Hierbei spielen aber betriebsstrukturelle und damit regional wechselnde Voraussetzungen ebenso eine Rolle wie das Generationenproblem, das Bildungsniveau und eine Reihe anderer „Imponderabilien“. Bleiben wir in dieser Arbeit gegenständlich durch einen Vergleich landwirtschaftlicher Betriebsgrößen im Kreise Ingolstadt und in Süderdithmarschen. Beide Kreise werden durch die Industrialisierung des Stadtkreises Ingolstadt bzw. Brunsbüttelkoogs in Verbindung mit dem Öl betroffen sein. Die durchschnittliche Betriebsgröße in Ingolstadt beträgt 6 ha, in Süderdithmarschen 16 ha. Nehmen wir nun an, die Betriebe würden sich vergrößern, sagen wir auf durchschnittlich 10 ha, dann würden im Kreis Ingolstadt theoretisch sechs bis sieben Betriebe je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) frei, die damit nicht mehr im Vollerwerb mit der Landwirtschaft befaßt sind. Erst bei einer Vergrößerung auf durchschnittlich 20 ha würden sich in Ingolstadt 11,5, in Süderdithmarschen aber nur 1,25 Betriebe je 100 ha LN auflösen.

Zu den durch eine solche Betriebsverringering frei werdenden Arbeitskräften kämen noch jene, die im Zuge einer Intensivierung der Arbeitswirtschaft herausrationalisiert werden. Sind bei kleinsten Betriebsgrößen in Süddeutschland 20 bis 25 AK je 100 ha LN keine Seltenheit, so liegt der durchschnittliche AK-Besatz in Schleswig-Holstein — regional verschieden — bei 15 AK je 100 ha LN. Auf längere Sicht dürfte sich dieser auf 8 bis 10 AK je 100 ha LN normalisieren.

Auf diese durch Betriebsgrößenentwicklung und Rationalisierung frei werdenden Arbeitskräfte spekuliert die Industrie. Ihre Spekulationen finden aber in der süd- und südwestdeutschen Kleinbetriebsatmosphäre entschieden reichere Nahrung; aber auch wir werden — ohne genügende vorbeugende Initiative — durch weitere Abwanderung nicht ungeschoren bleiben.

Gewiß, im *Fremdenverkehr* ruhen Entwicklungsperspektiven. Der Gesamtumsatz von 220 Mill. DM 1960 war mit dem der schleswig-holsteinischen Textilindustrie gleich. Für landwirtschaftlich schwache, durch Waldbildung reizvoll zu gestaltende Landschaften darf es an der Pflege des Fremdenverkehrs nicht fehlen. Die Verbesserung der Lebensbedingungen auf den Inseln und Halligen und an der Nordseeküste läuft nicht zuletzt unter diesen Aspekten. Wir wissen hier mit unserem langfristigen Aufforstungs- und unserem langfristigen Windschutzplan seit Jahren durchaus, worauf es ankommt. Ebenfalls sind wir drauf und dran, in aller Kürze den Vorsprung des dänischen Nachbarn



in der *Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse* aufzuholen, um über eine günstigere Vermarktung einschließlich der Frachteinparungen das bäuerliche Einkommen mit zu heben und neue, rohstoffnahe Arbeitsplätze im Gewerbe zu bieten. Erinnerung sei an die Zucker- und Kartoffelverwertung, an die Reorganisation des Molkereiwesens, an den Totversand beim Schlachtvieh. Rapide erhöhen sich die Kapazitäten; im Wirtschaftsjahr 1959/60 wurden bereits 21 % des Rinderanfalles und 14 % des Schweineanfalles in Schleswig-Holstein tot versandt.

#### V. *Dynamische Arbeitslandschaft ...*

In Bredstedt hat Ministerpräsident von Hassel von einer in vollster Dynamik befindlichen Arbeitslandschaft „Programm Nord“ gesprochen. Unsere Kritiker geben zu bedenken, wir seien nicht dynamisch genug, außerdem zu einseitig, zu agrarisch. Wir erwidern: Es geht dynamischer und vielfältiger bei uns zu, als es die Kritik annimmt. Von einer Ballungsposition ließe sich eben ein Hinterland gefälliger ausmachen als im ständigen örtlichen Kontakt.

Argumente hin, Argumente her; diskutiert wird, wie für den höchstmöglichen Sanierungseffekt die beachtlichen, in ehernem Fluß zu haltenden Bundes- (und Landes-)mittel, der Kaufkraft in Ballungsgebieten entstammend, auf das Hinterland zu transferieren seien. Dieses südschleswigsche Hinterland unterscheidet sich als Grenzland wirtschaftlich wenig vom dänischen Nordschleswig. Nahezu gleiche Gegebenheiten machen es zwingend, besonders inmitten internationaler Wirtschaftsgemeinschaften, ähnliche Ziele anzusteuern, ähnliche Maßnahmen durchzuführen. Wechselseitig sollte man sich auf dem laufenden halten. Es gibt schon gute Beweise über den wirtschaftlichen Anstieg während der vergangenen Jahre in zurückgelassenen Gebieten nach Anlaufen der EWG. Sie wird auch im dänischen und im deutschen Grenzraum wirken, obwohl beide — wie man so sagt — auf schweren Füßen gehen, indem sich der allgemeine Lebensstandard hebt und die Menschen bleiben.

## Die wirtschaftliche Entwicklung Nordschleswigs im letzten Jahrhundert

Im folgenden veröffentlichen wir die Hauptgedanken des Vortrages von Bürgermeister Paulsen, die auf einer Darstellung in „Danmark i støbeskeen“ — Egnsudvikling og Samfund, Heft 2, beruhen.

Mit Nordschleswigs Wiedervereinigung 1920 wurde das Landgebiet Dänemarks um 10 % und seine Bevölkerung um etwa 5 % vermehrt. Nordschleswig hatte so bei der Wiedervereinigung eine Bevölkerungsdichte, die nur der Hälfte derjenigen im übrigen Dänemark entsprach. Nordschleswig war also vergleichsweise ein dünn bevölkerter Landesteil.

Das war vor 1864 nicht der Fall. 1860 hatte Nordschleswig 147 000 Einwohner, die angrenzenden Ämter Vejle und Ribe mit einem Landgebiet, das 30 % größer ist als Nordschleswig, 150 000 Einwohner. Nordschleswig war somit damals bedeutend dichter bevölkert als die nach Norden angrenzenden Nachbarämter.

Von 1860 bis 1929 stieg die Bevölkerungszahl in den Ämtern Vejle und Ribe um 137 000, oder 91 %, in Nordschleswig aber nur um etwa 17 000, oder 11 %.

In diesem Zeitraum stagnierte die nordschleswigsche Bevölkerung, aber selbst nach der Wiedervereinigung wuchs sie nur um 42 000, während sie in den nördlichen Nachbargebieten um 88 000, oder um das Doppelte, wuchs.

Wohlbermerkt, hatte das Stagnieren der Bevölkerungsentwicklung bereits vor 1864 angefangen, aber es herrscht kein Zweifel darüber, daß die Bevölkerungsdichte in Nordschleswig heute viel größer gewesen wäre, wenn die Trennung 1864 nicht gekommen wäre. Der Ursachen für die schiefe und fatale Bevölkerungsentwicklung Nordschleswigs gibt es viele, im besonderen folgende:

1. *Die große Auswanderung* aus Nordschleswig bis 1900, beschleunigt durch den §5 des Prager Friedens, der eine Volksabstimmung und hiermit eine mögliche Wiedervereinigung in Aussicht stellte. Viele junge Menschen wanderten allein deshalb aus, um dem deutschen Soldatendienst zu entgehen, sicherlich in der Hoffnung, später wieder zurückkehren zu können und in Nordschleswig wohnhaft zu werden. Auch andere politische Ursachen spielten bei dem Entschluß zur Auswanderung mit.

Nordschleswig verlor dadurch, im großen und ganzen gesehen, seinen Geburtenüberschuß in dieser Periode, und man rechnet damit, daß mindestens 60 000 in diesem Zeitraum ausgewandert sind. Eine solche Auswanderung, die hauptsächlich

aus jüngeren Menschen bestand, mußte die ökonomische Entwicklung tief beeinflussen und eine Stagnation für die verschiedensten Wirtschaftsgebiete zur Folge haben.

2. *Die industrielle Entwicklung.* Nordschleswig machte zum Teil wegen der Auswanderung nicht die natürliche Entwicklung vom Handwerk zur Industrie mit, die das übrige Dänemark im Zeitraum von 1864 bis 1920 kennzeichnete. Vor 1864 war in Nordschleswig eine nicht unbedeutende Industrie, verhältnismäßig mehr als im übrigen Jütland. Aber diese konnte sich im Randgebiet des großen deutschen Reiches unter damaligen Verhältnissen nicht behaupten. Rohstoffe und Kohlen mußten von weither geholt werden. Die Betriebskosten wurden deshalb hier oben weit größer als in anderen Gegenden, die unmittelbar an den Rohstoffquellen lagen.

3. *Der deutsche Landwirtschaftsschutz.* Der Fall der Kornpreise in den siebziger und achtziger Jahren hatte überall in Europa eine Landwirtschaftskrise zur Folge, die Deutschland durch Einführung eines Kornzolls zum Teil abwehrte, während Dänemark als Lebensmittelexportland gezwungen war, sich beim Übergang zur Produktion veredelter Landwirtschaftsprodukte, wie Butter, Schmalz und Eiern, dem allgemeinen Preisniveau anzupassen.

Die nordschleswigsche Landwirtschaft dagegen konnte wegen des deutschen Kornzolls bei der gewohnten Produktion von Korn und Fleisch, also einer weit extensiveren Landwirtschaft, verbleiben. Die europäische Landwirtschaftskrise erfaßte so Nordschleswig nicht in aller Härte und hatte nicht die gleiche Wirkung wie im übrigen Lande. Die Folge war, daß die nordschleswigsche Landwirtschaft bei der Wiedervereinigung 1920 landwirtschaftlich gesehen im großen und ganzen in der Entwicklung eine Generation hinter der Dänemarks zurücklag. Das verursachte die speziellen ökonomischen Schwierigkeiten nach der Wiedervereinigung. Die Landwirtschaftskrise im Anfang der dreißiger Jahre traf deshalb diesen Landesteil weit härter als das übrige Land, half aber zugleich mit, die notwendige Anpassung zu beschleunigen, so daß man heute feststellen kann, daß es in dreißig Jahren gelungen ist, landwirtschaftlich auf gleiche Höhe wie das übrige Land zu kommen. Nach der Wiedervereinigung ist damit in Nordschleswig von einer Generation der landwirtschaftliche Fortschritt zweier Generationen geschafft worden.

Der Übergang zur Produktion von veredelten Landwirtschaftsprodukten hatte in Dänemark den kleineren landwirtschaftlichen Betrieben verbesserte Konkurrenzmöglichkeiten gegenüber den größeren gegeben. Das billige ausländische Korn förderte diese Entwicklung und schuf die ökonomische Basis für eine Siedlungspolitik, die zur Gründung von Tausenden neuer Häuserstellen führte.

In Nordschleswig ging die Entwicklung besonders in den Jahren bis zum ersten Weltkrieg in entgegengesetzter Richtung: viele Kleinbetriebe wurden stillgelegt. Damit

verringerten sich die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, im Handwerk und Handel, und so ist es erklärlich, daß die Landgemeinden schon damals weniger Möglichkeiten hatten, den Geburtenüberschuß festzuhalten.

Bei der Wiedervereinigung war deshalb in Nordschleswig Platz für über viertausend neue landwirtschaftliche Familienbetriebe vorhanden, bevor die Betriebe auf denselben Durchschnittsstand wie im übrigen Land kamen.

4. *Der erste Weltkrieg* brachte Nordschleswig einen weit größeren bevölkerungsmäßigen und ökonomischen Rückgang, als man bei der Wiedervereinigung zunächst annehmen konnte. Fünftausend junge Menschen waren auf dem Schlachtfeld gefallen, weitere Tausende kehrten als Invaliden zurück, und diejenigen, die offenbar unbeschadet durch den Krieg gekommen waren, hatten wenigstens ihre besten Ausbildungsjahre geopfert. Sie hatten das Kriegshandwerk genügend kennengelernt, waren aber harter Berufsarbeit entwöhnt worden. Die beste Ausbildungszeit war vertan, und das Versäumte konnte nicht nachgeholt werden.

Aber auch ökonomisch brachten der Krieg und die Nachkriegszeit mit der Inflation einen enormen Aderlaß. Besitze und Betriebe konnten nicht instandgehalten werden, der Tierbestand wurde immer kleiner, der Boden verlor seine Gütekraft, die Lager in der Industrie, im Handwerk und Handel schmolzen auf ein Minimum, und der Rest war Ersatzware, die unverkäuflich war, als die Wiedervereinigung kam. Große Markbeträge wurden dadurch zwar frei, aber der Wert der Mark war auf 10 % gesunken und endete als wertlos. Das ganze gesparte Geld und das durch den Krieg frei gewordene Investierungskapital verschwanden wie der Tau vor der Sonne. Ganz gewiß waren damit auch die „Markschulden“ verschwunden, aber viele hatten zu einem früheren Zeitpunkt, als die Mark gegenüber der Krone einen Kurswert von 30 bis 40 hatte, konvertiert zu „Kronenschulden“.

Der Landesteil glich bei der Wiedervereinigung einem Geschäft, das Totalausverkauf hatte, und das vor dem Krieg so reiche Gebiet war in wirtschaftlicher Hinsicht ein Armenhaus geworden. Hinzu kam, daß der ganze Wiederaufbau bei einem Preisniveau stattfand, das zweieinhalb mal größer war als vor dem Kriege, und dabei mußte die ganze Produktion den geänderten Verhältnissen angepaßt werden.

#### *Die Lage nach der Wiedervereinigung*

Eine Umwandlung des Wirtschaftsgebietes ist in unserer Zeit mit großen Schwierigkeiten verbunden, indem Zoll- und Abgabebestimmungen u. a. bewirken, daß die Produktionsrichtung von Land zu Land wechselt, und zwar dergestalt, daß bei einem staatlichen Wechsel von Wirtschaftsgebieten, also bei einer Grenzverschiebung, eine Anpassung der Produktionsverhältnisse an die neuen Staatszugehörigkeitsverhältnisse

geschehen muß. Für Nordschleswig galt dies in besonderem Grade für die Landwirtschaft. Zweimal im Laufe von 56 Jahren hat der Landesteil sein Wirtschaftsgebiet gewechselt. 1864 wurde Nordschleswig ein entlegenes Feld für das damalige Deutsche Reich und bei der Wiedervereinigung ein entlegenes Feld für Dänemark.

Die hiermit in großen Zügen geschilderte wirtschaftliche und bevölkerungsmäßige Entwicklung macht es verständlich, daß der 1920 wiedervereinte Landesteil ein Bereich mit besonderen wirtschaftlichen Krisenproblemen und auch mit großen Entwicklungsproblemen werden mußte. Der Landesteil mußte auf Grund seiner historischen Stellung ein ökonomisch unterentwickelter werden.

Dazu kam, daß die Unruhe im Grenzland, die ernstlich in der großen Zeit des Nazismus einsetzte, gegenüber Nordschleswig eine Kapital-Investierungsangst zur Folge hatte, weil man eine neue Grenzverschiebung befürchten konnte. Auch das gehört dazu, um zu verstehen, daß Nordschleswig nicht einmal nach der Wiedervereinigung seinen Bevölkerungsüberschuß im Lande hielt. Das, was uns in besonderem Maße auf das Problem der Unterentwicklung aufmerksam machte, war eben, daß der Landesteil auch nach 1945 nicht mehr als die Hälfte seines Geburtenüberschusses festhalten konnte und daß die nordschleswigschen Städte nicht imstande gewesen sind, annähernd die Abwanderung von den Landgebieten aufzufangen.

Von 1921 bis 1952 stieg die nordschleswigsche Stadtbevölkerung um 22 000, während die Bevölkerung Koldings in dem gleichen Zeitraum eine Steigerung von 14 000 und die Bevölkerung in Esbjerg eine solche von 27 000 aufwies.

1952 hatten allein die Städte Vejle und Kolding genauso viele Einwohner wie die gesamten Städte und mit einbezogenen Flecken in Nordschleswig. Hadersleben, Apenrade und Sonderburg sollten bei einer normalen Entwicklung seit 1864 eine Bevölkerung von je 30 000 gehabt haben, und im gesamten Landesteil hätte vermutlich eine Bevölkerung von über 300 000 sein sollen.

Die politische Entwicklung und die Schwierigkeiten eines zweimaligen staatlichen und damit verbundenen wirtschaftlichen Wechsels sind hierfür ausschlaggebend gewesen, lassen aber gleichzeitig erkennen, daß Nordschleswig ein wirtschaftlich zurückgebliebener Landesteil ist, der zukünftig große Möglichkeiten haben müßte, wenn die Aufgaben von seiten der Allgemeinheit angepackt werden und eine kommende Entwicklung mit dafür geeigneten Mitteln gefördert wird. Die Probleme werden nicht kleiner dadurch, daß wir gegenüber einer internationalen Entwicklung stehen, die den Landesteil von außenher bevölkern kann — wenn die Probleme nicht von innen her gelöst werden.

Aus dem hier Geschriebenen geht hervor, daß Nordschleswig insgesamt als ein

unterentwickelter Bereich betrachtet werden muß — aber betrachtet man sich die einzelnen Gebiete des Landesteils näher, treten die Kontraste deutlicher hervor. Gegenpole sind auf der einen Seite Nordalsen und die Stadt Sonderburg, wo sich in den letzten Jahren eine enorme industrielle Entwicklung durchgesetzt hat. Die Fabrik Danfoss ist eine Fabrik von Weltformat geworden, und die Selbstbinderfabrik Freudendahl in Sonderburg hat in den letzten Jahren eine kolossale Entwicklung zu verzeichnen gehabt. Auf der anderen Seite steht das bevölkerungsarme Grenzgebiet im Kreise Tondern, das abgesehen von der Teppichfabrik in Højer nur wenige kleine industrielle Unternehmungen aufweist.

### *Der Kreis Tondern als Beispiel*

Der Kreis Tondern ist der am dünnsten bevölkerte Dänemarks. Im ganzen Zeitraum von 1860 bis 1921 stieg die Bevölkerungszahl nur um 900.

Von 1921 bis 1958 fand in den Städten und Dörfern ein Bevölkerungszuwachs von 2634 statt und in den Landgemeinden von 4436. Der Kreis Tondern und speziell sein Grenzgebiet war bei der Wiedervereinigung 1920 das am meisten unterentwickelte Gebiet des Landesteils und ist es noch heute. Das gilt besonders für die Landwirtschaft. Der größte Teil des Kreises Tondern war bei der Wiedervereinigung so wenig melioriert, daß die Viehzucht die einzige natürliche Nutzung des Gebietes darstellte. In der Zeit seit der Wiedervereinigung sind an keiner Stelle des Landes so große Entwässerungs- und Drainagearbeiten durchgeführt worden wie hier. Die große Entwässerung der Marsch bei Tondern im letzten Halbjahr der zwanziger Jahre umfaßte allein etwa 10 000 ha. Diese Arbeiten sind jedoch auch heute noch lange nicht zu Ende gebracht, obwohl in den letzten Jahren sehr große Projekte durchgeführt worden sind. Zu nennen ist hier die Regulierung der Brönsau, der Bredeau und des Grenzwasserlaufes. Auch die Landgewinnung im Wattenmeer vor der westschleswigschen Küste steht nun zur Debatte. Der Hindenburgdamm nach Sylt und der Damm nach Röm sind hier die Voraussetzungen für große kommende Landgewinnungen im Wattenmeer.

Der Kreis Tondern ist in landwirtschaftlicher Hinsicht immer noch weit hinter der Entwicklung zurück, obwohl man anerkennen muß, daß kein anderes Gebiet wie dieses in der Zeit seit der Wiedervereinigung in so hohem Grade seinen Charakter gewandelt hat.

Die bahnbrechende Arbeit der Heidegesellschaft in der Zeit von 1864 bis 1920, hauptsächlich in Jütland, vermißte man in Nordschleswig. Erst nach 1920 konnte die Heidegesellschaft auch hier einsetzen, und die Spuren von ihrem Einsatz sind am meisten im Kreise Tondern zu bemerken, wo so reichliche Arbeitsaufgaben vorhanden

waren.

Auch auf dem Gebiete der Anpflanzungen war dieser Bereich in der Zeit von 1864 bis 1920 total vernachlässigt worden. Neben der Heidegesellschaft nahmen neu gebildete Gesellschaften sich dieser Aufgaben an. Große Plantagen wurden angelegt. Rund um Haus und Garten wurde gepflanzt, und Schutzhecken wurden Tausende von Kilometern angepflanzt.

Die großen Entwässerungs- und Kultivierungsarbeiten gaben die Möglichkeit zu einer größeren Ausnutzung des Bodens. Die vorhandenen Landwirtschaftsgebäude wurden dabei zu klein, und als Folge hiervon konnte viel Land durch Aufteilung abgegeben werden. „Statens Jordlovsudvalg“ hat im Kreis Tondern eine umfassende Tätigkeit ausgeübt, und Hunderte von neuen Häuslerstellen wurden geschaffen. Aber heute noch ist der durchschnittliche landwirtschaftliche Besitz in Nordschleswig bedeutend größer, besonders in Tondern, als in dem übrigen Land. Es liegen daher noch reiche Aufteilungsmöglichkeiten im Kreis Tondern vor, und selbst wenn die technische Entwicklung eine weitere Aufteilung zweifelhaft sein läßt, muß sie der Aktivität wegen fortgesetzt werden, die notwendig ist, um den Stillstand zum Fortschritt zu verwandeln. Alle Kräfte müssen hier eingesetzt werden, um die vorhandenen Entwässerungs- und Kultivierungsmöglichkeiten auszunutzen, die der Siedlung Möglichkeiten geben.

Aber eine moderne Landwirtschaft erfordert auch zeitgemäße Wirtschaftsgebäude. Dänemark und im besonderen Westschleswig hat eine große Anzahl von unzeitgemäßen Wirtschaftsgebäuden. Soll die dänische Landwirtschaft auch weiterhin führend bleiben, muß dieses Problem gelöst werden. Die Investierung von Milliarden wäre hier notwendig, aber die Probleme Westschleswigs sind hier auch größer als in anderen Gegenden.

Große landwirtschaftliche Aufgaben im Kreis Tondern warten also noch heute auf ihre Lösung, aber ohne Hilfe von seiten der Allgemeinheit wird es nicht möglich sein, die bevölkerungsmäßige Stagnation zu überwinden.

Der Staat soll nicht beschuldigt werden, die Aufgaben nicht anerkennen zu wollen. Mehrere Male hat Nordschleswig eine Hilfe erhalten. Es hat nie an dem Willen zur Hilfe gefehlt, aber öfter sind die Probleme erst dann erkannt worden — und so auch in Nordschleswig —, wenn sie hochaktuell waren. Es entbehrte eines planmäßigen, zielbewußten und weitsichtigen Einsatzes. Wenn auch bedeutende landwirtschaftliche Probleme im Kreise Tondern noch auf ihre Lösung warten, so ist doch die Landwirtschaft des Kreises seit 1920 sehr vorangekommen. Die verstärkte Intensität innerhalb der Landwirtschaft hat selbstverständlich den Handels- und Handwerksumsatz vermehrt und in Tondern und den Dörfern Wirkungen gezeigt.

Von deutscher Seite wurde 1920 in Tondern vorausgesagt, daß in den Straßen der

Stadt das Gras wachsen würde.

Tondern verlor bei der Wiedervereinigung sein ganzes reiches südliches Umland, aber erhielt als Entgelt Vorteile als Grenzstadt. Es kam Eisenbahnpersonal in die Stadt; es kam auch eine Garnison. Zur Grenze gehören außerdem Grenzgendarmerie, Zoll und Polizei, wovon Tondern seinen Anteil erhielt.

Eine Staatsschule und ein Seminar hatte die Stadt bereits vorher, aber die Staatsschule wurde um ein Gymnasium ausgebaut, ein bedeutender Vorteil für jede Stadt. Tondern wurde somit in hohem Grade eine Behördenstadt. Das war ein bedeutendes Plus während der Krisensituationen, wo die Einnahmen aus dem Gewerbeleben versagten. Trotzdem wurde es doch bemerkbar, daß das südliche Umland verlorenging, aber heute kann man feststellen, daß die Stadt über die durch die Grenzziehung entstandenen Schwierigkeiten hinweggekommen ist, und selbst wenn die Einwohnerzahl stagnierte, hat die Stadt doch nie eine Periode mit solch starker Entwicklung gehabt als wie nach der Wiedervereinigung. Das Bild der Stadt hat sich total verändert.

Aber die *industrielle* Entwicklung ging an Westschleswig vorbei. Der Kreis Tondern hatte 1955 nur 23 Unternehmungen mit über fünf Beschäftigten und ein gesamtes Personal von 257, oder 1,2 % der Bevölkerung.

Trotz eines starken Ausbaus der Landwirtschaft haben die Gemeinden es schwer gehabt, ihre Bevölkerungszahl zu halten. Die starke Mechanisierung der Landwirtschaft hat selbstverständlich im höchsten Grade eine Rolle gespielt, und die Tatsache ist geblieben, daß Nordschleswig selbst nach 1945 nur die Hälfte seines Geburtenüberschusses festhalten konnte, wobei der Kreis Tondern hierdurch am härtesten getroffen wurde.

Dies beweist, daß man nicht allein durch landwirtschaftliche Maßnahmen den Nachwuchs fesseln kann. Soll der Geburtenüberschuß gehalten werden, muß das innerhalb der Industrie geschehen, aber weil dieses Gebiet ungeheuer arm an industriellen Unternehmungen ist, haben die Städte und größeren Orte nicht den vom Lande abgewanderten Nachwuchskräften genügend Beschäftigung geben können. Erschwerend hat auch der Wohnungsmangel gewirkt.

Aber der Kreis Tondern muß seine Hoffnung auf einen stärkeren industriellen Ausbau setzen. Die Möglichkeiten, auf diesem Gebiet weiter voranzukommen, sind trotz allem heute größer als früher. Das *Gebietsentwicklungsgesetz*, das in großem Ausmaß Rücksicht auf die Verhältnisse in Nordschleswig nimmt, darunter speziell auf den Kreis Tondern, dürfte bedeutende Möglichkeiten enthalten. Dazu kommt, daß es nunmehr gelungen ist, durch Mitwirkung des Staats und der Banken einen Investierungsfonds von fünf Millionen Kronen einzurichten, der eingesetzt werden soll, wenn andere



Finanzierungsmöglichkeiten erschöpft sind. Das bedeutet, daß es hier finanziell auf jeden Fall leichter als in anderen Gebieten Dänemarks ist, neue Industrien anzusetzen oder die bestehenden auszubauen.

Man muß zugeben, daß Nordschleswig und speziell der Kreis Tondern ein abseitsgelegenes Gebiet in Dänemark darstellt. Gleichzeitig muß erkannt werden, daß Nordschleswig und der Kreis Tondern am Wege nach Europa liegen, welches im Hinblick auf die kommende engere Zusammenarbeit die Abseitslage zum Besseren wenden dürfte.

### *EWG — Mögliche Entwicklungen — Wünsche und Forderungen*

Zu wünschen wäre, daß die europäischen Staaten sich bald in *einem* Gebiet zusammenfinden, indem Nordschleswigs Lage am Eingangstor zum Gemeinsamen Markt nur dadurch verbessert wird, daß dieses Tor sich weiter öffnet.

Nordschleswig hat in dieser Hinsicht ein doppeltes Problem. Nur ein größeres Öffnen des Tores nach Zentraleuropa ändert das geographische Problem, gibt aber gleichzeitig die Möglichkeit dafür, daß das dünn bevölkerte Gebiet, speziell der Kreis Tondern, von draußenher bevölkert wird, aber dafür wird von größter Bedeutung sein, daß der Landesteil stark genug wird, seine eigenen Probleme zu lösen.

Nordschleswig ist daran interessiert, daß der Weg zu Zentraleuropa geöffnet wird, aber die Brücke, die zugleich geschaffen wird, muß von solcher Stärke sein, daß sie die evtl. zu erwartende Mehrbelastung tragen kann.

Ein industrieller Ausbau des Landesteils wird dadurch eine dringende Notwendigkeit, damit der Geburtenüberschuß festgehalten werden kann. Das Gebietsentwicklungsgesetz und der nordschleswigsche Investitionsfonds kommen hier zu Hilfe. Aber entscheidend wird es sein, daß Fehlinvestitionen so weit wie möglich vermieden werden, so daß nur Aufbaufähiges eine Unterstützung erhält. Größere Irrtümer auf diesem Gebiet können verhängnisvolle Folgen haben und sich schlimmer auswirken, als wenn gar nichts geschieht.

Ein gewisses Risiko muß doch mit einkalkuliert werden, denn größere Fortschritte lassen sich ohne solche Risiken nicht verwirklichen. Nordschleswig sollte heute reif genug sein, um den industriellen Ausbau vorzunehmen. Die vierzig Jahre, die seit der Wiedervereinigung vergangen sind, sind lehrreiche Jahre gewesen. Der Anpassungsprozeß ist überstanden und die ökonomischen Schwierigkeiten der Anpassung haben nur dazu beigetragen, die nordschleswigsche Bevölkerung weitsichtiger und stärker zu machen.

Der Landesteil könnte der neuen Industrie bedeutungsvolle Vorteile in Form von billiger Elektrizität und einem gut ausgebauten Straßennetz bieten.

Hinsichtlich der Eisenbahn ist der Landesteil jedoch ein entlegenes Gebiet. Oft dauert es genauso lange, mit der Eisenbahn z. B. von Tondern nach Fredericia zu kommen wie von Fredericia nach Kopenhagen. Jeder Fremde, der mit der Eisenbahn nach Nordschleswig kommt, muß das Gefühl haben, daß er in einen Außenbezirk kommt.

Allein aus psychologischen Gründen ist dies unglücklich. Besonders paradox erscheint, daß die Ostküstenbahn auf der Strecke von Vamdrup nach Pattburg noch nicht doppelgleisig ausgebaut ist, während feststeht, daß ein Doppelgleis von Vamdrup nach Norden und von Flensburg nach Süden führt. Außerdem ist auch die schleswig-holsteinische Westbahn mit einem Doppelgleis ausgebaut. Soll der Landesteil industriell ausgebaut werden, muß auch die Staatsbahn ihre Pflichten erkennen, was sowohl für die Ostküstenbahn wie auch für die Westküstenbahn gilt.

Es wird viel darüber geklagt, daß die Bevölkerung nicht genügend von der Bahnverbindung Gebrauch macht, aber ist die Eisenbahn mit der Zeit gegangen hinsichtlich Komfort und Geschwindigkeit? Auf jeden Fall ist es eine Tatsache, daß man mit einem Auto schneller von Tondern nach Kopenhagen fahren kann als mit dem schnellsten Zug (Lyntog), und wenn der Landesteil nur einen Schnellzug in beiden Richtungen hat, ist es verständlich, daß die Bahn auch über längere Strecken heute verschmäht wird.

Die Staatsbahn hat es selbstverständlich nicht leicht. Sie muß auf den unrentablen Strecken den Verkehr weitmöglichst einschränken. Aber wenn die Staatsbahn das Eisenbahnmonopol hat, auf jeden Fall in Nordschleswig, muß der Staat die übrigen Interessen auch berücksichtigen, wenn es die Eisenbahnausgaben in den entlegenen Bereichen des Landes betrifft, besonders in einem Gebiet, das eine Front und Brücke hinaus nach Europa bildet.

## Das Nationalgefühl im Europa des Gemeinsamen Marktes

Der Gemeinsame Markt der sechs Rom-Union-Länder hat sich mit einer so großen Kraft entwickelt, daß er unser überkommenes Europabild ganz und gar verwandelt. Er hat die Zusammenarbeit der sieben Freihandelszonen-Länder sprengen und England und Dänemark überraschend schnell zu einer endgültigen Stellungnahme zwingen können. Allen ist klar geworden, daß diese fast explosive Entwicklung große Umwälzungen und Probleme mit sich bringen wird.

Von den vielen Fragen, die sich in diesem Zusammenhang aufdrängen, soll hier nur eine einzige angeschnitten werden. Europa, wie wir es kennen, ist der Kontinent der Nationalstaaten. Das bedeutet, daß — fast — jedes Volk seinen eigenen Staat hat. Die treibende Kraft, die dieses Resultat gezeitigt hat, ist das Nationalgefühl, eine der bedeutendsten Kräfte in der jüngsten europäischen Geschichte. Wie wird es mit dieser Säule in unserer europäischen Kultur und Politik werden in einem vereinten Europa? Und was wird aus Europa, falls die tragende Kraft des Nationalgefühls schwinden sollte? Würde Europas geistige Kraft und Bedeutung nicht mit ihr untergehen?

Es wird in unserer Zeit ja ohnehin genug über die Schwäche des Nationalgefühls geklagt, meiner Ansicht nach jedoch ohne Grund. Es ist doch heute noch so im politischen Leben, daß derjenige, der das Nationalgefühl vor den Wagen seiner politischen Ziele spannen kann, die besten Bedingungen hat, sein Ziel zu erreichen. Ein berühmtes Beispiel von weltgeschichtlicher Bedeutung ist die Mobilisierung des Nationalgefühls in der Sowjetunion, als sie von den Heeren Hitlers tödlich bedroht war. Man mußte sich offenbar der Erkenntnis beugen, daß das Nationalgefühl viel stärker als die ideologische Begeisterung für den Kommunismus ist.

Wird dieses mächtige Gefühl in einem übernationalen Europa bestehen können? Diese Frage drängt sich unwillkürlich auf, ist aber äußerst schwierig zu beantworten. Das Nationalgefühl erweist sich nämlich bei näherem Nachdenken als eine sehr kompliziert zusammengesetzte Größe. Man kann deshalb nicht davon ausgehen, daß die verschiedenen Seiten des Nationalgefühls unter anderen Verhältnissen dieselbe Rolle wie bisher spielen werden. Wenn wir uns eine Vorstellung davon machen wollen, welche Rolle das Nationalgefühl in einem zukünftigen vereinten Europa spielen könnte, dann müssen wir das Nationalgefühl einer Analyse unterwerfen und dann versuchen,

einen Eindruck davon zu bekommen, wie jedes einzelne Teil in die Struktur des neuen Europas hineinpaßt.

Das Alter des Nationalgefühls moderner Prägung wird auf nicht mehr als etwa hundertfünfzig Jahre beziffert. Aber die ihm zugrunde liegenden Kräfte sind uralte, sie bilden sozusagen den Rohstoff des Nationalgefühls.

Hier müssen wir zuerst die Heimatliebe erwähnen, die sicher ebenso alt ist wie die ersten festen menschlichen Wohnplätze. Eine kurze Charakteristik müßte wohl die Liebe zu den nahen Menschen und den nahen Dingen hervorheben. Diese Liebe bringt ein geographisch stark begrenztes Verantwortungsgefühl für die Lebensform und den Frieden der nahen Umgebung hervor. Dieser geographischen Begrenzung wird normalerweise eine Abgrenzung durch die Sprache, besonders den Dialekt, entsprechen. Etwas einseitig ausgedrückt, können wir sagen, daß die Heimatliebe das Idyll in das Nationalgefühl hineinbringt. Wir dürfen uns aber von diesem Ausdruck nicht zu sehr abhängig machen lassen, denn wie jede Liebe kann die Heimatliebe starke und gewaltige Kräfte auslösen, und jeder fremde Eroberer und jeder Reformator der gesellschaftlichen Struktur tut gut daran, sie nicht zu unterschätzen. In unserer Zeit führt die Heimatliebe zu einem tragischen Konflikt im Verhältnis zu den zahlreichen Flüchtlingsscharen, die eine neue Heimstätte brauchen, aber überall als Bedrohung der heimatischen Lebensform empfunden werden.

Das zweite Urelement im Nationalgefühl ist die Gruppenmentalität, die in neuerer Zeit von den Soziologen eingehend erforscht worden ist. Sie kann als eiskalte Berechnung eigenen Vorteils auftreten, so wie die Marxisten das Nationalgefühl der Besitzenden gebrandmarkt haben. Am häufigsten begegnet sie uns jedoch als primitiver Gruppeninstinkt, der in unserer Zeit bei Fußball-Länderkämpfen, Olympiaden, Massenausschreitungen und ähnlichen Gelegenheiten hervorbricht. Der Instinkt hängt mit einem merkwürdigen Erleben gemeinsamer Macht zusammen. Man identifiziert sich mit der Gesamtheit oder mit dem Stärksten in der Gruppe. Es entsteht das vollkommen vernunftswidrige Gefühl, an den Taten des Kriegs- oder Sporthelden teilzuhaben, das auch das schwächlichste und bedauernswerteste Mitglied der Gruppe erfüllt. Viele nationale Geschichtsliteratur und manches Heldenepos verdankt diesem Instinkt die große Popularität. Auf einen ganz einfachen Nenner gebracht, können wir sagen, daß der Gruppeninstinkt als Gegenpol zur Heimatliebe, mit der er übrigens häufig verschmilzt, das Bestialische ins Nationalgefühl hineinbringt. Abschließend muß noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch die Gruppe normalerweise durch eine gemeinsame Sprache miteinander verknüpft ist.

Diese beiden Urkräfte machen nur den Rohstoff des Nationalgefühls aus. Erst als zwei starke Gedankenwelten sich begegneten und jede auf ihre Weise diese Urkräfte

gedanklich untermauert und sie in ihrem Bilde formten, entstand das Nationalgefühl als moderne Massenerscheinung.

Der erste Grundgedanke ist ein Erbe der absolutistisch regierten Staaten des 18. Jahrhunderts. Der in einer feierlichen Krönung von Gott eingesetzte Monarch war in seiner Regierungsausübung nur Gott gegenüber verantwortlich. Sein Gesetz und sein Staat bildeten deshalb die höchste und endgültige Autorität auf Erden. Das Erbe dieser Zeit begegnet uns im Souveränitätsgedanken. Dieser besagt, daß der Staat selber die Gesetze erläßt, daß es keine Autorität oder Appellinstanz über dem Staat gibt und daß kein Fremder sich in die Gesetzgebung und die Ausführung der Gesetze einmischen kann. Der Gedankengang ist nur von der Staatsform des Absolutismus auf den demokratischen Nationalstaat übertragen worden. In einer sehr unsympathischen Form treffen wir den Gedanken, wenn er zu der Auffassung führt, daß jede schlechte und niedrige Handlung erlaubt ist, wenn sie zum Besten des Staates getan wird. Mit diesem Gedankengang kommt der Chauvinismus in das Nationalgefühl hinein.

Das Erbe des Absolutismus hat eine große Rolle in den demokratisch regierten Nationalstaaten gespielt. Deshalb wirkt es überraschend, daß der Souveränitätsgedanke eigentlich nichts mit dem Nationalen zu tun hat. Die absolutistischen Herrscher konnten fremdsprachige Offiziere und Beamte bis in die höchsten Stellungen hinauf in ihre Dienste nehmen. Auch heute kann jeder Nationalstaat, wenn seine Interessen es nahelegen, sich ausländischer Wissenschaftler und Spione bedienen, doch mit dem Unterschied, daß sie heute nicht zu sehr ins Rampenlicht rücken dürfen.

Neben dem Gedanken des souveränen Staates hat die romantische Idee vom Volk vielleicht mehr als irgend etwas anderes dazu beigetragen, das Nationalgefühl zu formen. Im Gegensatz zur Wertschätzung der vernünftigen Staatsform und der bürgerlichen Tugenden durch den Rationalismus wird in der Romantik das Naturgegebene und das Gefühl als das Eigentliche, das Göttliche im Leben unterstrichen. Das Volk muß in diesem Zusammenhang als eine mystische Einheit von Blut und Geist angesehen werden. Die biologische Substanz des Volkes und sein göttlicher Geist bilden einen Organismus, und dieser vom Volksgeist durchströmte Volkskörper ist die höchste, die absolute Einheit auf der völkerreichen Erde. Die Muttersprache, die Geschichte und die heroische Urzeit bilden die Seele des Volkes, seine Mythe. Die alle durchströmende Einheit erlebt man fast ekstatisch im Kriegerausch, der eine religiöse Färbung annimmt. In einer anderen Gestalt begegnen wir der romantischen Auffassung, wenn wir auf den Glauben an die göttliche Aufgabe, die Sendung des Volkes stoßen. Besonders deutlich finden wir diesen Glauben in Dostojewskis Zeitschriftenartikeln, wo er immer wieder zur Aufgabe des russischen

Volkes den degenerierten Völkern Westeuropas gegenüber zurückkehrt.

Mit dem Souveränitätsgedanken und der Entdeckung des Volkes als formenden Kräften und der Heimatliebe und dem Gruppeninstinkt als Grundlage haben wir die Hauptbestandteile des Nationalgefühls beisammen. Und doch werden wir Dänen etwas sehr Wesentliches in dieser Schilderung vermissen, nämlich „den folkelige vækkelse“, die menschliche Erweckung im Volk.

Leider läßt sie sich nur schwer beschreiben. Bei uns ist sie Hand in Hand mit der christlichen Erweckungsbewegung des vorigen Jahrhunderts gegangen. Wir müssen sogar sagen, daß die christliche Erweckung erst kam und den Anstoß zur menschlichen Erweckung des Volkes gab. Wo diese um sich griff, entstand ein Verantwortungsbewußtsein in der Bevölkerung, das wesentlich weiter reichte als vorher, ein Verantwortungsbewußtsein, das die Grenzen der engeren Heimat sprengte und das ganze Volk umfaßte. Die Erweckung führte zu einer durchgreifenden Änderung der alten Gesellschaftsordnung, die aus Regierenden, Obrigkeitspersonen, auf der einen Seite und dem Volk auf der anderen Seite bestand. Aber der Begriff Obrigkeit schrumpfte zusammen zu den Behörden unserer Tage, weil das Volk kritisch, verantwortungsbereit und mündig wurde. Gleichzeitig erwachte der Sinn für menschliche und kulturelle Werte, der wiederum über das Nationale hinausführte. Obwohl die menschliche Erweckung des Volkes seine Kraft aus der Sprache und Geschichte des Volkes schöpfte, so führt sie doch oft zu einer überraschenden Offenheit für das Universelle, das für alle Menschen Gemeinsame. Sie schuf den verantwortlichen Menschen in seinem gottgeschaffenen Zusammenhang. Dadurch wird ein stark ethischer Einschlag zum Nationalgefühl gefügt, die Humanität.

Daß das Nationalgefühl ohne den humanen Einfluß der Erweckung schrecklich und erschütternd in seinen Wirkungen sein kann, das sehen wir in diesen Tagen besonders deutlich in den früheren Kolonien. Dort ist der Nationalismus die explosive Kraft, aber leider oft nicht gemildert und gezügelt von der menschlichen Erweckung im Gefolge des Christentums. Auch in unseren Breitengraden haben wir die unmenschlichen Züge des Nationalismus in den faschistischen und nazistischen Bewegungen sehen können, und noch heute bricht die barbarische Seite des Nationalgefühls an Krisenherden wie Frankreich und Südtirol hervor.

Abschließend können wir zusammenfassen, daß das Nationalgefühl seine bodenständige Kraft und die gesunde Ausgeglichenheit aus der Heimatliebe holt, die Gewalttätigkeit und Agressivität vom Gruppenegoismus. Die Zeit des Absolutismus trägt mit dem Gedanken von der unbedingten Souveränität des Staates bei, während die Romantik dem Volk den Glauben an sich, die Mythe und das Sendungsbewußtsein gibt. Alle diese Elemente werden in der Glut der menschlichen Erweckung des Volkes

geläutert und veredelt.

\*

Nach dieser sehr kurzen Analyse des Nationalgefühls stehen wir nun vor der Aufgabe: Wir wollen versuchen, uns ein Bild davon zu machen, wie die Elemente des Nationalgefühls in die Struktur des zukünftigen Europas hineinpassen. Leider müssen wir dabei auf noch schwankenderem Boden vorstoßen, als das komplizierte Nationalgefühl schon ausmachte. Keiner kann uns nämlich heute ein einigermaßen sicheres Bild vom kommenden Europa entwerfen, weil darüber im einzelnen gar nichts und in großen Zügen nur sehr wenig bekannt ist. Um aber mit unserer Frage weiterzukommen, werde ich im folgenden ohne nähere Begründung davon ausgehen, daß es sich um eine Konföderation von Nationalstaaten handeln wird, mit weitgehender Zusammenarbeit in ökonomischen, militärischen und außenpolitischen Dingen, aber unangetasteter Selbständigkeit der einzelnen Staaten in allen kulturellen Anliegen. Von dieser Annahme ausgehend, müssen wir die doppelte Frage beantworten:

Wie wird solch ein europäischer Zusammenschluß vermutlich auf die Bestandteile des Nationalgefühls einwirken, und umgekehrt, wie werden die Elemente des Nationalgefühls auf die europäische Einigung einwirken können.

Das zukünftige Europa wird wahrscheinlich ein Aufblühen der Heimatliebe mit sich bringen. Europa in seiner Gesamtheit ist viel zu groß, als daß es als Heimat aufgefaßt werden könnte. Der Unterschied zwischen Dänemark auf der einen Seite und Portugal oder Süditalien auf der anderen Seite ist sehr beträchtlich. Ein Zusammenschluß, der so große Unterschiede überbrücken muß, wird fern und abstrakt vorkommen. Um so stärker wird die Liebe zu den nahen Dingen und den heimischen Verhältnissen blühen. Ein Argument für diese Annahme finden wir in den Verhältnissen im alten dänischen Gesamtstaat. Man fühlte sich als Holsteiner, als Schleswiger oder als Norweger, war aber gleichzeitig dem fernen dänischen König gegenüber loyal. Einen anderen Hinweis finden wir in der Bedeutung der Heimatliteratur, die in einem großen Land wie Deutschland verhältnismäßig größer ist als im kleinen Dänemark. Neben diesem Aufblühen der Heimatliebe wird diese sich auf Grund der besseren Verkehrs- und Mitteilungsverbindungen und im Sog des großen Zusammenschlusses etwas von der engen geographischen Begrenzung lösen und sich in gewisser Hinsicht unserem jetzigen Nationalgefühl nähern, so daß ganz Dänemark beispielsweise als Heimat innerhalb eines vereinigten Europas empfunden wird.

Die europäischen Einigungsbestrebungen andererseits werden kaum aktive Unterstützung von seiten der Heimatliebe erwarten können, aber auch nicht auf Widerstand stoßen. Sie liegen sozusagen außerhalb des Gesichtskreises der Heimatliebe. Innerhalb eines vollzogenen Zusammenschlusses dürfte diese jedoch

eine wertvolle stabilisierende Kraft darstellen.

Wie wird es mit der Gruppenmentalität als Bestandteil des Nationalgefühls gehen? Sie wird sicher nur in ganz einzelnen Fällen auf die verhältnismäßig schwache Gemeinschaft eines vereinten Europas übertragen werden. In der Hauptsache wird sie sich wohl auf die natürliche, gleichsprachige Gemeinschaft des Volkes begrenzen. Hier aber wird sie sich lange Zeit behaupten können, begünstigt durch nationale Eifersucht in Europa. Auf längere Sicht gesehen, besteht aber Aussicht, daß die schärfste Waffe des Gruppeninstinkts, der Nationalismus und Chauvinismus, ihm im Verlauf der europäischen Integration entgleiten wird. Er muß dann an die soziale Schicht- und Gruppeneinteilung anknüpfen, die auch in der neuen Ordnung sicher entstehen wird. Der Gruppeninstinkt seinerseits wird störend in den Einigungsprozeß eingreifen können. Er wird sicher ängstlich über nationales Prestige und nationalen Vorteil wachen, kurz gesagt, er wird destruktiv wirken.

Die Souveränität des Nationalstaats hat ihre ersten harten Stöße erlitten. Die Vereinten Nationen, die Nato, die OEEC, die Freihandelszone, das deutsch-dänische Oberkommando für Jütland, Schleswig und Holstein und die Ostsee, alle haben sie Breschen in die Mauer der unbedingten Souveränität auch Dänemarks geschlagen. Wir haben uns schon daran gewöhnt, daß Teile — wenn auch kleine — unserer Selbständigkeit geopfert werden. Ein Anschluß an den Gemeinsamen Markt und dessen weitere Entwicklung werden ohne Zweifel weitere große Teile der Mauer umstürzen. In entsprechendem Umfang muß die Autorität des Staates auf europäische Behörden übertragen werden. Diese nehmen sich aber vorläufig noch sehr blaß und farblos aus, so daß es lange dauern wird, ehe sie mit natürlich gewachsenem Respekt betrachtet werden. Die Autorität des Staates kann also nicht ohne Abschwächung auf sie übertragen werden. Ein europäischer Chauvinismus liegt deshalb wohl in weiter Ferne. Seinen natürlichsten Gegenstand werden Souveränitätsgedanke und Autoritätsgefühl trotz aller Einbußen auch weiterhin in den nationalen Regierungen haben.

Der europäische Zusammenschluß wird also keine Unterstützung vom Souveränitätsgedanken erfahren, im Gegenteil. Auch zukünftig wird sicher um jedes Stück Selbständigkeit, das europäische Behörden den Nationalstaaten entziehen wollen, gekämpft werden müssen. Wir werden wahrscheinlich auch einen entscheidenden Unterschied zwischen den katholischen und den protestantischen Ländern in dieser Frage beobachten können. Den in neothomistischen Bahnen denkenden Katholiken wird es viel leichter fallen, Souveränität auf überstaatliche Behörden zu übertragen, weil sie über ein komplettes Begriffssystem zu dem Verhältnis zwischen größeren, übergeordneten und kleineren, untergeordneten Einheiten



verfügen. Wir Protestanten kennen mehr die Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Partnern und pflegen zwischenstaatlichen Organen nicht zuviel Autorität zu gewähren.

Der Gedanke der Romantik vom Volk als biologisch-geschichtlich-geistiger Einheit kann schlechthin nicht von den Nationen abgelöst und auf einen so bunten Zusammenschluß wie Europa übertragen werden. Diese Seite des Nationalgefühls wird auch in Zukunft dem Volk allein gehören. Sie wird von der europäischen Einigung sicher auch nur wenig berührt werden, vielleicht wird sie in der veränderten Umgebung gemildert. Das Selbstzufriedene und Selbstvergötternde wird schlechte Bedingungen vorfinden. Wer kann in einem vereinten Europa das Volk als absoluten Wert betrachten und alles abweisen, was neben oder über dem Volk steht? Dagegen ist es sehr wohl möglich, daß die Stärke des Gefühls sich hinter das Sendungsbewußtsein des Volkes stellt. Diese wird in einem europäischen Zusammenschluß ein großes und wohlgeeignetes Betätigungsfeld vorfinden. Jedes Volk wird davon überzeugt sein, daß es einen besonders wertvollen, ja vielleicht den bedeutungsvollsten und entscheidenden Beitrag zur Einigung leisten kann. Zum Beispiel werden die Deutschen auf ihre teuer erkauften Erfahrungen und ihre unbestreitbare Tüchtigkeit pochen, während die Engländer sich auf ihre fest verankerte Demokratie und ihre nüchterne, praktische Einstellung stützen können. Bei uns in Dänemark, einem kleinen Land, kann man den Wert des eigenen Beitrages nicht so leicht überschätzen. Und doch — wir sind davon überzeugt, daß wir die beste Sozialgebung, das beste Unterrichtssystem, die beste Krankenfürsorge der Welt haben und vielleicht noch einiges mehr.

Ein Aufblühen dieser Seite des Nationalgefühls könnte die europäische Sammlung sehr kräftigen. Die treibenden Kräfte in der Zusammenarbeit sind bis jetzt wesentlich militärischer, wirtschaftlicher und auch politischer Art. Es wäre sicher ein großer Gewinn, wenn es im Laufe des weiteren Aufbaus der europäischen Gemeinschaft auch zu einer geistigen Auseinandersetzung käme. Dann würden die wertvollsten geistigen Kräfte Europas zu größerem Einsatz angeregt werden und Europa eine geistige Stärke und Anziehungskraft verleihen, die eine nur militärische, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit niemals bieten kann.

Ist in einem vereinten Europa für die menschliche Erweckung des Volkes Platz? Die Antwort kann meines Erachtens nur bejahend ausfallen. Die Erweckung, wenn keine Drohung von außen kommt, führt ja zu einer erstaunlichen Offenheit dem Universellen gegenüber und wird sich deshalb ohne große Schwierigkeiten auf die neuen Perspektiven einer europäischen Konföderation einstellen können. Gewiß, die Verantwortung und das Interesse, das die Erweckung hervorbringt, konzentriert sich in erster Linie auf die Anliegen des Volkes, aber die Weltoffenheit hat niemals ganz

gefehlt. In der Zukunft wird der europäische Gesichtskreis nach der Nation eine besondere Rolle spielen. Der Abbau der nationalen Souveränität, die bisher die Entwicklung der Völker gegen zu starken fremden Einfluß geschützt hat, könnte dazu führen, daß die Erweckung noch größere Teile der Bevölkerung als bislang erfaßt.

Im neuen Europa wird das im Volk erweckte Verantwortungsbewußtsein einer der wertvollsten Faktoren im Aufbau sein. Die Verwirklichung der europäischen Mammutvereinigung erfordert ein hohes Maß an Reife. Die menschliche Erweckung des Volkes ist die einzige Kraft, die den Kampf mit dem zerstörenden Einfluß des Gruppenegoismus aufnehmen kann. Aber die Kraft der Erweckung baut auf die Geschichte und Sprache der Völker. Deshalb müssen die Völker als Grundpfeiler in der Struktur des kommenden Europas erhalten bleiben; sie dürfen nicht der Rationalisierung der Produktion geopfert werden. Alle Kraft muß darangesetzt werden, die für diesen Zusammenhang blinden wirtschaftlichen Kräfte daran zu hindern, das selbständige, schöpferische Leben der Völker zu zerstören.

Für uns in Dänemark besteht ein großes Problem darin, daß man diese Erweckung im Volk in unserer Form außerhalb der nordischen Länder nicht kennt. Wir können nicht erwarten, daß sie in anderen Völkern in derselben Weise wie bei uns kommt — sie kann nicht exportiert werden. Aber der Kern der Erweckung, der verantwortliche Mensch im gottgeschaffenen Zusammenhang, wird hoffentlich auch in anderen Völkern hervorwachsen — nicht nur als einzelner Fall, sondern als Volksbewegung.

\*

Wie sieht nun das Schlußresultat unserer Überlegungen aus? Falls sie stichhalten, ergibt sich als erste Schlußfolgerung, daß das Nationalgefühl sogar sehr große Möglichkeiten hat, innerhalb eines vereinigten Europas zur Geltung zu gelangen. Eine europäische Einigung birgt in sich nichts, was die wertvollen Kräfte des Nationalgefühls ausschließen müßte. Und das Nationalgefühl besteht aus so vielen verschiedenen Elementen, daß es die Schwächung des Nationalstaats überleben kann.

Als zweite Schlußfolgerung müssen wir erwarten, daß das Nationalgefühl bei der Anpassung an die zukünftigen Verhältnisse eine gewisse Änderung erfahren wird. Von seinen Bestandteilen werden Heimatliebe, Sendungsbewußtsein und die menschliche Erweckung im Volk die größte Bedeutung im kommenden Europa erlangen. Die Heimatliebe wird als Gegengewicht gegen die kalte Ferne des großen Zusammenschlusses gestärkt und erweitert dastehen, das Sendungsbewußtsein wird als der Beitrag zum Aufbau Europas hervortreten, dem die nationale Selbstbehauptung ihre ganze Kraft weihen kann, und die Erweckung wird, im nationalen Erbe wurzelnd, noch weiter zum allgemein Menschlichen, zum allgemein Europäischen vorstoßen und die Verantwortlichkeit dafür wecken.

Weniger günstig werden der Gruppenegoismus und der Souveränitätsgedanke abschneiden. Der Gruppenegoismus, weil das Nationale immer uninteressanter für ihn werden wird, und der Souveränitätsgedanke, weil er nicht ohne starke Schwächung vom Nationalstaat getrennt werden kann, dessen Souveränität sehr eingeschränkt werden wird.

Es ist auffällig, daß gerade die humansten Elemente im Nationalgefühl in einem vereinten Europa vermutlich die besten Bedingungen, sich zu entfalten, vorfinden werden, während die problematischen Bestandteile, die Spannungen verursachen, wahrscheinlich in den Hintergrund treten werden. In diesem Lichte gesehen, muß den europäischen Sammlungstendenzen ein großer Wert beigemessen werden.

Die dritte und letzte Schlußfolgerung besagt, daß das zukünftige Europa nicht auf die große Kraft des Nationalgefühls verzichten braucht, sondern sie mit Vorteil anwenden kann und von ihm entscheidende Unterstützung erwarten kann, wenn es in die Konzeption eingebaut wird. Eine aufblühende und sich erweiternde Heimatliebe kann ein solides Fundament unter den weitspannenden Bogen der europäischen Gemeinschaft legen. Ein einzigartiger geistiger Schatz kann gehoben werden, wenn man dem Sendungsbewußtsein der Völker die Möglichkeit einer freien Auseinandersetzung gewährt. Und die menschliche Erweckung in den Völkern gibt mit einer Verantwortlichkeit über die heutigen engen Grenzen hinaus den besten Zement für den Neubau Europas ab.

Wenn es dem neuen Europa und seinen Baumeistern gelingt, die nationalen Kräfte für die Mitarbeit zu gewinnen, dann kann es einer reichen und harmonischen Zukunft entgegengehen.

---

*Die Existenz der deutschen Volksgruppe und der dänischen Minderheit wird auch im Zeichen der europäischen Integration bejaht, weil sie beide Zeugnisse der Geschichte sind. Darum sollen wohlgemerkt beide die gleichen Rechte haben, weil gerade dies den auf dem Hintergründe der europäischen und weltpolitischen Probleme dringend notwendigen Frieden an der Grenze garantiert.*

Dr. Hanno Schmidt in der Beiratssitzung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes in Rendsburg.

## Die kulturellen Hintergründe der dänischen Demokratie

Man versteht die dänische Demokratie und ihre Hintergründe nicht, wenn man nur an das große europäische Freiheitsjahr 1848 denkt. An der *allgemeinen* europäischen Freiheitsbewegung waren wohl vor allem die Stadtbevölkerung und insbesondere die akademisch ausgebildeten Beamten beteiligt. Natürlich spielten diese Gruppen auch in Dänemark eine sehr bedeutende Rolle, und im engeren politischen Zusammenhänge um die Geburtsstunde der Demokratie spielten sie wohl auch in Dänemark die *führende* Rolle. Aber dem Jahre 1848 war schon eine geistige Erweckung des Volkes vorausgegangen, und das breite dänische Volk war damals ein Bauernvolk. Daraus ergab sich nun bald ein Kampf, der nicht nur ein politischer, sondern vor allem ein kultureller Kampf war.

### *Die „gottesfürchtigen Laienversammlungen“*

Um die politische Erweckung des dänischen Bauernvolkes zu verstehen, muß man bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts zurückgehen und sich mit einem Phänomen bekanntmachen, das in erster Linie durchaus nicht politisch war. Dieses Phänomen sind „die gottesfürchtigen Laienversammlungen“. Es würde hier zu weit führen, sich mit diesen Laienversammlungen in Einzelheiten zu beschäftigen. Ich muß mich damit begnügen zu sagen, daß sie eine Reaktion des einfachen Mannes gegen den rationalistischen Gottesdienst waren. Er fühlte sich um den wahren Inhalt des Gottesdienstes, um die Verkündigung des christlichen Evangeliums betrogen. Statt dessen bekam er moralische Belehrungen im platten rationalistischen Stil. Da fingen die einfachen Leute selbst an: Handwerker, kleine Geschäftsleute, aber vor allem Bauern veranstalteten selbst religiöse Laienversammlungen, wo sie sich in den verschiedenen Häusern versammelten, um zu singen, zu beten und sich die Heilige Schrift vorzulesen. Von seiten der Obrigkeit betrachtete man diese Laienversammlungen mit sehr mißtrauischen und unwilligen Augen, und viele Prozesse, Geld- und Gefängnisstrafen wurden über die frechen und vermessenen Laien verhängt. Es war aber eine religiöse Bewegung, die sich nicht unterdrücken ließ. In dieser Bewegung keimte schon die Demokratie. Die Laienversammlungen waren eine Revolution gegen die geistliche Autorität, religiös in ihrem Ursprung, aber insofern

auch sozial-politisch, als die ländliche Unterklasse Trägerin der Erhebung war. Und die Bewegung blieb nicht innerhalb enger religiöser Grenzen. Es folgte sozusagen von selbst, daß sich die Revolution ins politische Gebiet verbreitete. Konnte man es wagen, auf dem religiösen Gebiet der Autorität Trotz zu bieten, dann noch viel eher auf dem politischen. Es besteht zwischen den Laienversammlungen und der demokratischen Bauernbewegung eine sehr enge Verbindung. Die Laienversammlungen wurden die ersten Volksversammlungen. Nicht nur die religiösen Fragen wurden da erörtert, sondern auch die Probleme des Alltags — das heißt, die politischen. Professor Lindhardt schreibt in seinem Buche „Weckungen und kirchliche Richtungen in Dänemark“ so: „Diese sozial-religiöse Erhebung legte in Wirklichkeit den Grund unserer politischen Demokratie. Die Verfassung vom Jahre 1848 wurde von nationalliberalen Theoretikern geschaffen, die ihre demokratischen Ideale durch das Lesen bekommen hatten; ohne entsprechende und vorausgehende Volksbewegungen hätte die freie Verfassung bei uns, wie z. B. vielerorts in Deutschland, ein toter Buchstabe werden können.“

Die Laienversammlungen wurden so gewissermaßen eine Vorstufe des politischen Lebens. Viele von den Bauerngestalten, die später im politischen Leben eine führende Rolle spielen sollten, wurden in den Laienversammlungen geschult. Hier lernten sie das Reden, das Argumentieren, das Diskutieren. Viele Fäden verbinden die religiöse Freiheitsbewegung mit der politischen.

### *Grundtvig und die Freiheit*

Aber auch auf andere Weise wurden diese Laienversammlungen von großer Bedeutung. Sie trugen dazu bei, daß Grundtvig seine Freiheitsideen voll entwickelte. Er war zwar niemals ein Freund der Laienversammlungen, weil er fürchtete, daß sich daraus Schwärmerei entwickeln könnte. Er war aber noch weniger ein Freund des rationalistischen Christentums, gegen welches die Laienbewegung eine Reaktion war, und es schien ihm empörend, daß man einfache Leute verfolgte und bestrafte, wenn sie sich gegen den verwässerten Gottesdienst der Rationalisten erhoben. Dies verstärkte nur seine Spekulationen über die Frage, wo die christliche Wahrheit zu suchen sei, und er wurde dadurch in einen harten Kampf gegen die führenden Theologen gezogen, woraus ein Prozeß folgte, dessen Ergebnis für ihn ein sehr ungünstiges war. 1826 wurde er unter Zensur gestellt, aber schon vorher hatte er unter Protest sein Amt niedergelegt, weil es ihm verboten worden war, bei der Tausendjahrfeier der Kirche seine eigenen Kirchenlieder singen zu lassen.

Ein paar Jahre später trat er mit königlicher Unterstützung seine erste Reise nach England an. Drei Jahre nacheinander war er drüben. Der Zweck war eigentlich,

altenglische Manuskripte zu suchen und wissenschaftlich zu bearbeiten, aber der Hauptertrag der Englandreisen wurde etwas ganz anderes, und zwar ein Freiheitsverständnis und eine Freiheitsliebe, die er nie wieder vergessen sollte. Er sah, wie sich das Leben der Engländer in Freiheit entfaltete, und er bekam in diesen Jahren einen tiefen und festen Glauben an die Kräfte, die im Volk liegen und die nur in Freiheit gedeihen können.

Von nun an war Grundtvig auf allen Gebieten ein fanatischer Anhänger der Freiheit. 1848 wurde er als Mitglied der konstituierenden Versammlung gewählt, und sowohl da als auch später im Reichstag war er immer ein unerschrockener Vorkämpfer für Freiheit. Auf dem kirchlichen Gebiet drangen seine Freiheitsgedanken zum erstenmal siegend durch, als 1855 das Gesetz eingeführt wurde, daß man sich vom Prediger der eigenen Gemeinde lösen konnte, um einen anderen Prediger einer Nachbargemeinde zu suchen, und dreizehn Jahre später wurde das Gesetz über freie Gemeinden durchgeführt.

Es schien notwendig, diese kirchliche Entwicklung ganz kurz zu verfolgen, weil dadurch erstens deutlich wird, daß die dänische politische Freiheitsbewegung sehr eng mit einer kirchlich-religiösen Freiheitsbewegung verbunden ist, zweitens, daß es sich nicht nur um eine Bewegung der sozialen und intellektuellen Oberschicht handelt, sondern vor allem um eine Bewegung, die tief im breiten Volke verwurzelt ist.

### *Die Idee der Heimvolkshochschule*

Auch noch eines muß in Verbindung mit Grundtvig erwähnt werden, und zwar die Idee der Heimvolkshochschule. Auch diese Idee brachte Grundtvig von England nach Dänemark mit. Drüben hatte er das englische College-System kennengelernt, und er war für dieses System in hohem Grade begeistert. Eine solche Universitätsanstalt, wo Lehrer und Studenten miteinander lebten und arbeiteten, wollte er nach Dänemark verpflanzen. Das Fruchtbare an seinem Plan aber war, daß er sich nicht eine wissenschaftlich-akademische Lehranstalt vorstellte, sondern eine Heimvolkshochschule, die von der Jugend des ganzen Volkes besucht werden sollte. Eine solche Schule schien ihm ganz einfach notwendig, wenn die kommende Demokratie zum Segen gereichen sollte. Grundtvig war ursprünglich kein Freund der demokratischen Ideen. Für ihn war das Ideal der aufgeklärte Absolutismus, wo ein aufgeklärter Monarch den Ratschlägen des Volkes zuhört und zu seinem Besten regiert. Eines seiner Lieder fängt denn auch mit den Worten an: „Königshand und Volkestimme“.

Nun hatten die Englandbesuche ihn zu einem Freund der Freiheit gemacht, aber er sah klar, daß die politische Freiheit, wenn sie nicht zur Zügellosigkeit führen sollte, auf dem

Verantwortungsgefühl und der politischen Reife des Volkes beruhen mußte. Sollte das Volk imstande sein, die Leitung des Staates zu übernehmen, dann mußte es irgendwie vorbereitet werden, und dazu schien ihm die Heimvolkshochschule die geeignetste Form.

Das Interessante an dieser ganzen Sache ist, daß Grundtvig also auf einem ganz anderen Wege als die Nationalliberalen zu einer Freiheitsauffassung kam. Die Nationalliberalen waren hier in Dänemark, wie überall, Akademiker, soziale und intellektuelle Oberklasse, vor allem Beamte. Man sprach in den ersten Jahren nach 1848 geradezu von der nationalliberalen Professorenpartei. Diese Nationalliberalen waren gute Dänen, aber sie machten doch nur eine dänische Zweigstelle einer allgemein europäischen Bewegung aus. Wie die Nationalliberalen in anderen Ländern waren auch sie von den Ideen der Französischen Revolution durchdrungen, und für sie bestand überhaupt kein Zweifel, daß das gemeine Volk, dem sie jetzt das allgemeine Wahlrecht verschafften, nun dieses Wahlrecht dazu gebrauchen sollte, den nationalliberalen Professoren die politische Leitung zu übergeben. Es kam ganz anders, weil sich das dänische Volk nicht bemüßeln lassen wollte, und daraus entstand eben die große politische Spannung der letzten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts.

Grundtvig war kein Nationalliberaler. Er war natürlich nicht unberührt vom Geist des 18. Jahrhunderts — wie wäre das auch möglich gewesen —, aber er hatte seine Freiheitsideen nicht vom theoretisierenden Kontinent, wie die Nationalliberalen, sondern vom praktisch handelnden England, und sein Freiheitsglaube beruhte nicht auf einer politischen Idee, sondern auf einem tiefen Glauben an die göttliche Bestimmung des Menschen, die der Mensch nur in Freiheit erfüllen kann, und auf einem ebenso tiefen Glauben an die schlummernden Kräfte des Volkes.

Später stellte es sich ja heraus, daß die Nationalliberalen es mit der Freiheit und den politischen Rechten nicht so ernst meinten. Als nach dem Kriege 1864 eine Verfassungsänderung notwendig war, fanden sie sich mit den reaktionären Gutsbesitzern zusammen in einem Versuch, die Verfassung vom Jahre 1849 zu beschneiden und zu verringern. Grundtvig aber kämpfte wie ein Löwe für die Freiheit der ersten Verfassung. Diesen Gegensatz erklärt man nicht dadurch, daß man sagt, Grundtvig sei seinen früheren Idealen treu geblieben, während die Nationalliberalen sie im Stich gelassen hätten. Er hatte ganz einfach andere Ideale. Er hatte einen Glauben an das Volk, den die Nationalliberalen niemals hatten.

\*

Dieser Idee von einer Heimvolkshochschule, die auch zur Aufgabe haben sollte, die Jugend auf das politische Leben vorzubereiten, entsprach einem allgemeinen Bedürfnis im dänischen Volke. Schon im Jahre 1844, als in Nordschleswig die erste

Volkshochschule vorbereitet und der Entwurf der Pläne veröffentlicht wurde, hatte man diese politische Aufgabe betont. Es hieß im Entwurf:

„Das Ziel, das wir uns gesetzt haben, ist, eine Anstalt zu gründen, wo Bauer und Bürger solche Kenntnisse und Fertigkeiten erhalten können, die zum Nutzen sein können nicht in erster Linie mit Rücksicht auf seinen besonderen Erwerb, sondern vor allem mit Rücksicht auf seine Stellung als Sohn des Landes und Bürger des Staates.“

Das entspricht ziemlich genau Grundtvigs Worten, wenn er sagt: „...eine Hochschule für unsere bürgerliche Jugend, wo man die Bildung und das Wissen, die sowohl bei den Ständeversammlungen als bei ihren Wählern erwünscht sind, sorgfältig pflegen und fördern kann.“

Es lag überhaupt in der Atmosphäre der Zeit ein weitverbreiteter Wunsch, eine Schule zu schaffen, die dem breiten Bauernvolke jetzt helfen konnte, da der König seine Macht mit dem Volke teilen wollte. Man findet diesen Wunsch überall, aber vor allem bei den Bauern und bei den Leuten, die mit dem Bauernstände eng zusammengehören — auch bei den Akademikern, die nicht dem engeren Kreise der Akademiker angehören, sondern vielmehr von den Grundtvigschen Gedanken über das Volk beeinflusst waren.

### *Heimvolkshochschule und Demokratie*

Es ist nun sehr natürlich, zu fragen: Hat die Heimvolkshochschule für die demokratische Entwicklung irgendeine Bedeutung gehabt? Als Volkshochschullehrer bin ich natürlich im Verdacht, diese Bedeutung zu übertreiben. Dennoch wage ich zu sagen, daß sie eine sehr große gewesen ist. Von Anfang an ist man sich bewußt gewesen, daß man die Jugend auf das bürgerliche Leben vorbereiten soll. Es war nicht die einzige Aufgabe, aber es war eine der Aufgaben. Aber glücklicherweise wurde die Volkshochschule an keine besondere Partei gebunden. Obwohl die Schüler fast ausschließlich vom Lande kamen und obwohl die meisten Volkshochschullehrer ihre Sympathien auf der Seite der Bauern hatten, wurde von Anfang an betont, daß es im Unterricht um die Grundsätze der Demokratie gehen müsse. Auf der Volkshochschule Rødning saß als Leiter durch viele Jahre Sophus Høgsbro, hervorragend als Schulleiter wie als liberaler Politiker. Aber auch er wollte aus der Schule keine Parteischule machen. Er hat es so ausgedrückt: „Die Volkshochschule soll keine blinden Fanatiker, sondern aufgeklärte, gewissenhafte Staatsbürger bilden. Sie soll den Schülern das möglichst treue Bild der wirklichen Verhältnisse geben, soll sie auf die verschiedenen Auffassungen aufmerksam machen, die wichtigsten Gründe dafür und dagegen hervorheben, sie soll versuchen, für die verschiedenen Fragen und ihre Lösung das Interesse zu wecken, und indem sie ihre Anlagen, sowohl die des Verstandes wie die des Herzens, entwickelt, soll sie ihnen die Mittel dazu geben. Aber die Lösung *an sich*



soll sie nicht geben. Die müssen sie sich selbst geben. Erst dadurch können sie einmal als selbständig denkende und handelnde Männer in das bürgerliche Leben hineintreten.“

Soweit die Absicht. Wieweit nun die Arbeit gelang — wie groß also die Bedeutung der Volkshochschule für das politische Leben wirklich wurde, das läßt sich ja nicht messen. Viele verschiedene Faktoren wirkten in den letzten Jahrzehnten mit, um das politische Interesse zu wecken und das Volk politisch zu aktivieren. Man kann direkt fragen, ob ehemalige Volkshochschüler sich am politischen Leben beteiligt haben, und diese Frage muß bejahend beantwortet werden. Viele Politiker, vor allem natürlich von der liberalen Partei, haben in ihrer Jugend eine Volkshochschule besucht. In der Dissertation Dr. Skovmands über die Volkshochschulen im Zeiträume 1844—1892 habe ich ein paar Zahlen aus den achtziger und neunziger Jahren gefunden. Das dänische Folketing hatte damals 102 Mitglieder. Von diesen waren in der Periode 1887—90 dreizehn alte Volkshochschüler, in der folgenden Periode 1890—92 war diese Zahl bis auf zwanzig gestiegen. In neuerer Zeit ist dieser Einschlag nicht geringer geworden. Die letzten Zahlen, die ich habe finden können, rühren aus der Periode 1953—57 her. Damals war die Zahl der Mitglieder des Folketings 179. Von diesen hatten zweiundvierzig eine Volkshochschule besucht. Das heißt, daß die Prozentzahl von zwanzig auf vierundzwanzig gestiegen ist.

Neulich hatte ich ein interessantes kleines Erlebnis. Ich hatte in einem Vortrag diese Zahlen erwähnt. Nachher kam der Direktor der „Heidegesellschaft“, der bis vor ein paar Jahren Folketingsmitglied gewesen war, zu mir und sagte, daß er mit dieser Statistik nicht ganz zufrieden sei. „Ich habe zwar niemals eine Volkshochschule besucht, weil meine Ausbildung als Agronom mir dafür keine Zeit gelassen hat. Aber ich habe immer in den Kreisen der Volkshochschule verkehrt und rechne mich als ein Kind der Volkshochschule, und deshalb geben mir Ihre Zahlen kein befriedigendes Bild.“ Ich konnte ja nur bedauern, daß sein besonderer Fall von der Statistik nicht erfaßt wurde, aber das kleine Erlebnis zeigt, scheint mir, daß der Einfluß der Volkshochschule größer ist, als die Zahlen es aufweisen können, denn sein Fall ist eben kein besonderer Fall. Jedes vierte Mitglied des Folketings ist ehemaliger Volkshochschüler. Wenn ein ebenso großer Teil der Jugend die Volkshochschulen besuchte, dann müßte man schnell mehr Schulen bauen.

#### *Lehrstätten der Demokratie:*

*das Vereins- und Organisationswesen, die Genossenschaften*

Aber man könnte auch auf eine indirekte Bedeutung der Volkshochschulen hinweisen. Das Vereins- und Organisationswesen der breiten Bevölkerung hat für die Demokratie

eine große Bedeutung gehabt. Das gilt von den kulturell arbeitenden Vereinen, die in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf dem Lande so zahlreich entstanden. In diesen Vereinen ist es nicht um das eng Fachliche gegangen, sondern es ist da eine sehr große Arbeit geleistet worden, den Horizont der Mitglieder zu erweitern. Diese kulturellen Vereine — Vortragsvereine, Jugendvereine — standen und stehen immer noch in engster Verbindung mit den Volkshochschulen. Ehemalige Volkshochschüler betreuen in vielen Fällen diese Vereine und machen einen beträchtlichen Teil der Mitglieder aus. Zusammen mit den Volkshochschulen haben diese Vereine einen großen Teil der Ehre dafür, daß mit dem dänischen Bauer eine so schnelle und große Wandlung vor sich ging. Denn in Wirklichkeit ist es eine phantastische Entwicklung. Um 1780 ist der dänische Bauer noch grundhörig, er „sitzt auf dem Esel“, er „liegt im Hundeloch“, er gehört dem verächtlichsten Stande des dänischen Volkes an. Dann werden um 1790 die großen Bauernreformen durchgeführt, wenige Jahre später geht eine geistige Erweckung durch das Volk, die Volkshochschulen beginnen mit ihrer Tätigkeit, und am Ende des 19. Jahrhunderts ist aus dem grundhörigen Bauern ein freier Bürger geworden. Er sitzt nicht mehr im Hundeloch, sondern im Versammlungshaus des Dorfes und hört Vorträgen zu, die ihn — auch im übertragenem Sinne — in die weite Welt führen: in den Zusammenhang der Geschichte, in das schöne Reich der Dichtung, in die tiefsten menschlichen und politischen Zusammenhänge. Aber etwas Ähnliches gilt von den mehr praktisch betonten Organisationen, wie zum Beispiel der Genossenschaftsbewegung. Es ist über jeden Zweifel erhaben, daß diese Bewegung von großer politischer Bedeutung gewesen ist, nicht als „pressure-group“, sondern dadurch, daß der einzelne hier das zusammenarbeiten mit anderen Menschen und das Gefühl der Mitverantwortlichkeit im engeren Kreise gelernt hat. Die Genossenschaftsbewegung ist sehr oft die Vorstufe zum politischen Leben gewesen. Für manchen ist der Weg ins politische Leben durch irgendeine genossenschaftliche Organisation gegangen. Aber die Genossenschaftsbewegung in ihrer dänischen Form wäre wohl kaum ohne die Volkshochschule denkbar gewesen. Auf der Volkshochschule hatte der junge Bauer eine Horizonterweiterung erfahren, er war aufgeschlossen geworden und damit neuen Ideen zugänglich, und er hatte vor allem die schwere Kunst des Zusammenarbeitens gelernt. Als nun z. B. die ersten Genossenschaftsmolkereien gegründet wurden, geschah das vor allem in den Gegenden, wo eine starke geistige Bewegung vorausgegangen war. Meistens haben frühere Volkshochschüler die Initiative ergriffen. „Wo der Schornstein einer Molkerei raucht, da wohnt jedenfalls ein Grundtvigianer“, sagte man. Es besteht da ein sehr enger Zusammenhang, obwohl er nicht so eng ist, wie der Engländer der Anekdote sich ihn vorstellte, der von einem Besuch in Dänemark nach England zurückkehrte und seinen staunenden Landsleuten

erzählte, daß Grundtvig einer der größten und tüchtigsten Butterproduzenten Dänemarks gewesen sei.

Überhaupt gehört die dänische Genossenschaftsbewegung wohl in das Bild der kulturellen Hintergründe der Demokratie. Die Genossenschaftsbewegung ist zwar keine dänische Erfindung, aber vor allem die Produktionsgenossenschaften haben sich bei uns sehr früh und sehr selbständig entwickelt. Auch das war eine Bestrebung, sich selbständig und unabhängig zu machen. Wie das dänische Bauernvolk sich in religiös-kirchlicher Hinsicht von jeder obrigkeitlichen Vormundschaft frei machen wollte und wie es auch in politischer Hinsicht um seine Selbständigkeit rang und zur nationalliberalen Oberklasse in keinem Abhängigkeitsverhältnis stehen wollte, so ging der Unabhängigkeitskampf auch um etwas ökonomisches, und dieser Kampf führte zu einem sehr ausgebauten Genossenschaftswesen.

Typisch ist die Art und Weise, wie die erste Genossenschaftsmolkerei auf die Welt kam. Es geschah in einem winzigen Dorfe im westlichen Jütland. Hier wurden sich einige Bauern eines Abends darüber einig, eine Molkerei zu gründen, und die Frage, ob diese Molkerei eine Aktiengesellschaft oder eine Genossenschaft sein sollte, wurde letzten Endes dahin gelöst, daß man sich für die Genossenschaft entschied. In der folgenden Nacht arbeiteten einige Bauern die Gesetze dieser Genossenschaftsmolkerei aus, und diese Gesetze waren so vorbildlich, daß sie in ihren Hauptzügen noch heute verwendet werden. Vor allem ist zu erwähnen der Paragraph, wonach jedes Mitglied eine Stimme hat, gleichgültig, ob er die Milch von fünf oder fünfzig Kühen liefert.

Die Genossenschaftsbewegung war nicht nur ein ökonomisches Phänomen, sondern auch ein kulturelles. Eben der erwähnte Paragraph war ein Ausdruck einer demokratischen Auffassung, die das alltägliche Leben in Dänemark und damit auch das politische Leben tief geprägt hat.

Zu der Zeit, als sich die Demokratie bei uns durchsetzte, war ja der Hauptteil der dänischen Bevölkerung Bauern. Industriell war Dänemark damals etwa vierzig Jahre hinter dem Ausland zurück, und von einer Arbeiterklasse im modernen Sinne des Wortes kann man erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts reden. Das heißt aber, daß der politische Kampf für den Parlamentarismus nicht von der Arbeiterklasse, sondern von den Bauern geführt wurde, und man könnte wohl dadurch in allerlei Philosophieren darüber geraten, welche Bedeutung es gehabt hat, daß eine Klasse, die prinzipiell konservativ ist, die radikal-liberale Rolle spielte. Es ist klar, daß dies für die politischen Traditionen nicht ohne Bedeutung ist.

### *Die nationalliberale Auffassung von Kultur und Demokratie*

Einer der begabtesten und beredtesten nationalliberalen Führer, Orla Lehmann, der in

den bewegten Märztagen 1848 eine Hauptrolle spielte und später in Vejle Landrat wurde, äußerte sich einmal in einer Rede in den sechziger Jahren so: „Die Macht im Reiche gehört — trotz allem Reden von Demokratie — den Begabten, den Gebildeten, den Vermögenden.“ In diesen Worten haben wir sozusagen den Schlüssel zum Verständnis des Kulturkampfes der siebziger, achtziger und neunziger Jahre und damit auch der Politik.

Die Nationalliberalen hatten im Jahre 1848 dem breiten Volk zur Demokratie, zum allgemeinen Wahlrecht verholfen. Der Inhalt des politischen Kampfes am Ende des Jahrhunderts war das Prinzip des Parlamentarismus. Das Volk wollte dieses Prinzip durchführen, die Nationalliberalen wollten es nicht. Sie wollten es nicht, weil es ihnen ein ganz unmöglicher Gedanke schien, dem gemeinen Volke die regierende Macht zu überlassen. Dies würde, so meinten sie in vollem Ernst, Dänemark in den Augen des Auslandes schaden, und wenn sich erst Bauern oder Dorfschullehrer auf die Stühle des Ministeriums setzten, dann würden diese Stühle davon so beschmutzt werden, daß kein anständiger Mensch da wieder Platz nehmen wollte.

Der Hintergrund dieses scharfen Standpunktes war die Meinung der Nationalliberalen, daß sie allein die Kultur verträten. Und gewissermaßen hatten sie recht. Oder jedenfalls: sie hatten recht gehabt. Um die Mitte des Jahrhunderts waren sie wirklich Vertreter des dänischen Kulturlebens. Dichtung, Philosophie, Theater, alles überhaupt, was sich mit dem Namen Kultur schmückt, war in den nationalliberalen Kreisen zu finden.

Aber die nationalliberale Kultur war eine statische Kultur geworden. Die Nationalliberalen waren die Nachkommen der Romantiker; aber das Revolutionäre hatte sich verloren, und übrig war nun eine Kulturschicht, die das Bestehende, die Traditionen, die Institutionen bewahren wollte. Aus Dynamik war Statik, aus Revolution Reaktion geworden. Das kann als ein sehr ungerechtes Urteil angesehen werden. Denn die Nationalliberalen hatten doch den Absolutismus besiegt, die Freiheit eingeführt, die Zensur abgeschafft, das allgemeine Wahlrecht durchgeführt. Der nationalliberale Führer Orla Lehmann hatte doch im März 1848, als die Adresse an den König abgefaßt wurde, die Schlußworte hinzugefügt: „Wir flehen Eure Majestät an, die Nation nicht zur Selbsthilfe der Verzweiflung zu treiben.“ Das riecht nach Revolution, Barrikaden und Schießereien. Aber es war vor allem Pathos. Um eine wirkliche Demokratie im modernen Sinne des Wortes war es den Nationalliberalen nicht zu tun. Es schien ihnen ganz einfach eine selbstverständliche Sache, daß die breite Bauernbevölkerung nur als Wähler, nicht aber als Gewählte in Frage kam. Denn sie war ja kulturlos.

*Der Zwei-Fronten-Krieg dagegen — Georg Brandes — Bjørnson*

Diese statische Kultur geriet aber in einen Zwei-Fronten-Krieg. Von der einen Seite

wurde sie von Georg Brandes angegriffen. Er griff sie an, weil sie veraltet war, ausgelebt, unmodern. Gegen die nationalliberale Ehrerbietigkeit gegenüber althergebrachter Moral, Kirche, Religion, Gottesglauben, Familie, Frauenideal, mit allem Bestehenden und Traditionellen setzte er den freien Menschengedanken, die freie Forschung, die freie Entwicklung der individuellen Persönlichkeit. Er wollte die Moral von allen christlichen Fesseln frei machen. Alles, was den Nationalliberalen heilig war, verspottete er. „Daß eine Literatur lebt, soll man daran erkennen, daß sie Probleme zur Debatte stellt — so verkündete er gegenüber der alten romantischen und nachromantischen Literatur, die sich von den bürgerlich-sozialen Problemen abgewandt hatte, um das innere Reich der Träume und der Phantasie zu suchen. Brandes selbst war im Wesen kein Demokrat, sondern ein Aristokrat, der die Pose des Einsamen, des Verfolgten liebte. Als er nach einigen Jahren erlebte, daß seine Ideen bei vielen durchdrangen, wandte er sich mit Abscheu davon weg, um die große Einzelpersönlichkeit zu verehren. Insofern gehörte er mit seinem innersten Wesen der Romantik an. Aber trotz allem war es doch ein sehr wuchtiger Angriff auf einen herrschenden Kulturbegriff. Was die Nationalliberalen bisher als etwas Absolutes und Undiskutables hingenommen hatten, sahen sie nun plötzlich relativiert und diskutiert. Aber der Angriff, der wohl von *noch* größerer Bedeutung war, kam von der anderen Seite, von *der* Kultur, die vor allem von den Grundtvigschen Gedanken und von der Volkshochschule geprägt war. Auch von dieser Seite griff man die herrschende Kultur an, aber nicht in erster Linie, weil sie unmodern, sondern weil sie dem Volke fremd war, von der Lateinschule und der klassischen Bildung der Universität geprägt. Und damit hatten die Angreifer ja weitgehend recht. Schon Oehlenschläger hatte um die Jahrhundertwende die Frage einer Preisaufgabe, ob es für die Dichtung vorteilhaft sein würde, statt der griechischen die nordische Mythologie anzuwenden, bejahend beantwortet. Aber die Literatur hatte dennoch in hohem Grade das akademisch-klassische Gepräge behalten. 1858 schrieb J. L. Heiberg ein kleines Lied von der dänischen Sommernacht, in dem die Situation eigentlich klar zutage tritt: Er besingt die neblige dänische Sommernacht, bevölkert sie aber mit so fremden Gestalten wie Luna, Endymion und Aktaion. Um einer solchen fremden Kultur teilhaftig zu werden, sei es als Schaffender, sei es als Genießender, mußte man eine klassische akademische Ausbildung durchgemacht haben.

Gegen diese volksfremde Oberklassenkultur richtete sich der Angriff des Grundtvigvolks. Aber das Interessante ist, daß der Angriff kein isolierter dänischer Angriff war. Es war dies eine Entwicklung, die mit der norwegischen parallel ging. Deshalb wurde der norwegische Dichter Bjørnson einer der heftigsten Angreifer der alten Kultur auch in Dänemark. Er hatte in Norwegen entsprechende Angriffe gegen die

alte Kultur gerichtet, und am Anfang des Jahres 1872 zog er auch die nationalliberale Kultur Dänemarks in die Debatte. Er verurteilte die nationalliberale Politik, die sowohl nach außen — durch den Verlust von Schleswig — wie nach innen — durch die Beschneidung der Verfassung — Bankrott gemacht hatte. „Jetzt müssen die alten verrotteten Institutionen und Mauern umgestürzt werden; an Stelle der Nationalliberalen, die an allen drei Fronten verloren haben (außenpolitisch, innenpolitisch und kulturpolitisch) soll jetzt die Demokratie der drei nordischen Länder mit einem gemeinsamen Programm in den Vordergrund treten, das auf dem Christentum, dem Volksgeist und dem Norden gebaut ist.“

Bjørnson besaß denselben hellen Glauben an die schlummernden Kräfte des Volkes wie Grundtvig, hatte ihn wohl von Grundtvig bekommen. Mit der Begeisterung und dem Feuer, die für den norwegischen Dichter so charakteristisch waren, rief er jetzt den Geist des Volkes an, um der volksfremden akademischen Kultur den Todesstoß zu geben. Und für diesen Kampf fand Bjørnson in Dänemark bei den meisten Anhängern Grundtvigs begeisterten Anklang. Nicht bei allen. Denn für Bjørnson war es über jeden Zweifel erhaben, daß dieser Kulturkampf sich einen politischen Ausdruck geben mußte. Für ihn war das Volk der Inhalt der Demokratie, das Demokratische die Erscheinungsform des Volkes. Und einige Grundtvigianer scheuten sich vor dem allzu Politischen. Für sie war das Grundtvigsche vor allem etwas Geistiges, Religiöses, welches bei einer Politisierung verfälscht werden könnte. Das führte zu ziemlich starken Gegensätzen und Debatten innerhalb des grundtvigschen Lagers.

Aber das ist in diesem Zusammenhang Nebensache. Hauptsache ist, daß hier ein neuer Kulturbegriff aufkam, die Idee einer Kultur, die auf dem Dänischen, dem Nordischen, dem Volk beruht, eine Kultur, die das Eigene dem Fremden, dem Klassischen vorzog und an die schlummernden Kräfte des Volkes glaubte.

Gegenüber der nationalliberalen Einheitskultur, die eine klassische, volksfremde Kultur war und die nur insofern als Einheitskultur betrachtet werden konnte, als sie die Kultur der Oberklasse war, stand also jetzt eine demokratische Kultur — oder jedenfalls ein demokratisches Kulturprogramm —, das auch eine Einheitskultur anstrebte. Das Charakteristische war die Idee, daß der Bildungstoff überall derselbe, das heißt dänisch-nordisch sein sollte — von der Volksschule über die Volkshochschule, die gelehrte Schule und die Universität hinauf bis zur nordischen Universität. Die Kluft zwischen der Intelligenz und dem Volk sollte auf diese Weise überbrückt werden, so daß alle Mitglieder des Volkes einer und derselben Kultur teilhaftig wurden.

Es war dies eine ziemlich verwickelte Sache, weil hierbei drei und nicht nur zwei Parteien engagiert waren. In gewissen Punkten konnten die Grundtvigianer mit den Brandesianern gemeinsame Sache machen, z. B., wenn es sich um das allgemeine

Wahlrecht und den Parlamentarismus handelte; in anderen Sachen, wie z. B. Religionsfragen, fanden sich die Grundtvigianer und die Nationalliberalen gegen die irreligiösen Brandesianer vereint. Das politische Bild war nicht weniger verworren. Die Hauptsache ist aber, daß die bestehende Kulturhegemonie gebrochen wurde. Aber mit diesem politisch-kulturellen Kampf vergingen dreißig Jahre. Erst 1901, nachdem die liberalen Parteien dreißig Jahre die Mehrheit gehabt hatten, hatten sich die Nationalliberalen und die Gutsbesitzer endlich totregiert, und mit großem Beben mußte der König es 1901 geschehen lassen, daß eine Linksregierung gebildet wurde. Ein Bauer wurde auch jetzt nicht Staatsminister, auch keiner aus dem Bauernstände, sondern ein Professor. Mitglied der Regierung wurde aber doch ein Bauer, und zwar Ole Hansen, der Minister für Landwirtschaft wurde. Aber der eigentliche Leiter des Ministeriums wurde doch wohl ein Lehrer, J. C. Christensen, der Bauernsohn war. Damit hatte der Parlamentarismus gesiegt.

#### *Keine Einheitskultur — drei Kultur Strömungen als Ergebnis*

Und was wurde das Ende des Kulturkampfes? Man kann es wohl so ausdrücken: Alle drei Parteien hatten von Sieg und Alleinherrschaft geträumt, keine behielt den Sieg. Statt einer Einheitskultur bekamen wir drei Kulturrichtungen, die eine Koexistenz führen mußten: 1. die alte klassische, 2. die radikal-europäische und 3. die grundtvigsche Kultur. Noch heute haben wir diese Dreiteiligkeit: eine Gruppe, die die Institutionen, das Bestehende, verehrt und verteidigt: Gott, König und Vaterland — eine Gruppe, die gegenüber dem Religiösen feindlich oder jedenfalls neutral ist und besonders das Recht des freien Menschengedankens hervorhebt — und eine Gruppe, die besonders von den grundtvigschen Freiheitsideen geprägt ist und sich vor allem um die freien Schulen und die grundtvigschen Gemeinden schart.

#### *Noch eines kommt hinzu: die Arbeiterbewegung*

Aber noch eins kommt hinzu: die Arbeiterbewegung, die auch ihre Kulturformen entwickelt hat, teils selbständig, teils von der radikalen, teils von der grundtvigschen Kulturrichtung beeinflusst. Die Arbeiter fühlten sich wohl am Anfang des Jahrhunderts im Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft. Aber die Schärfe dieses Gegensatzes verlor sich, und das ist wohl erstens dem sozialen Ausgleich zu verdanken, zweitens dem sozialdemokratischen Leiter der zwanziger und dreißiger Jahre, Thorvald Stauning, der kein doktrinärer Theoretiker, sondern ein praktischer Politiker war, dem es nicht auf das System ankam, der aber für praktische Reformen und Fortschritte arbeitete. So konnte 1950 der damalige Staatsminister Hans Hedtoft bei einem Fest auf Düppel sagen: „Dänemark ist nun auch das Vaterland der Arbeiter, wo sie sich zu

Hause und als gleichberechtigte Mitglieder fühlen.“

Die kulturelle Lage, die heute den Hintergrund des politischen Lebens bildet, ist kurz ausgedrückt die, daß wir nicht von einer Einheitskultur sprechen können. Es gibt verschiedene Gruppen und verschiedene Kulturformen. Aber der Abstand ist kein großer, und es besteht in mancher Weise eine weitreichende Zusammenarbeit — und auch ein gegenseitiger Respekt. Das demokratische Zusammenleben ist in Dänemark nicht von kulturellen Gegensätzen bedroht. Es wird von allen Seiten als etwas Selbstverständliches anerkannt, daß Bauer, Arbeiter, Geschäftsmann und Professor zusammen die Regierung bilden oder sich darin ablösen. Wenn man pessimistisch sein wollte, könnte man sagen, daß die Gefahr heute viel mehr in einer Tendenz zur Ausgleichung besteht.

\*

Zum Schluß möchte ich sagen, daß die Gefahr, die heute die Demokratie bedroht, von einer ganz anderen Art ist. Sie lauert in der um sich greifenden Spezialisierung, die die einzelnen Gruppen isoliert und statt des Menschen und des Bürgers einen Spezialisten hervorbringt, der sich um sein Spezialistentum kümmert, aber die anderen Spezialisten — auch die politischen — nicht kennt und nicht versteht. Diese Spezialistengefahr ist heute *die* Gefahr, und diese Gefahr zu sehen und zu bekämpfen ist die Hauptaufgabe aller, denen es um eine lebenskräftige, gesunde und menschenwürdige Demokratie zu tun ist.



# Demokratische Bewußtseinsbildung in der deutschen Jugend

## Kurzer historischer Rückblick

Schon in der „Allgemeinen Schulordnung für Schleswig-Holstein“ von 1814 heißt es: „Wir, Frederik VI., ... tun kund hiermit: Da eine allgemein zweckmäßige Errichtung des Unterrichts und der moralischen Bildung der Jugend in den Schulen das wichtigste Mittel ist, dem Staat rechtschaffene und nützliche Untertanen zu erziehen ...“ Dieser historisch gesehen relativ frühe und selbstverständlich dem Geist jener Zeit gemäße Beginn staatsbürgerlichen Unterrichts an den Schulen erhielt in Deutschland besonders starke Impulse durch die Bestrebungen des Freiherrn vom Stein und der preußischen Reformer, die den Bürger durch Selbstverwaltung zur Mitarbeit für das Ganze heranzubilden trachteten.

Im reaktionären Gegenschlag versandete diese großartige freiheitliche Epoche unserer Geschichte. Wilhelm II. ist ein sprechendes Symbol für die unerfreuliche Mischung von Überheblichkeit, Nationalismus, obrigkeitstaatlichem Denken und Byzantinismus in der Endphase unserer konstitutionellen Monarchie.

Die Weimarer Republik ging mit großem und erhebendem Elan an die demokratische Bewußtseinsbildung der deutschen Jugend heran und weist beachtliche Einzelleistungen auf. Die staatsbürgerliche Erziehungsarbeit in dieser ersten parlamentarischen Demokratie unseres Volkes krankte aber vor allem an zwei schwerwiegenden Fehlern: der Idealisierung der Demokratie durch Politiker und Erzieher in ihren Ansprachen und Belehrungen und dem Mangel an kämpferischer Einsatzfreude für die Werte der parlamentarischen Demokratie unter den Erwachsenen, auch unter den politisch Verantwortlichen, in der Praxis.

Nach dem von uns begonnenen und verlorenen Krieg wurde 1945 in Schleswig-Holstein zunächst einer Vielzahl unterschiedlicher Bestrebungen in der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit Raum gegeben. Ähnlich war es in den anderen Bundesländern. Ab 1954 begann die Landesregierung, diese Einzelbestrebungen zusammenzufassen. Der damalige Kultusminister Dr. Lemke übertrug dem Verfasser zusätzlich zu seinen Aufgaben als Referent für Erwachsenenbildung und Büchereiwesen im Kultusministerium des Landes das Generalreferat für die staatsbürgerliche Erziehungsarbeit. Ab 15. Dezember 1956 wurde auch in Schleswig-

Holstein, dem Beispiel aller anderen Bundesländer folgend, eine eigene Landesbehörde errichtet, die der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit in all ihren Erscheinungsformen und Institutionen sich zu widmen hat. Ein mit Vertrauenspersonen aller Landtagsfraktionen bestelltes Kuratorium berät den Kultusminister und den „Landesbeauftragten für staatsbürgerliche Bildung“ bei der Bewältigung seiner vielfältigen Aufgaben, die nicht zentralistisch und reglementierend von oben, sondern immer nur in der Form einer Hilfe zur Selbsthilfe getätigt werden. Das doppelte Ziel, das der Landesbeauftragte für staatsbürgerliche Bildung sich gesetzt hat und an dem er festhält, ist einmal die Weckung und Stärkung eines freien und verantwortungsbewußten Bürgersinns und zum andern die sachgerechte Kritik an den politisch Verantwortlichen, falls unter ihren Maßnahmen der Prozeß der demokratischen Bewußtseinsbildung leiden sollte.

Über die praktische und organisatorische Arbeit des Landesbeauftragten für staatsbürgerliche Bildung und der von ihm betreuten Verbände, Bildungseinrichtungen und Gruppen unterrichten ausführlich die beiden von seiner Dienststelle herausgegebenen Publikationen über die 1. und 2. Staatsbürgerliche Konferenz in Schleswig-Holstein.

#### Die politische Situation der Jugend

Wer seit 1945 jede Woche mit der Jugend mehrstündige Diskussionen hat, ist immer wieder überrascht und darüber besorgt, daß so viele Verantwortliche, die in ihren Fachentscheidungen gute Spezialisten sind, es für ganz selbstverständlich halten, daß die heranwachsende deutsche Jugend *ihr* Erbe antritt, vielleicht mit nur geringfügigen Korrekturen. Der Verfasser ist hier völlig anderer Meinung, und auch Helmut Schelskys auf ein zu einseitiges Beobachtungsmaterial in seinem Buch über die skeptische Generation aufbauende Feststellung vermag ihn nicht zu trösten, wonach die moderne Massendemokratie den Verhaltenstyp des unpolitisch Zustimmenden geradezu hervorrufe.

#### *Weitgehend ablehnende Haltung gegenüber der Politik*

Doch lassen wir zunächst die Jugend selber sprechen. Aus den Aufzeichnungen des Verfassers in seinen Diskussionen mit jungen Deutschen zwischen vierzehn und vierundzwanzig Jahren seien an dieser Stelle besonders ernstzunehmende *kritische* Stimmen angeführt. Sie stellen keine Ausnahmen dar, sondern die Hauptrichtungen der allgemein scharfen und oft radikalen Protesthaltung der politisch interessierten deutschen Jugend gegenüber der politischen Gegenwart.

„Wenn ich in einen Sportverein eintrete, kann ich bald mitspielen. Trete ich

einer politischen Partei bei, dann weiß ich nicht, ob ich überhaupt jemals mitspielen darf.“ (18 J.)

„Das Parlament darf reden, die Bürokratie regiert.“ (20 J.)

„Wenn das Parlament wenigstens noch diskutieren würde, aber keiner hört ja mehr auf den andern.“ (16 J.)

„Welcher Politiker kann noch frei entscheiden? Keiner!“ (19 J.)

„In jeder Parteiversammlung wird der politische Gegner fertig gemacht. Ich habe schon viele politische Parteiversammlungen aller Richtungen besucht. In keiner einzigen ist man den Andersdenkenden gerecht geworden. Wie soll ich da die Wahrheit finden? Zum Glück gibt es noch einigermaßen unabhängige Zeitungen.“ (23 J.)

„Die wenigen zündenden Debatten sind die über Außenpolitik. Immer wieder habe ich den Eindruck, daß unsere Parteien die Innenpolitik nicht interessiert.“ (17 J.)

„Gibt es nicht eine Demokratie ohne Parteien?“ (14 J.)

Die Interessen und Leidenschaften der meisten unserer Politiker sind völlig andere als die der heutigen Jugend, deren hervorstechende Köpfe ehrlich zugeben, daß sie vorläufig noch nichts tun wollen, um den unbefriedigenden Zustand zu ändern. Sie warten ab.

Natürlich gibt es Politiker, die von der Jugend respektiert werden: Gerstenmaier, Erhard, von Hassel, Kiesinger und auch Strauß aus der CDU/CSU; Carlo Schmid, Eler, Brandt, von Knoeringen, Brauer, Kaisen und Zinn von der SPD, Mende von der FDP haben Ansehen, ihre Leistungen und Gedanken finden Beachtung. Heuß, den sie sehr schätzt, stand als Bundespräsident in der Sicht der Jugend außerhalb der Parteien und der politischen Macht. Und Adenauer? Viele junge Deutsche bewundern seine Leistungen angesichts seines hohen Alters. Insbesondere achten sie seine beharrliche europäische Grundhaltung und seine Autorität in Partei und Staat. Aber die meisten jungen Deutschen werden bei der Nennung seines Namens nicht warm. Adenauer entzündet nicht mehr ihre Phantasie.

*Daneben gibt es unter der gegenwärtigen deutschen Jugend noch eine andere, zwar kleine, aber sehr bemerkenswerte Gruppe.*

Sie hat sich schon politisch entschieden, nicht mit Begeisterung, wohl aber aus der in ihr sehr tief verankerten Überzeugung heraus, daß die Parteiendemokratie die am wenigsten schlechte Staatsform sei. Die besten Köpfe dieser Gruppe stellen zur Zeit

die einzige Chance dafür dar, daß die deutsche Jugend — einmal erwachsen — noch eine parlamentarische Demokratie vorfinden wird. Daher lohnt die Behandlung dieser politischen Gruppe, die in allen demokratischen Parteien zu Hause ist, am meisten. Sie steht in der Hauptsache vor folgenden Schwierigkeiten:

Mangel an gesellschaftlichem Ansehen der politischen Parteien im deutschen Volk.

Verschiebung des Generationsverhältnisses im politischen Leben zu ungunsten der jungen Generation und die damit verbundenen geringen Chancen für eigene Bewährung, verantwortliche Mitarbeit und für Teamwork.

Der Einfluß der Interessengruppen auf alle Parteiführungen läßt den jungen politischen Köpfen, die keinen Interessenverband vertreten, zu wenig Entfaltungsmöglichkeiten übrig.

Die instinktive Abneigung in allen Parteien und politischen Verbänden gegenüber dem geistvollen und phantasiebegabten Politiker.

Der Schwund an innerparteilicher Diskussion und meinungsbildenden Gesprächen.

Der Mangel an politisch klugen Frauen in der gegenwärtigen deutschen Politik und der damit verbundene Mangel an Takt, Lebensnähe und ideologischer oder berufsständischer Entkrampfung.

Das ungenügend ausgeübte Kontrollrecht der Parlamente in Bonn und in den Ländern und der dadurch mitbedingte mangelhafte Anreiz für begabte junge Politiker, die nicht nur gute Debatteredner und Ausschußmitglieder sein, sondern auch Macht und Einfluß haben wollen.

Der zunehmende Schwund an wechselseitiger Berührung, an Spannungen und Befruchtung zwischen Kultur und Politik, Geist und Macht und die dadurch allzuoft anzutreffende Degradierung der Politik zum ungeistigen Manöverfeld für Routiniers, agile Taktiker und kaltblütige Techniker der Macht oder zum Tummelplatz nur materiell bestimmter Interessengruppen.

Der vorherrschende Stil gegenwärtiger Parteienpolitik. Rhetorisches Pathos und säuerliche Enge ist unserer Jugend ebenso zuwider wie Verwaschenheit und politische Rückgratlosigkeit. Ihr politisches Leitbild ist weder der Fanatiker noch der Friseur, der jedem recht gibt, den er zu bedienen hat, sondern der Politiker mit ritterlicher Toleranz, mit einer Verbindung von Bekennermut und Achtung vor dem politischen Gegner, den er nicht als rücksichtslos zu

bekämpfenden Feind, sondern als andersdenkenden politischen Mitarbeiter behandeln soll, der in ständiger fairer Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen gleich ihm für sein Volk das Beste will.

Der Mangel an zeitnahen gemeinschaftsbildenden Symbolen und an gelebter, glaubwürdiger Tradition in unserem Volk.

*Worin liegen heute die besonderen Chancen für die genannte Gruppe junger aktiver Politiker?*

Im hellwachen politischen Interesse einer beachtlich großen Zahl junger Deutscher und in ihrer gegenüber allen früheren Jugendgenerationen unseres Volkes grundsätzlich anderen Einstellung zur Politik, die nicht mehr mit Gefühl, Stimmung oder rauschhafter Begeisterung, sondern mit den Kriterien der Sachlichkeit, Zweckmäßigkeit und des Aufzeigens gehbarerer Wege gewertet wird.

In der breiten Basis gemeinsamer Grundsätze der demokratischen deutschen Parteien der Bonner Demokratie, die leider in den allzu häufigen Wahlkämpfen durch die rabulistische Kunst, nicht vorhandene Gegensätze pointiert herauszustellen, immer wieder verschleiert werden.

Die vorherrschende Haltung der deutschen Publizistik, in Presse, Funk und Fernsehen, die nicht mehr wie die Hugenberg-Presse der Weimarer Republik den restaurativen, sondern, im heutigen freiheitlichen Teil Deutschlands den eigenwilligen, kühnen und phantasiebegabten Politiker unterstützt.

Der bemerkenswerte Einfluß einer solidarischen Gruppe eigenwilliger und aktiver junger Politiker in den jeweiligen Parteiapparaten und die darin liegende Möglichkeit einer Auflockerung der in allen Parteien heute übermächtigen Oligarchie versteinertes Führungsgremien.

Die Fülle und Größe innen- und außenpolitischer Aufgaben, die den beiden größten politischen Zielsetzungen deutscher Politik unserer Zeit innewohnen: Wiedervereinigung des Vaterlandes und Versöhnung aller europäischen Völker und die Ausstrahlungskraft dieser Hochziele auf politisch mutige junge Menschen.

**Staatsbürgerliche Bildungsarbeit außerhalb der Parteien**

Politische Arbeit junger Menschen geschieht nicht nur in den Parteien und ihren Jugendgruppen. Sie findet sich auch anderswo und wird geleistet vor allem aus der Einsicht, daß am Aufstieg politisch verhängnisvoller Bewegungen und des Diktators Hitler in der Regel nicht so sehr die Gruppe der aktiv Bösen, sondern die große Zahl der politisch Uninteressierten den Hauptanteil hatte und bei ähnlichen politischen Verstrickungen wieder haben könnte. Aber auch der politisch interessierte „Mann auf

der Straße“ hat es in einer immer komplizierter werdenden Welt, die zum ersten Male in der uns bekannten Geschichte eine Einheit geworden ist, in der alle politischen Entscheidungen von Rang sich überall auswirken, nicht leicht, den für ihn und seine Gemeinschaft vernünftigen und gehbaren politischen Weg zu finden. Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann sagte einmal: „Während er, der Staatsbürger, eine Sache beobachtet, sind tausend andere großen Veränderungen unterworfen. Wenn er keinen vernünftigen Grund gefunden hat, wo seine Aufmerksamkeit Anker werfen kann, dann wird er verlegen sein wie ein junger Hund, der drei Knochen auf einmal benagen will... Die orthodoxen Erziehungsgrundsätze können nur Enttäuschungen bringen ... Folglich besteht nicht der geringste Grund dazu, anzunehmen, daß, wie sagenhafte Demokratien sich das gedacht haben, die Zusammenfassung aller individuellen Unkenntnis in den Massen des Volkes eine dauernde, richtungweisende Kraft im öffentlichen Leben bilden kann.“

#### *Aufklärung allein genügt nicht*

Eine staatsbürgerliche Erziehung, die vom Grundsatz ausgeht, der heranwachsende Jungbürger bedürfe nur einer Aufklärung über die Dinge des öffentlichen Lebens, nur einer möglichst objektiven und umfassenden Kenntnis der öffentlichen Angelegenheiten, dann werde er sich im öffentlichen Leben zurechtfinden — diese staatsbürgerliche Erziehung ist am Ende ihrer Weisheit angelangt. Ja, sie ist von politischer Gefahr. Kenntnis allein genügt nicht mehr. Die Notwendigkeit einer richtungweisenden staatsbürgerlichen Bildung mit *den* Methoden, die den einfachen Menschen auch erreichen und ihm dazu verhelfen, in seinem Denken und Fühlen sich Vorstellungen zu schaffen, mit deren Hilfe es ihm gelingt, die Fülle der auf ihn ein stürmenden Informationen nutzbringend zu ordnen, ist heute deshalb so brennend und ihre Bedeutung so groß geworden, weil unser aller politisches und menschliches Schicksal davon abhängt, ob wir mit Hilfe einer zeitnahen staatsbürgerlichen Bildung imstande sind, der modernen Epoche und ihren gewaltigen Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands, gerecht zu werden. Jeder junge Staatsbürger — da für jeden einzelnen Politik Schicksal geworden ist — bedarf daher der Bereitschaft und der Fähigkeit, die wesentlichen Veränderungen zu verstehen und zum Guten hin zu nutzen, die in der Gegenwart in Politik, Wirtschaftsleben, Wissenschaft und Kultur sich vollziehen. Bereitschaft, Fähigkeit und Verantwortungsbewußtsein hierfür zu wecken und zu vertiefen ist die vornehme Pflicht aller Mitarbeiter in der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.

Im Gegensatz z. B. zur Geschichte als Studium dessen, „was gewesen ist“ (Ranke), konzentriert sich die staatsbürgerliche Bildung auf die Frage: Was ist hier, heute und

für mich zu tun? Um darauf jeweils eine konstruktive Antwort zu geben, ist Voraussetzung ein möglichst zureichendes Wissen um die politischen Dinge, Sachkenntnis durch objektive Information über die wichtigen Vorgänge auf allen Gebieten öffentlichen Wirkens. Dies ist in unserem Vaterland um so notwendiger, weil Deutschland in besonderer Weise Spiegelbild der weltpolitischen Ereignisse, Veränderungen und sich anbahnender Entscheidungen geworden ist. Dies auszusprechen, ist einem redlichen Menschen nur dann möglich, wenn er im Sinne eines Wortes über das Leben Gneisenaus hinzufügt: „Und doch hat das Wissen von Ereignissen nur dann einen Sinn, hat alles Geschehen nur dann weiterzeugende Kraft, wenn man darin das Wollen und Tun eines großen Herzens spürt.“

### *Das „Politikum“ staatsbürgerlicher Bildungsarbeit*

Das „Politikum“ der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit wird heute im Gegensatz zur Weimarer Republik stärker gesehen; es ist geradezu neu entdeckt worden. Damit ist der starre Blick auf die Neutralität überwunden. Vor allem an jener falsch und zu kraftlos gesehenen Neutralität ging die staatsbürgerliche Bildung vor 1933 zugrunde. Die Volkshochschule z. B. als ein wichtiger Träger der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit kann heute nur noch institutionell, nicht mehr aber inhaltlich neutral sein. Es gibt keine wertneutrale Erwachsenenbildung.

Darüber hinaus hat die Erwachsenenbildung dem *Zeitgenossen* beizustehen. Dies schließt bei uns in der Bundesrepublik — im Gegensatz zur Volkshochschule der DDR, die das Politikum nach 1945 bei sich überscharf entwickelte — die Freiheit der Forschung und Lehre des Volksbildners nicht aus, sondern ist vielmehr ohne sie nicht sinnvoll denkbar. Für die Aussage des Hochschuldozenten darf es bei uns von keiner Seite her Weisungen geben. Wie andererseits vom Dozenten der Volkshochschule gefordert werden muß, daß er zur gegebenen Zeit seinen Standpunkt bezieht. Dies führt uns nun zu einem sehr bedeutsamen Hinweis. Das Bildungswesen erschöpft sich in der modernen freiheitlichen Gesellschaft nicht mit der Fürsorge gegenüber der staatlich oder kommunal organisierten Schule. Auch Universität, Hochschule, Volkshochschule, Rundfunk, Fernsehen, Film, Presse und die Fortbildungsarbeit der großen Verbände und Organisationen prägen unser öffentliches Bildungswesen, wenn auch recht unterschiedlich. In unserer so hochdifferenzierten Gesellschaft braucht nun einmal zu seiner Standpunktfindung der Staatsbürger dringend nach seinem Schulabschluß weiterführende geistige und sachkundige Beratung in vielfältiger Form, der „education permanente“. Dadurch wird ja (in einem dynamischen Prozeß) die demokratische Staatsform zu einer dauernden Aufgabe — für uns alle, auch für die geistige und politische Führung der Demokratie.

### *Standortbesinnung tut not*

Wir alle müssen uns ständig neu orientieren, noch besser: bilden, um auf der Höhe der Zeit zu sein. Nicht aber zur Standflächengewinnung — wir haben heute zu viele Menschen mit Standflächen, von denen aus sie nach allen Seiten opportunistisch hinundherpendeln, sondern zur Standortbesinnung in einer sich ständig wandelnden Welt. Dieser Bildungsprozeß nur formt aus bloßen Einwohnern in einer formalen Demokratie *Bürger* mit Gesinnung, Rückgrat und Überzeugungskraft, die ihre Gemeinde und ihren Staat als Lebensform begreifen, für die man tätig sein muß. Staatsbürgerliche Bildung ist daher nicht eine Art Kulturpflege, sondern Hilfe zur Selbsthilfe in verantwortungsbewußter Freiheit. Nicht billige Wünsche erfüllen und breitere Schichten nett und gefällig streicheln ist staatsbürgerliche Aufgabe heute, sondern Mithilfe zur Bewältigung konkreter Aufgaben des einzelnen in seiner Gemeinschaft.

Bei der Bewältigung dieser Aufgabe haben wir einfach — und zwar in allen Bundesländern — viel zu wenig geeignete Mitarbeiter. Zum andern läßt die Berücksichtigung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit, trotz anerkannter, spürbarer Besinnung in den letzten Jahren, an allen Schularten noch manches zu wünschen übrig. Sodann sind viele Begriffe, um die wir in der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit einfach nicht herumkommen, auch wenn wir sie noch so behutsam verwenden, Schlagworte und abgenutzte Klischees geworden. Ferner neigen wir Deutschen in besonderem Maße zum Perfektionismus wie auch zu jeder Art von Idealisierung und haben in der Regel kein Zutrauen zum Kompromiß und wenig Sinn für seine Notwendigkeit.

\*

Damit aber ist die Liste der Faktoren nicht erschöpft, die dafür Sorge tragen, daß auch einer noch so zeitnahen und durchdachten staatsbürgerlichen Bildungsarbeit die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Einige nur sehr wenig beachtete seien hier genannt:

### *Die Kluft Familie—Öffentlichkeit*

Da ist einmal die von uns nicht zu ändernde Tatsache, daß gegenüber früheren Generationen der heranwachsende Staatsbürger eine Gesellschaft vorfindet, die zwischen Familie einerseits und Beruf oder Öffentlichkeit andererseits eine oft unüberbrückbare Kluft aufgerissen hat, insbesondere in Deutschland. In seiner Familie kann der junge Mensch heute in der Regel nicht mehr gesellschaftliche Verhaltenszusammenhänge erleben und in gleichsam spielerischem Nachvollzug



staatsbürgerliche Tugenden sich aneignen. Familien, die dies noch erleben, sind allzu selten geworden. Dies spricht nicht in erster Linie gegen die Struktur unserer Familien. Es sind nicht die schlechtesten unter ihnen, die aus reinem Selbsterhaltungstrieb und um der inneren Harmonie willen ein völlig anderes Leben führen, als es draußen die fast schon total gewordene Sachwelt fordert mit ihrem ausschließlichen Kriterium der Zweckmäßigkeit, des äußeren Nutzens und der Anpassung (adjustement) um jeden Preis.

Ein Ministerpräsident eines Landes oder gar einer großen Nation kann heute — wenn er seinen täglichen Aufgaben mit Erfolg nachgehen will — in Wahrheit nicht mehr „Landesvater“ sein. Dies war nur in patriarchalischen Zeiten möglich, wo es noch überschaubare Gemeinschaften gab. Auch Eisenhower war das nicht, sein Volk sah ihn nur so. Natürlich ist dies auch eine politische Realität. Die staatsbürgerliche Bildung steht also hier vor der ungemein schwierigen Aufgabe, Brücken des Vertrauens zu schlagen zwischen den sich in der modernen Gesellschaft widerstreitenden Verhaltensweisen der Familie und denen des öffentlich-politischen Lebens. Dies ist dem weiblichen Staatsbürger gegenüber besonders schwierig.

Läßt sich staatsbürgerliche Bildung überhaupt betreiben in einem Trümmerfeld der Ideologien und angesichts einer Vielzahl sich bekämpfender Interessengruppen? Hierzu ist zweierlei zu sagen: Einmal hat der Entideologisierungsprozeß, der ja gerade auch in unserer Jugend sich spürbar vollzieht, nicht nur Nachteile (Verlust eines Sinnes für echte Symbole und Tradition sowie Nachlassen an geistiger Schwungkraft), sondern auch den für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit so eminenten Vorteil, daß Politik nicht mehr als Religionsersatz, sondern in ihrem Wesenskern als Kriterium der Zweckmäßigkeit, Vernunft und Sachlichkeit begriffen wird, wenn auch Politik der Sache nach mehr ist, einen Sinn für Macht erfordert und den Instinkt der Selbstbehauptung, aber auch echte Passion umgreift.

#### *Das Ja zum pluralistischen Gesellschaftsbild*

Sodann müssen wir *ja* sagen zum pluralistischen Gesellschaftsbild. Selbst der den Verbänden und Gruppeninteressen in unserem Volk so kritisch gegenüberstehende und immer beachtenswerte Professor Eschenburg muß in seiner Schrift über die „Herrschaft der Verbände“ einräumen: „Wer den Pluralismus als die allein erträgliche Staats- und Gesellschaftsordnung bejaht, der muß die Existenz und Wirkungsberechtigung der Verbände anerkennen und kann ihnen ihr Recht auf ein aufgeklärtes Eigeninteresse nicht absprechen.“

Während — wie wir eben feststellten — das weitgehend ideologiefreie Ringen der Interessenverbände noch ein gewisses begrenztes Politikum darstellt, muß nun aber

ernst gefragt werden, ob uns im Bundesgebiet nicht der Sinn für das Politische überhaupt zu entschwinden droht. (Die plötzlichen politischen Wellen angesichts der Vorgänge in Ungarn, im Nahen Osten und der erneuten Bedrohung Berlins haben Ausnahmecharakter. Das ging an die eigene Haut. Die Lebensangst angesichts einer akuten Weltkriegsgefahr war mindest gleichermaßen Motor wie die berechnete moralische Empörung.) In einer Gesellschaft, von der der Soziologe Schelsky sagt, sie sei eine „Freizeit- und Verbrauchergesellschaft“ geworden, mit ihrer in der Form einer „sanften Gewalt“ sich vollziehenden, ständig neuen Wunscherzeugung im Konsum und den Freizeitvergnügungen. Wo sind da noch politische Interessen, Ansprüche oder gar politische Pflichtvorstellungen gegenüber der Gesamtheit, dem Staat? Ohne diese Antenne aber funkt die staatsbürgerliche Bildungsarbeit vergeblich ihre Forderungen in die Lande hinaus. Es ist im Hinblick auf die großen politischen Aufgaben Deutschlands ernsthaft die Frage zu stellen, ob politische Entscheidungsfähigkeit und Verantwortungsfreudigkeit gedeihen kann im Klima reinen Zivilisationsgenusses, bloßen „Fellachentums“, wie Spengler es nennt, das entweder zur spießbürgerlichen Satttheit und Trägheit oder zur permanenten Unzufriedenheit und zur Wehklage, nicht aus Leid und Not, sondern aus bloßer Mißgunst und Neid, führt. Von daher ist Spengler noch nicht widerlegt.

#### *Die Aufgabe: Ausgleich von Privatinteresse und Gesamtinteresse*

Aufs Ganze gesehen zeigt sich hier und heute — wie vielleicht nie zuvor in unserem Volk — die ungemein schwierige Aufgabe des verantwortungsbewußten Politikers darin, die berechtigten Eigeninteressen des einzelnen und der Verbände in die ihnen vom Staat und seinem Gesamtinteresse her gesteckten Grenzen zu verweisen. Das ist ein ständiger Prozeß, der sehr dynamisch abläuft, mit jeweils wechselndem Erfolg. Beherrzigen wir daher alle — denn diese Aufgabe bewältigt kein Politiker ohne Rückendeckung von seiten der Staatsbürger und erst recht nicht die Jugend ohne Mithilfe der Älteren — die sorgenvolle Mahnung Romano Guardinis:

„Wer politischen Sinn hat, spürt mit Bangen, mit einer zornigen Angst, wie die Hoheit des Staates sinkt. Gesundung des Staates beginnt darum damit, daß sich der einzelne wieder für die Ehre des Staates verantwortlich weiß, daß er dem zügellosen Gerede widersteht und der leichtsinnigen Kritiksucht, die alles Große herunterreißt und vor allem Staatlichen ohne Ehrfurcht ist. Politisch handeln heißt aber im Letzten, handeln, daß ein Volk recht sei vor Gott.“

Arbeiten wir alle, jeder an seinem Platz und mit seinen Kräften, daran mit, daß die Vielzahl der den modernen Staatsbürger bestimmenden Umwelteinflüsse (aber auch Erziehungseinflüsse) auf eine Gesamtvorstellung vom Staatsbürger hin koordiniert und

ihr untergeordnet wird, weil anders wir sonst die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie verraten würden. Alexis de Tocqueville hat auch heute noch recht:

„Der Zustand der Demokratie muß dauernd überwacht werden. Er ist weder gut noch böse, sondern ständiger Korrektur bedürftig, weil ihm tödliche Gefahr droht.“

Diese Gefährdung bleibt bis ans Ende der Welt. Wir müssen ihre Spannungen durchstehen. Niemand kann und darf sie dem Staatsbürger abnehmen — außer Gott durch seinen Akt gnadenvoller Erlösung. Aber wir haben auch als Menschen, als demokratische Staatsbürger allen Spannungen und unterschiedlichen Auffassungen zum Trotz die Möglichkeit und Befähigung zur *Brüderlichkeit*, die sowohl Raum zur *Freiheit* voneinander gibt als auch die Kraft zur *Gemeinschaft* miteinander.

Eine zeitnahe und volkstümliche staatsbürgerliche Bildungsarbeit wird den jungen und älteren Mitbürger ermutigen, politisch zu denken und zu handeln und nicht nur zu meckern oder schönzureden, wird seinen überschaubaren Pflichtenkreis (als Schüler, Lehrling, Hausfrau, Bauer, Arbeiter, Handwerker, Intellektueller) ihm vor Augen führen und ihm dabei mithelfen, nicht mit rauschhaftem Enthusiasmus, sondern mit einer Art von gläubigem Realismus die kleinen und doch so wichtigen Pflichten, Rechte und Möglichkeiten seines Lebenskreises selbständig zu meistern versuchen, *bevor* er nach der Hilfe des Staates schreit und auf „die da oben“ schimpft.

\*

Diese staatsbürgerliche Haltung vermeidet exklusive Elitavorstellungen, Kastengeist, bequemes Spezialistentum und formt ein neues geistiges und politisches Klima in unserem Volk, insbesondere in unserer Jugend: Nüchternheit, gepaart mit idealistischem Schwung und Gemeinschaftsgeist.

## Fünzig Jahre freie Volksbildung in Schleswig-Holstein

### Ein kritischer Rückblick

Wer eine länger als fünfzig Jahre andauernde neben- und hauptberufliche Beschäftigung mit der freien Volksbildung hinter sich hat, den reizt es natürlich, einen Rückblick zu tun auf den Weg, den diese Arbeit während einer solch langen Zeit gegangen ist.

#### *Dem Volke „die kulturellen Güter der Nation“*

Um sogenannte Volksbildung bemühten wir uns hier im Grenzgebiet schon vor dem ersten Weltkrieg. Die Arbeit war damals von Fragen und Problemen unbelastet. Man könnte sagen, sie sei eine Art geistiger Fürsorge, die man dem, wie man glaubte, auf kulturellem Gebiet Unbemittelten angedeihen ließ. Man wollte durch sie der breiten Schicht des „Volkes“ etwas geben von den kulturellen Gütern der Nation. Diese Güter sollten in möglichst großer Streuung und möglichst mundgerecht zubereitet so verbreitet werden, daß jeder den ihm bekömmlichen Anteil bekommen konnte, er brauchte ihn nur aufzunehmen. Der Ausgangspunkt dieser Tätigkeit war also nicht der Mensch mit seinen Wünschen, Fragen und Sorgen, sondern das vorhandene Maß an kulturellen Gütern, die man ihm darbot. Ob den Menschen andere Fragen bewegten, wie seine seelische Lage sei, ob er überhaupt ein Verlangen nach dem dargebotenen Kulturgut habe, danach wurde kaum gefragt. Mit anderen Worten: Was wir heute als Voraussetzung fruchtbarer Volksbildungsarbeit ansehen, die Volksforschung, war damals kaum bekannt, wohl auch nicht erwünscht. Wer sich also mit Volksbildung beschäftigte, brauchte dazu weder Ausbildung noch „Berufung“, er hatte nur von seinem geistig-kulturellen Besitz an die auf diesem Gebiet vermeintlich Besitzlosen weiterzugeben. Ob er das richtig oder weniger richtig machte, darüber entschied der volle oder der leere Saal. Diese mit anerkennenswertem Eifer ausgestreute Volksbildung erreichte nur einen Teil des Volkes, und zwar in der Hauptsache dieselbe klein- und mittelbürgerliche Menschenschicht, die auch heute diese Art der Volksbildung in den Vortragsveranstaltungen vieler Abendvolkshochschulen ziemlich kritiklos und unberührt hinnimmt. Vor dem ersten Weltkrieg hatten wir — unter manchen anderen — einen für diese Arbeit besonders typischen organisatorischen Apparat, es war die einflußreiche und weitverbreitete „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“.

Auch hier im Grenzland arbeiteten wir auf diese Weise. Wir bemühten uns mit Eifer und Idealismus, die Bekanntschaft mit der deutschen Kultur zu verbreiten. Wir hofften dadurch auch die damals viel berufene „vaterländische Gesinnung“, die der „Deutscher Verein für das nördliche Schleswig“ mit besonderem Nachdruck erstrebte, zu erzeugen. Wir meinten, mit dieser Art der Arbeit der dänischen Volkstumspropaganda, die von ganz anderen Anschauungen getragen war, entgegenzutreten zu können. Auf unserer Seite meinten wir Volksbildner es herzlich gut, alle waren mit Schwung und Idealismus dabei, und mancher brachte erhebliche Opfer an Zeit, Kraft und Geld, obgleich der Lauf der Dinge zeigte, daß der Erfolg ausblieb. Es gab wohl keinen, der damals in der „vaterländischen Arbeit“ stand, der daran dachte, aus den ungezählten Vorträgen, den „Deutschen Abenden“, den Heimatfesten, der Knivsbergarbeit usw. auch nur den geringsten persönlichen Vorteil herauszuholen. Was heute üblich ist: Tagegelder, Fahrkostenerstattung, Spesen, Dienstwagen, Honorare, Empfänge, Festessen und ähnliche schöne Dinge, war damals recht unbekannt; man arbeitete für „die gute Sache“ und bezahlte sein Glas Bier selber! Das ist „alles anders geworden in dieser neuen Zeit“

#### *Verbreitung von Kulturgütern ist nicht gleich Volkskultur*

Dann kam der erste Weltkrieg. In den Augusttagen 1914 schien es zunächst, als könnten die Ereignisse die Deutschen zu einem Volk zusammenwachsen lassen. Aber je länger der Krieg dauerte, desto mehr Menschen, und unter ihnen auch wir Volksbildner, mußten einsehen, daß die fehlende, so ersehnte einheitliche Volkskultur durch die Verbreitung von Kulturgütern nicht zu erzeugen sei. Wir mußten gegen Ende des Krieges die bittere Wahrheit erkennen, daß weite Kreise unseres Volkes überhaupt kein Verhältnis zu der von einer Oberschicht getragenen deutschen Kultur hatten. Wer z. B. in den letzten Kriegsjahren als „Unterrichtsoffizier“, vom Landser „Durchhalteleutnant“ genannt, arbeiten mußte, erkannte, daß dem „gemeinen Mann“ die deutsche Wissenschaft, die Kunst, das Geistesleben, die Religion, zumal in ihrer Vertretung, der Kirche, wenig oder nichts bedeuteten. Viele Volksbildner erkannten daran, daß es mit dem Darbieten und Verbreiten von Kulturgütern nach dem „Kellnersystem“, bei dem der eine gibt, der andere nehmen soll, nicht gelingen würde, das Volk für die deutsche Kultur zu gewinnen. Die Zweifel an der verbreitenden Volksbildung, die sich schon vor dem Kriege hier und da geregt hatten, verstärkten sich, man erkannte, daß richtige Volksbildung „gestaltend“ (Hofmann), das heißt, vom Menschen aus, von seinen Fragen, Nöten und Zweifeln und Wünschen ausgehen müsse. Damit klang in der deutschen Volksbildung, unter vielen Widerständen, das Prinzip auf, das schon hundert Jahre vorher in Dänemark von Grundtvig und Christen Kold mit dem bekannten Erfolg zum Ansatzpunkt für eine echte Volksbildung gemacht

worden war.

### *Die Forderung „gestaltender“ Volksbildung*

In der ersten Zeit nach dem Weltkriege, als die mit allem unzufriedenen Massen nach Hause strömten und aus der Untergangsstimmung nach neuen Wegen suchten, hatten die Verkünder der gestaltenden Volksbildung viel geeigneten und auch ungeeigneten Zulauf. Die Erlebnisse und Erfahrungen aus Krieg und Zusammenbruch machten aus vielen „Wanderern zwischen zwei Welten“ überzeugte Anhänger der neuen Gedanken, sie glaubten, „mit uns zieht die neue Zeit“. Aus ihren Reihen entstanden die „Bewegungen“ der zwanziger Jahre. Wandervogel und Jugendbewegung wandten sich ab von der bisherigen extensiven, verbreitenden und mechanistischen Art der Wissens- und Kulturvermittlung. Leider kam die Mehrzahl von ihnen nicht über die Verneinung des Bisherigen, über unklare Sehnsüchte und Experimente hinaus. Die Schulreformer versuchten auch mit Idealismus und Begeisterung neue Wege „vom Kinde aus“, um durch lebendige Gestaltung des Zusammenseins zwischen Lehrer und Schüler abzukommen von dem wissensvermittelnden Unterricht der alten Schule; die Landerziehungsheime betätigten sich in ähnlichem Sinne und gewannen erheblich an Boden. Bei uns war der neue Geist vertreten in den neu gegründeten Heimvolkshochschulen, in Friedrichstadt, Hohwacht, Rendsburg, Leck und Lunden. Auch die aufkommende Jungbauernbewegung entwickelte sich in ähnlichem Sinne, oft genug im Gegensatz zu und behindert von den Gestrigen in ihren eigenen Reihen. Mit anderen Worten gesagt, es regten sich in den Jahren zwischen 1920 und 1930 viele Kräfte, die alle gemeinsam die Bezeichnung „Bewegung“ trugen. Ihren Ursprung hatten sie in inneren Kräften, Organisation war ihnen wesensfeindlich. Es haftete ihnen allen etwas Revolutionäres an, sie mußten sich daher oft mit dem wieder zur Macht gekommenen Zeitgeist alter Struktur auseinandersetzen. Sie mußten sich selber helfen, aus eigenen Kräften ihre Idee zum Durchbruch bringen, kurz, sie mußten sich innerlich und äußerlich großhungern, und das war gut so, denn „Kampf hält die Kräfte rege“. Wer sich den „Bewegungen“ verschrieb, durfte nicht auf äußere Erfolge, auf Anerkennung bei den „Großkopften“ und auf äußere Ehren rechnen, hatte aber den inneren Reichtum, in einer Arbeit zu sein, die innere Freuden gab und Herz und Seele füllte. Die Kreise, die der gestaltenden, intensiven Art der Volksbildung anhängen, blieben im Umfang und der Zahl nach klein. Sehr viel schneller wuchs die Volksbildung alter Art, die sich schnell und gewandt in den Dienst des Zeitgeistes stellte, die Gewicht darauf legte, wie es so schön heißt, konform zu gehen. Bewegungen kosten innere Kraft und Anteilnahme; Verbreitung braucht nur Betrieb, Organisation, Geld und Propaganda. Sie stellt sich daher bewußt und unbewußt mit Vorliebe in den Dienst der Mächtigen, der

Politiker, der Parteien, der Gewerkschaften, der Kirchen u. a. Dieser Art Volksbildung gesellte sich auch nach dem ersten Weltkriege der mittlere Bürgerstand zu, und zwar in demselben Maße, in dem Hunger, Not und Mangel der Satttheit und dem Wachsen der materiellen Güter wichen. Der Bürger wollte auch auf diesem Gebiete, um ein modernes, aber treffendes Wort zu gebrauchen, „keine Experimente“. Volkshochschulen, die sich der verbreitenden Volksbildung hingaben, schossen damals wie Pilze aus der Erde. Was daraus wurde, kennzeichnete Wilhelm Stapel treffend mit dem Worte „Volkshochschulrummel“. Der „Rummel“ mit den Volkshochschulen ist auch heute nicht überwunden, gar manche Erscheinungen hier und im Grenzgebiet lassen ihn erkennen. Auch heute ist die verbreitende Volksbildung, die Unterhaltung, Wissen, Kenntnisse und Fertigkeiten aller Art, vom Maschinenschreiben bis zur Schönheitspflege, anbietet, beliebt. Das sind alles Dinge, an *ihrem* Platz gut und nützlich, aber als Volksbildung und Volkshochschule soll man sie nicht bezeichnen. Diese Dinge macht eine Konzertdirektion genauso gut. Die rechte Volksbildung will die eigene Mitarbeit, die innere Teilnahme des Hörers, sie will dem Menschen helfen, zur Klarheit zu kommen in seinem Leben und in der Öffentlichkeit, sie will ihm Lebenshilfe sein.

#### *Die Heimvolkshochschule als neues Ideal*

Die wohl am erfolgreichsten arbeitende Volksbildung gestaltender Art findet man heute in den Heimvolkshochschulen. Die Wissensvermittlung tritt hier zurück, die Heimvolkshochschule will in den längeren Lehrgängen, wie wir sie bei uns haben, dem jungen Menschen helfen, zur Klarheit mit sich selbst und seiner Umwelt zu kommen. Daher nimmt sie ihn aus seiner bisherigen Umwelt heraus, um ihn in intensiver Arbeit in der Gemeinschaft des Heimes zur Reife zu führen. Was durch die Arbeit der Heimvolkshochschulen erreicht werden kann, zeigt das Beispiel der nordischen Länder. Leider ist man bei uns nur schwer für den Gedanken der Heimvolkshochschule zu gewinnen. Als führend gilt auf diesem Gebiete unser Land.

Es muß anerkannt werden, daß manche Abendvolkshochschulen sich bemühen, der gestaltenden Volksbildung gerecht zu werden, neben der verbreitenden Arbeit. Das geschieht durch die Pflege der in den zwanziger Jahren entstandenen Arbeitsgemeinschaften. In den Arbeitsgemeinschaften und den ihnen ähnlichen kleinen Aussprachekreisen sammelt man Teilnehmer in kleiner Zahl, die sich miteinander in Gespräch und Vortrag um Lebensfragen mühen, um dadurch Klarheit über sich selbst und ihre Stellung in der Gesellschaft zu gewinnen. Es ist das eine Art der Mitbürgererziehung, eine Arbeit in der Stille, oft mühsam, nie im Lichte der großen Propaganda-Hörerzahlen stehend. Diese Arbeit glückt, wenn der Leiter einer solchen

Gruppe von Liebe zur Sache erfüllt ist und sich auf seine Mitmenschen einstellen kann. Ist das der Fall, ist eine solche Arbeitsgemeinschaft oft eine Stätte richtiger Lebenshilfe.

### *In den Mitteln, Wegen und Zielen frei*

Einen Vorzug hatte die volksbildnerische Arbeit in den Jahren zwischen dem ersten Weltkrieg und 1933, sie war in Mitteln, Wegen und Zielen völlig frei, dem eigenen Können und Wollen überlassen. Keine Behörde kümmerte sich um sie, weder im Guten noch im weniger Guten, keine „zuständige Stelle“ in irgendeinem Ministerium war für sie da. Von irgendeiner Beaufsichtigung dieser „Erfindung des Teufels“, wie angeblich ein Schleswiger Regierungs- und Schulrat sie genannt haben soll, war keine Rede. Daher waren auch nur in ganz seltenen Fällen, zu denen besonders die Arbeit im Grenzgebiet gehörte, Gelder aus öffentlichen Mitteln für sie zu haben. Die Arbeit mußte überwiegend aus eigenen Mitteln, die sich aus Mitgliederbeiträgen, aus Unterstützungen Privater, aus Eintrittsgeldern und sonstigen zufälligen Einnahmen ergaben, finanziert werden. Das war gut so, denn dadurch blieben Liebe zur Sache, Begeisterung für sie und das allgemeine Interesse wach. Wer zu einer der seltenen Tagungen kam, zeigte seine Anteilnahme schon dadurch, daß er seine eigenen Kosten tragen mußte und darüber hinaus durch Tagungsbeiträge an der allgemeinen Finanzierung mitbeteiligt war. Diejenigen unter uns, welche die Jahre zwischen 1920 und 1930 miterlebten in der Volksbildungsarbeit, werden übereinstimmend diese Jahre als die klassische Zeit der Volks- und Erwachsenenbildung bezeichnen, sowohl bei uns in der Grenzarbeit als auch im weiteren Deutschland. Das Schrifttum jener Zeit ist der Beweis für diese Auffassung.

Leider waren diese fruchtbaren Jahre, über die noch viel zu sagen wäre, um sie vor der Vergessenheit zu bewahren, zu kurz, um Nachhaltiges und Durchgreifendes zu schaffen. Die guten Ansätze wurden zu bald von den Stiefeln der SA zertreten, schon der Name „freie“ Volksbildung war Anlaß dazu, denn der Nationalsozialismus wollte keine freien, demokratischen Mitbürger. Die wenigen volksbildnerischen Einrichtungen, die sich durch die nationalsozialistische Zeit hindurchretteten, konnten das nur, weil ihre Verhältnisse besonders gelagert waren, und weil sie sich völlig „gleichschalteten“.

\*

### *Erwachsenenbildung — eine neue Vokabel*

Sofort nach dem Ende des zweiten Weltkrieges entstand die Volksbildung, jetzt weithin Erwachsenenbildung genannt, wieder. Den Anstoß zu diesem neuen Anfang gaben nur im Grenzgebiet einsichtige Kreise aus der Bevölkerung. Hier fingen, sobald es irgendwie möglich war, die alten Veteranen aus den zwanziger Jahren mit alter Freude und altem Schwung mit der Arbeit an, trotz aller Widerstände. Hier fingen auch die



Heimvolkshochschulen wieder an, und was das Erfreulichste war, die Arbeit wurde von allen Kreisen der Bevölkerung begrüßt und getragen. Über dieses neuerwachende volksbildnerische Leben im Grenzgebiet ist an anderer Stelle berichtet, es hat seine eigenen Gesetze.

Im übrigen sah es um die Arbeit im Lande Schleswig-Holstein trübe aus. Die allseitige äußere Not und die apathische Haltung weiter Volkskreise ließen den Gedanken an ein Wiederaufleben der volksbildnerischen Arbeit als völlig abwegig erscheinen. Und doch mußte angefangen werden, nicht, weil man in der Bevölkerung hier oder da den Wunsch dazu hatte, sondern weil der Anfang befohlen wurde, und zwar von der englischen Besatzungsmacht. Durch eine „Instruction Nr. 21 der Education branch“ vom 26. November 1945 an die militärischen Kommandostellen wurden diese gehalten, dafür zu sorgen, daß die deutschen Behörden überall dort, wo die Verhältnisse es gestatteten, für die Wiederaufnahme der Erwachsenenbildung zu sorgen hätten. Neben vielen Einzelschriften ordnete die Besatzungsmacht an, daß bei der Landesregierung eine Dienststelle einzurichten sei mit der Aufgabe, durch die Einrichtung einer Erwachsenenbildung nach englischem Muster eine Reeducation einzuleiten, die die Deutschen zu Demokraten erziehen und der Hakenkreuzverseuchung entgegenwirken könnte.

### *Vom Übergewicht des Organisatorischen*

Und so ging's denn los! Die Dienststelle eines Referenten für Erwachsenenbildung entstand, überall im Lande wurden Ausschüsse gebildet, Geschäftsführer wurden eingesetzt, Abendvolkshochschulen organisiert usw., wo es nicht schnell genug ging, wurde mit leichtem Druck nachgeholfen. Die Besatzungsmacht verlangte Berichte, fast bevor etwas geschehen war, sie wurden geliefert und berichteten über Dinge, die mitunter nur als Wunsch bestanden. Mit dieser etwas überspitzten Darstellung ist der Unterschied gekennzeichnet zwischen der Volksbildung der zwanziger Jahre und der jetzt aufkommenden Erwachsenenbildung. Was nach 1945 kam, entstand vom Organisatorischen her; von drängenden Ideen, die Gestalt gewinnen wollten, war kaum die Rede, man wollte nicht, man mußte. Gemeinsam war beiden Perioden eigentlich nur das wieder in Gebrauch genommene Wort Volkshochschule. Man wußte nichts von dem Anfang, man weiß auch heute nur in Ausnahmefällen davon. Zwischen beiden Zeiten lag eben eine völlig zusammengebrochene Welt. Was nach 1945 die Sache in die Hand nahm, war „ein neu Geschlecht, das von Joseph und seinen Brüdern“ nur wenig wußte. An die Arbeit an der geistig-seelischen Haltung des Menschen wurde dabei wenig gedacht, man erfüllte einen Zweck und fand das Mittel zur Erfüllung dieses Zweckes im Organisatorischen. Und daß die Deutschen gute Organisatoren sind, das

zeigte sich auch hier. Oft bevor man überhaupt wußte, was die Volkhochschule sollte, entstanden Ausschüsse, Dienststellen, Büros, Drucksachen usw. Der Typ des Geschäftsführers entwickelte sich schnell, bald beherrschte er die Sache, genau wie er es heute tut, er „managt“ sie mit Tüchtigkeit. Die Mittel werden „beschafft“, von persönlichen Opfern ist kaum die Rede mehr, im Gegenteil, man lebt nicht mehr *für* die Volksbildung, sondern *von* der Volksbildung, mitunter sogar recht gut.

Je weiter der Einfluß des Organisatorischen sich verstärkte, desto häufiger wurden die damit verbundenen „Tagungen“, so häufig sind diese heute geworden, daß man von einer „Tagungsseuche“ sprechen kann. Vielen dieser Tagungen merkt man an, daß sie nicht veranstaltet werden, weil dringende Fragen aus der zugrunde liegenden Idee zu klären wären, sondern weil das Machtgefühl der Organisation und ihrer Manager manifestiert werden soll. Der Hauptteil der Teilnehmer an solchen Tagungen — es gibt auch andere — besteht aus den Geschäftsführern aller möglichen Verbände, Vertretern verwandter Organisationen, berufsmäßigen Berichterstattern und Vertretern von Behörden, kurz, von Teilnehmern, die selten kommen, weil sie ein inneres Interesse an der vielleicht zugrunde liegenden Idee haben, sondern weil man wissen möchte, was man von der Veranstaltung für die eigene Aufgabe verwenden kann. Wenn sich aus diesen Kreisen ein Teilnehmer zum Wort meldet, dann weiß man im voraus, was der Mann, der für „den Verband, den zu vertreten ich die Ehre habe“, spricht, sagen wird. Meistens spricht er nicht *zur* Sache, sondern er spricht von *seiner* Sache. Auch die äußere Aufmachung vieler Tagungen spielt für viele Besucher eine erhebliche Rolle. Wenn bei den meisten Tagungen nicht Vorteile in Form von Spesen, Tagegeldern, Fahrtkosten, Dienstreisen, Festessen, Besichtigungen, Empfängen usw. dabei wären, dann wäre der Besuch, sofern er auch eigene Opfer verlangt, sicher mehr als kläglich. Das Ergebnis solcher Tagungen besteht überwiegend in wortreichen Beschlüssen und Resolutionen, einem Haufen Papier mit Berichten, die wenig oder gar nicht gelesen werden, die aber für die Geschäftsstellen eine ausgezeichnete Grundlage für weitere büromäßige Bearbeitung und damit vermehrte „angestrengte“ Arbeit abgeben. Kritik an diesem ganzen Betrieb wird selten laut, denn Konformismus ist das Kennzeichen unserer Zeit. Es ist, wie Theodor Steltzer in einer Rede am 20. Juli 1961 in der Frankfurter Universität sagte: „Bürokratische und technische Apparaturen schränken die persönliche Freiheit des Menschen immer mehr ein. Er fühlt sich durch kollektive Gewalten überwältigt, auf die er keinen Einfluß hat. Darum spaltet er sein Dasein auf in eine öffentliche und in eine private Sphäre. In der Öffentlichkeit paßt er sich den bestehenden Mächten an, aber unter Verzicht auf aktive Mitgestaltung. Sofern er noch im echten Sinne produktiv ist, zieht er sich ebenfalls in seinen individuellen Lebensbereich zurück, muß aber feststellen, daß auch hier die produktiven Kräfte

absterben, da ihnen eine allgemeine Verbindlichkeit fehlt.“

### *Wird es anders werden?*

Wird es anders werden? Kaum. Die Kollektive werden weiter herrschen und sich erweitern, bis sie sich untereinander auffressen. Eine Organisation stirbt ja nicht. Wenn es einer Organisation gelingt, in einem öffentlichen Haushalt einen festen Zuschußposten zu bekommen, dann ist sie auf ewige Zeiten gesichert. Ein solcher Posten erscheint in jedem Jahreshaushalt immer wieder, auch dann, wenn die Idee, aus der heraus die Organisation einstmals entstand, längst an Arterienverkalkung eingegangen ist.

In dieser zugegeben überspitzten Schilderung der Veräußerlichung der Erwachsenenbildungsarbeit muß auch eine andere Erscheinung beleuchtet werden. Es ist die grassierende Lichtbildseuche. Ein Vortrag ohne Lichtbilder „kommt nicht an“ in den üblichen Vortragsabenden der verbreitenden Volksbildung. Man will etwas Nettes sehen, ohne zu geistiger Mitarbeit angehalten zu werden. Daher paßt man sich dem Stil des Kinos und des Fernsehens an und serviert den Vortrag „mit Lichtbildern“. Das ist so schön bequem: die Bilder sprechen, sie gehen glatt ein, mindestens das erste Hundert. Wenn's weitergeht, kann man abschalten und an das nächste Mittagessen denken. Auch für den Sprecher ist es leicht, denn meist wird der passende Vortrag fertig mitgeliefert. Das ist eine glatte Sache, wer mag, soll sie ruhig tun, aber Erwachsenenbildung in dem hier besprochenen Sinne ist das nicht. — Ein bekannter Gelehrter wurde von dem Leiter einer Volksbildungsstelle aufgefordert, einen Vortrag zu halten. Der Gelehrte merkte bald, daß es weniger um den Vortrag als um den berühmten Mann ging, den man den Hörern präsentieren wollte. Er fragte daher: „Worüber denn?“ Verlegenheit. „Na so, vielleicht etwa über Gott und wir Menschen?“ Gegenfrage: „Vielleicht mit Lichtbildern?“

Der gestaltenden Volksbildungsarbeit ist das Wirtschaftswunder nicht gut bekommen. Das in Form von Zuschüssen aus Steuermitteln fließende Geld kommt reichlich. Es entbindet vom persönlichen Opfer und verführt zu Unternehmungen, die mit wahrer Volksbildung oftmals recht wenig zu tun haben, ja, diese hemmen. Durch das Geld kann man sich die besten Vertreter der Wissenschaft, der Kunst, des Theaters usw. heranholen und für den Dienst zu Ehren der Organisation verpflichten. Der Geistesarbeiter ist heute weithin in die zweite Reihe gerückt, in der ersten sitzt der Manager, der den Geistesarbeiter „kommen läßt“. Weite Kreise der Geistesarbeiter empfinden die entstandene Lage als demütigend. Es wäre nicht schwer, die hier geschilderten Dinge durch Beispiele zu belegen, aber dazu dürfte dieser Aufsatz nicht die rechte Stelle sein.

### *Freiheit in der Arbeit?*

Noch ein Letztes bleibt anzusprechen in diesem kritischen Rückblick. Bei der Schilderung der Bildungsarbeit in den zwanziger Jahren wurde erwähnt, daß völlige Freiheit in dieser Arbeit herrschte. Diese Freiheit ist in der Arbeit nach 1945 nicht wiedergewonnen worden, sie ist verlorengegangen an das Geld und die Geldgeber. Die, das muß anerkannt werden, großzügig gegebenen Zuschüsse für die Erwachsenenbildung aus Steuermitteln kommen aus den öffentlichen Haushalten. Ein Anspruch auf diese Mittel besteht nicht. Wenn die Zeit der Haushaltsberatungen gekommen ist, dann geht es los. Eingaben an die bewilligenden Stellen, Besuche bei den Finanzausschüssen, um sich in Erinnerung und in das vorteilhafteste Licht zu setzen, Einsatz des Vitamins B(ziehung), auch mal ein kleiner Imbiß hier und da, alle Mittel werden angewendet, um einen möglichst hohen Posten in den Voranschlag hineinzubekommen. Ist dann im Landtag die Bewilligung glücklich unter Dach gebracht, dann ist die weitere Verteilung der bewilligten Mittel eine Angelegenheit des zuständigen Ministers und der Ministerialbürokratie. Das bedeutet, daß der zuständige Referent ziemlich selbständig nach seinem Ermessen unterverteilen kann. Es wird dabei selbstverständlich angenommen, daß man bei der Verteilung der Gelder mit größter Objektivität vorgeht und wissentlich keine Organisation irgendwie benachteiligt. Aber auch die dickste Haut von Objektivität verhindert nicht, daß die eigene weltanschauliche und politische Ansicht des Beamten und der von ihm vertretenen Regierung durchscheint und bekannt ist. Und hier ist der Punkt, an dem die Freiheit verlorengeht. Es kann nicht ausbleiben, daß man sich bemüht, nicht den Ast abzusägen, auf dem man so gut und erträglich sitzt; es kann auch nicht ausbleiben, daß der „kleine Mann“ in der Volksbildung sich bewußt oder unbewußt nach den Anschauungen richtet, die er „oben“ vertreten sieht. Leider fällt das heute bei dem herrschenden Konformismus nicht allzu schwer, und die Regierung wird zu leicht versucht, in dem dadurch zur Verfügung gestellten Apparat eine gute Stelle für eigene politische Propaganda zu sehen. Ähnliche Entwicklungen sind ja nicht unbekannt.

### *Wie müßte es sein?*

Wie müßte es denn sein? Schauen wir auf das Vorbild eines der nordischen Länder, z. B. Dänemarks. Hier ruht die Volksbildung aller Art, Volkshochschulen, Volksbüchereien usw., auf gesetzlicher Grundlage. Das Gesetz schreibt die äußeren Bedingungen für die volksbildnerische Tätigkeit vor. Wer die erfüllt, hat Anspruch auf die vom Gesetz vorgesehenen Mittel. In keiner Weise erheben die Gesetze der nordischen Länder irgendeinen Einfluß auf die innere Gestaltung der Arbeit, auf die

Freiheit der Lehre oder der Lehrer, das wäre in den nordischen Ländern undenkbar. Solange die äußeren Bedingungen des Gesetzes erfüllt werden, ist jede Freiheit gewahrt, ob man mit den Anschauungen der Regierung übereinstimmt oder nicht. Den Unterschied in der Arbeitsatmosphäre in der dänischen Arbeit und derjenigen bei uns spürt jeder, der die nordischen Verhältnisse wirklich kennt. Das muß immer wieder gesagt werden, auch wenn man das bei uns nicht gern hört.

Diese Ausführungen sollten eine kritische Rückschau sein, sie haben daher den heute weithin üblichen Stil des „lobst du min — denn lob ick din“ vermieden. Gewiß, man kann hier und da an dem Gesagten Anstoß nehmen, man kann es aber auch so verstehen, daß es zu einer Überprüfung des weiteren Weges dient. Das ist nötig, denn wir stehen in der Gefahr, vor genießerischer Freude an dem guten Leben und vor Bewunderung der Allmacht des Geldes unsere eigene Gottähnlichkeit mehr zu bewundern, als uns bekömmlich ist.

Die Volksbildung hat nicht die Aufgabe, der Betriebsamkeit und der Veräußerlichung des heutigen Lebens den Weg zu bereiten. Sie soll eine Arbeit in der Stille sein, die dem herumgewirbelten Menschen hilft, zu sich selber zu finden und sein Menschliches zu bewahren. Daher sind diese Ausführungen den Anfängen und dem Weg der Volksbildung nachgegangen, und sie möchten den Beteiligten nahelegen, nicht zu vergessen „das Gesetz, nach dem sie angetreten“.

## Zwischen gestern und morgen

*Deutscher Tag 1961*

„Der Nordschleswiger“ schrieb anlässlich des Jahresfestes der deutschen Volksgruppe in Apenrade:

Wie ist die Lage heute in Nordschleswig? Auf dänischer Seite wird allgemein die Ansicht vertreten, hier seien alle offenen Fragen friedlich und gut gelöst. Daran ist das eine richtig, daß die Normalisierung der deutsch-dänischen Beziehungen auch im letzten Jahr weitere Fortschritte gemacht hat. Deutsche und Dänen halten heute in Nordschleswig allgemein gute Nachbarschaft. Wir leben jedenfalls friedlicher neben- und miteinander, als man sich das gelegentlich außerhalb des Grenzlandes vorstellt.

Diese Entwicklung wird weitergehen, denn in der deutschen und in der dänischen Jugend hat man sich weitgehend von dem Ballast überkommener Traditionen des Grenzkampfes alten Stils befreit. Wäre das Wort nicht so arg mißbraucht, könnte man sagen, die Jugend denke europäisch, sei dabei aber nicht weniger deutsch und nicht weniger dänisch. Kurz, die Gegensätze werden nicht so scharf empfunden wie in früheren Zeiten, als der Kampf um die Grenze die Kräfte fast ganz in Anspruch nahm.

Seit dem Deutschen Tag 1960 ist die große Wende eingetreten, die auch für das Leben im Grenzland künftig bestimmend sein wird. Standen wir im vorigen Jahr noch vor der Tatsache einer immer höher wachsenden EFTA-EWG-Grenze auf der Linie Flensburger Förde–Hoyer, so hat sich Dänemark jetzt für die Mitarbeit in der großen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entschieden. Der trennende Charakter der Grenze wird nicht weiter wachsen, er wird nach und nach soweit abgebaut, daß er nicht mehr den Strom wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zwischen Nord und Süd und Süd und Nord wird hemmen können.

Das ist der große Wandel, den wir zwischen dem Deutschen Tag 1960 und heute festzuhalten haben. Hier liegt der Angelpunkt für die Beurteilung der kommenden Entwicklung, auch der Dinge des Grenzlandes. Dänemark befindet sich auf dem Wege nach Europa, und wir Nordschleswiger, die noch vor einem Jahr die Gefahr eines Winkeldaseins aufsteigen sahen, wissen jetzt, daß wir an dem sich öffnenden Tor zu Europa leben und wirken können.

\*

*Die Schulsammlung für Nordschleswig erbrachte 125 000 DM*

Die durch Schüler von 1700 schlesw.-holst. Schulen gesammelten Spenden für das Schulwesen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ergaben diesmal

125 000 DM. Das ist mehr als bei den Sammlungen in den beiden vergangenen Jahren. Der Vorstand des Heimatbundes übergab die Spende bei einer Feierstunde im Deutschen Haus in Flensburg an den Deutschen Schul- und Sprachverein, wobei man allseitig Genugtuung über den außerordentlichen Erfolg der Sammlung zum Ausdruck brachte. Die Gelder sollen zur Erweiterung der zweiklassigen Rapstedter Schule in eine vierklassige verwendet werden.

An der Feier zur diesjährigen Spendenübergabe nahmen außer den Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern des Heimatbundes und außer den genannten Gästen auch Reg.-Direktor Dr. Gäde und Regierungsrat Hoffmann von der Landesregierung, Konsul Böhling, Apenrade, Schulrat Lessow, Landesdirektor i. R. Nydahl, der Vorsitzende der ADS, W. Müller, und des Grenzfriedensbundes, Dr. H. P. Johannsen, Reg.- und Schulrat Peter Petersen und Vertreter der Lehrerverbände teil.

\*

#### *Neuer Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig*

Zum neuen Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft „Deutsches Schleswig“ ist der 28jährige Assessor Ernst Domino bestimmt worden. Er ist der Nachfolger von Assessor Lausen, der die Geschäfte der ADS seit 1957 führte. Lausen ist als Assessor zur Flensburger Kreisverwaltung gegangen.

\*

#### *Volkgruppenkongreß 1962 in Flensburg*

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen hat den nächsten Kongreß für den 30. Mai bis 2. Juni 1962 in Flensburg angesetzt. Es werden zu dieser Tagung Vertreter der Basken aus Frankreich und Spanien, der Flamen und Walliser, der Minderheit aus der Bretagne und aus Südtirol, der Deutschen in Belgien, der Sudetendeutschen, der Slowenier sowie der deutschen und dänischen Minderheit erwartet. Auch die deutschen Nordfriesen werden an dieser Tagung erstmalig teilnehmen. Generalkonsul Troels Fink, Flensburg, und Dr. Gielke, Hamburg, hofft man als Vortragende zu gewinnen.

\*

#### *Programm für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein*

Ein umfassendes Programm für die Intensivierung der staatsbürgerlichen Bildung in Schleswig-Holstein gab Regierungsdirektor Dr. Hessenauer Anfang November bekannt. Im wesentlichen handelt es sich dabei um eine Ausdehnung der in Kiel und Sankelmark durchgeführten staatsbürgerlichen Konferenzen.

Nach diesem Programm soll u. a. das bisherige Berliner Lehrerseminar auch auf Kommunal- und Landesbeamte ausgedehnt werden.

Das bisherige NATO-Seminar für deutsche Erzieher mit Besuchen der Europa-Behörden soll auf Pädagogen aller NATO-Länder ausgedehnt werden. Etwa 25 Gruppen werden 1962 an derartigen Zusammenkünften teilnehmen.

Über den Kreis der Erzieher hinaus werden „meinungsbildende Persönlichkeiten“ aus Schleswig-Holstein vom 1. bis 8. April 1962 in Paris zu einem Europa-Seminar eingeladen.

Die Einrichtung eines „Wissenschaftlichen Kolloquiums“ für politische Bildungsfragen an der Kieler Universität befindet sich im Stadium der Planung. Nach Einführung der sechssemestrigen Lehrerausbildung ist die Einführung je eines Lehrstuhles für politische Bildungsarbeit an den Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg vorgesehen.

## Aus der Arbeit des Grenzfriedensbundes

### *Das Europahaus Marienberg im Westerwald*

veranstaltete Mitte Oktober eine deutsch-dänische Tagung mit je zwanzig Teilnehmern aus der ganzen Bundesrepublik und Dänemark. Das einleitende Grundsatzreferat hielt unser erster Vorsitzender Dr. Hans Peter Johannsen.

### *Geschichtlich-politische deutsche Literatur der Gegenwart*

war der Gegenstand eines weiteren Vortrages, den Dr. Johannsen auf Einladung des Deutschen Klubs in Kopenhagen am 9. November hielt.

### *Die Verbindung schleswigscher Studenten*

in Kopenhagen benutzte die Anwesenheit Dr. Johannsens in Kopenhagen, um ihn zu sich einzuladen. Hier stand im Mittelpunkt das Referat unserer Jahresversammlung über „Die erneuernde Kraft der Kultur im Grenzland“.

### *Vertreter der Orts- und Kreisausschüsse der Arbeiter-Wohlfahrt in Südschleswig*

kamen auf Einladung des Grenzfriedensbundes am 25. November in Husum zusammen, um Fragen der Sozialarbeit zu besprechen. Dr. Johannsen und Professor Siegfried wurden als neuer Vorsitzender bzw. als neues Vorstandsmitglied begrüßt. Außerdem nahmen seitens des Grenzfriedensbundes noch der zweite Vorsitzende Ernst Beier, Kassenführer Harms und Geschäftsführer Lurgenstein teil, in dessen Händen auch die Vorbereitung und Leitung der Veranstaltung lagen.

### *Die Jungen Europäischen Föderalisten*

trafen sich am 25./26. November zu einer Wochenendtagung auf dem Scheersberg. An der mit Unterstützung des Grenzfriedensbundes durchgeführten Tagung nahmen unser erster Vorsitzender, Dr. Johannsen, und sein Stellvertreter,



Ernst Beier, teil. Dr. Johannsen sprach hier vor den jungen Teilnehmern von diesseits und jenseits der Grenze über „Heimat und Staat als kulturelle Aufgabe“. Eine überaus lebhaft ausgeführte Aussprache bezeugte das Interesse der Erschienenen an dem im Referat aufgeworfenen Fragen.

\*

Das einige Wochen vorher von den Jungen Föderalisten auf dem Scheersberg durchgeführte Wochenendgespräch befaßte sich vor allem mit Fragen des Beitritts Dänemarks zur EWG. Hier hielt das Hauptreferat Prof. Søren Holm von der Universität Kopenhagen. Er betonte, daß die Integration nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur sein werde und sich naturgemäß auch über kulturelle Bereiche erstrecken müsse. Als dänische Bedenken gegen den Beitritt zur EWG bezeichnete er die Furcht vor einem Druck auf das Lohnniveau der dänischen Arbeiter, die Gefahr der Überfremdung der besonderen volklich dänischen Eigenarten und das mögliche Vordringen des Katholizismus sowie eine befürchtete Kapitalüberfremdung. Man wisse außerdem heute noch in keiner Weise, wohin sich die europäische Integrationspolitik, für die die EWG vorerst ja nur einen Rahmen bilde, entwickeln werde und sei besorgt um die Berücksichtigung der Interessen eines kleinen Landes wie Dänemark in der Gemeinschaft. Trotz all dieser Bedenken sei der Anschluß Dänemarks an die EWG notwendig, ja dringend notwendig, wenn sich das vornehmlich auf den Absatz seiner landwirtschaftlichen Ausfuhr angewiesene Land seiner Abnehmer in der großen EWG nicht berauben wolle.

\*

#### *Auf einer Beiratssitzung des SHHB in Rendsburg*

nahm Dr. Hanno Schmidt in einem Referat zu grundsätzlichen Fragen der Heimatarbeit Stellung. Das Flensburger Tageblatt schrieb darüber: „Dr. Schmidt behandelte die Grundsätze, von denen der SHHB, darüber hinaus aber die gesamte Heimatbewegung im Bundesgebiet sich leiten lassen sollte. Die Sorge, daß aus dem Denken des modernen Menschen der Heimatbegriff entschwände, veranlaßte ihn zu der Frage, was er beinhalte und wie er wieder lebendig gemacht bzw. lebendig erhalten werden könne. Dr. Schmidt machte darauf aufmerksam, daß sogar nach der zeitgenössischen Philosophie, so bei Eduard Spranger und Martin Heidegger, diese Frage einen wesentlichen Raum einnimmt. Dr. Schmidt gab eine positive Antwort, indem er die Erklärung abgab, es käme darauf an, den unruhigen und angst erfüllten Menschen unserer Tage neu zu beheimaten und den Heimatbegriff in das Denken dieser Zeit richtig, präzise und sicher einzugliedern. Hieraus könnten und müßten sich Folgerungen für die Arbeit auf dem Gebiet der Heimatpflege und des Heimatschutzes ergeben. Dr. H. Schmidt schlug vor, daß sich Praktiker und Wissenschaftler zusammänten, um die Grundlagen dafür zu schaffen.“

Von der Frage nach dem rechten Verständnis des Heimatbegriffes sei nicht zu trennen jene andere, ob und in welcher Form es heute noch Volkstum gebe und was dies eigentlich sei. Volk und Volkstum seien nach Goethe ‚ein notwendiges unwillkürliches Dasein‘, und man sollte sich darum bemühen, auch dies dem modernen Menschen bewußt zu machen. Im übrigen warnte er vor einem übertriebenen Historismus, aber er bekannte sich zur Geschichte in dem Sinne, daß ‚die Gegenwart nur aus der Vergangenheit richtig verstanden werden kann‘.“

\*

### *Deutsche und dänische Zahnärzte tagten in Flensburg – Umstellung auf die Erfordernisse der EWG*

Als sich Mitte November vorigen Jahres im großen Hörsaal der neuen „pädagogischen Hochschule“ zu Flensburg eine stattliche Zahl von deutschen und dänischen Zahnärzten zu einem Fortbildungs-Nachmittag einfanden, konnte man auch den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Zahnärzte, Dr. Erich Müller, Altona, den Leiter der dänischen Fortbildungs-Organisation, Zahnarzt Ole Søsted aus Naestved sowie bekannte Zahnärzte aus Kopenhagen und Kiel unter den Gästen sehen. Wie kam es zu einem so starken Aufgebot „zahnärztlicher Prominenz“ in der Grenzstadt?

Die Veranstaltung, von der Presse als das „Erste dänisch-deutsche Zahnärztetreffen“ gekennzeichnet, war tatsächlich der erste Schritt, auch auf wissenschaftlichem Gebiet einen Brückenschlag von Land zu Land zu versuchen. Wie bekannt, sollen die Länder der EWG nicht nur wirtschaftlich zusammengeführt werden, auch hinsichtlich des Studiums an den Universitäten wünscht man eine Angleichung der Lehrpläne, daß man zu gegebener Zeit Hochschul-Diplome verteilen kann, die Anerkennung und damit Berufsausübung in allen EWG-Ländern sichern.

Wer von der Bedeutung einer „Approbation“ oder gar der Schwierigkeit einer „Hochschul-Reform“ nur etwas kennt, weiß, welch große Arbeit bis zur Erreichung eines solchen Zieles zu bewältigen ist. Auf zahnärztlichem Gebiet ist das Ziel noch verhältnismäßig leicht zu erreichen, weil in allen Ländern der EWG von einem Zahnarzt Reifepfprüfung sowie abgeschlossenes Hochschulstudium verlangt werden und weil die Lehrpläne nach den sehr sorgfältigen Untersuchungen von Dr. Dèlibèros-Paris, dem Vorsitzenden des französischen Nationalkomites der FDI (FDI = Fédération dentaire internationale), im wesentlichen übereinstimmen. Und dies sowohl hinsichtlich der Fächer, der Unterrichtsstunden wie auch der gesamten Ausbildungsdauer. Nur in Italien weicht die Ausbildung der Zahnärzte von den anderen EWG-Ländern ab, weil hier jeder Zahnarzt zunächst das volle medizinische Studium absolvieren muß, bevor er sich in seinem Fachgebiet betätigen kann: Ein Ausbildungsgang, der schon lange bestehend, sich also nicht so schnell ändern läßt. Trotzdem hofft man, daß ab 1967 bereits an einigen

Universitäten der EWG-Länder ein Examen abgelegt werden kann, das mit der Verleihung eines für alle sechs EWG-Länder gültigen Diploms verbunden ist. So erwünscht die Zusammenarbeit innerhalb der EWG nun auch ist, so soll doch andererseits auch keine Kluft zu den Ländern der EFTA entstehen, denn wie auf wirtschaftlichem Gebiet, so soll auch hier letztes Ziel der Zusammenschluß beider Gruppen sein. Es wird deshalb alles so gestaltet, daß jederzeit ein Zusammenschluß möglich ist. Bis dahin ist aber noch ein weiter Weg. Erst vor wenigen Wochen, am 2. und 3. September 1961, wurden in Paris die Beratungen des „Comité de Liaison“ fortgesetzt.

Die Delegierten der zahnärztlichen Kommissionen Belgiens, Frankreichs, der Niederlande, Luxemburgs und Deutschlands befaßten sich hauptsächlich mit dem Problem der Äquivalenz der Diplome und der Harmonisierung der Sozialversicherungssysteme. Während über die Grundsätze einer zukünftigen Harmonisierung der Sozialversicherung, d. h. über die von der Zahnärzteschaft der EWG-Länder zu stellenden Mindestforderungen, eine weitgehende Übereinstimmung hergestellt werden konnte, gingen die Auffassungen über die Äquivalenz der Diplome, soweit sie in der Vergangenheit erteilt wurden, noch sehr auseinander.

Wie auf wirtschaftlichem Gebiet, soll natürlich auch hier vermieden werden, daß sich zwischen EWG und EFTA eine Kluft auftut, und die gemeinsamen EWG-Gesetze für die zahnärztliche Ausbildung sollen so gestaltet werden, daß sie jederzeit auf neue Mitgliedsstaaten übertragen werden können. Dies kann aber nur geschehen, wenn mit allen Ländern ein möglichst enger Kontakt hergestellt wird, eine Frage, die schon früher in Brüssel eingehend diskutiert wurde. Zwischen Deutschland und Dänemark ist diese Zusammenarbeit durch die eingangs erwähnte Veranstaltung aufgenommen worden. Und seither nehmen auch dänische Zahnärzte des Grenzgebietes regelmäßig an den Veranstaltungen der Flensburger Zahnärzte teil, und für die Zahnärzte von Fünen und Seeland einschl. Kopenhagen wird im Januar 1962 eine größere Veranstaltung in der Hamburger Universitätsklinik Eppendorf durchgeführt. Auch liegen Pläne vor, daß deutsche Zahnärzte zu einer größeren Veranstaltung nach Dänemark fahren sollen, wofür möglicherweise die neue Zahnärztliche Hochschule in Aarhus Ziel sein wird. Jedenfalls ist ein bescheidener Anfang gemacht, und nach dem großen Anklang, den diese Tagung gefunden hat, ist anzunehmen, daß weiter ausgebaut wird.

Noch liegt diese Arbeit in den Händen weniger, die sich für diese Zusammenarbeit einsetzen. Das soll zunächst auch so bleiben, bis sich alles organisch entwickelt hat und die bereits beschlossenen „europäischen“ Gesetze in Kraft treten. Eines der wichtigsten davon ist die „Freizügigkeit aller Freien Berufe“, die in allen EWG-Staaten bis spätestens 1972 hergestellt werden soll.

Für solch eine große Aufgabe sind zehn Jahre nicht viel, und es ist daher durchaus

an der Zeit, sich mit den Vorarbeiten zu beschäftigen.

*Dr. Einf.*